INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

Nr. 312

15. Dezember 1994

Rettungsweg
für die Feuerwehr
freihalten

DER KOB STINKT!

Hallo!

Zunächst in eigener Sache: Die letzte Ausgabe der Interim in diesem Jahr erscheint am 22.12., die erste Ausgabe im nächsten Jahr am 12.1..

Diskussionen hatten wir über den ellenlangen Demo-Nachbereitungsbeitrag der Antifa M. In`s Heft haben wir ihn letztlich reingenommen, weil gegen Ende was zu den Auseinandersetzungen über die M, die in unseren letzten Ausgaben geführt wurde, steht. Ansonsten nervt die ständige Eigenwerbung der M schon. Zu einer Demo werden mindestens 4-6 Seiten Strategie-, Vorbereitungs- (und Eigenwerbung), einige Presseerklärungen und eben solche Nachbereitungspapiere wie dieses hier produziert. Ganz toll z.B. die Info, daß die AA/BO einen Lauti-Schutz hingekriegt hat. Vom zu einer Demo notwendigen Inhalt her ließe sich das Ganze vielleicht auch auf weniger Papier bringen.

An die DüsseldorferInnen: Die Infos zum Anwerbeversuch sind etwas dürftig, bei Namensnennungen hätten wir immer auch gerne eine Kontaktadresse.

Inhalt:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Altstadt
Westendorf
Süderstadt
Richtung Halle/Magdeburg

Ordner:

- Die Unregierbaren Autonome Liste zu Essen
- BP Ausland zur imperialistischen EG-Politik
- Mord an Antifa in Innsbruck
- Fachschaften in Münster gegen Zensur-Beschluß
- ggm/mt
- Zweites Flugi von Anatopia

Zur enttarnten MEK - Ermittelten
Christine Schindke



In einem der letzten Interim - Berichte über sie , habt Ihr behauptet sie sei an der Vorbereitung zur Demo „Aufdeckung Faschistischer Strukturen in Friedrichshain" am 29.Februar 1994 beteiligt gewesen .
Sie wurde zwar auf der Demo gesehen , war aber an der Vorbereitung nicht beteiligt und erschien auch auf keinem der Vorbereitungstreffen .
Könnt Ihr bitte noch mal Stellung zu Eurer Äußerung nehmen !! - Wie kommt Ihr dazu ??

Einige Friedrichshainer / innen

BEKENNERSCHREIBEN

Volxsport wegen Abendrot

Der Chirug und Krampfaderspezialist Dr.med Leif Traube - Adresse : Auerbachstr. 2 im Grunewald -und sein Schwiegervater und Handlanger Paolos Kiriakidis - Paul-Linke-Ufer 45 in Kreuzberg - müssen sich neue Autos kaufen! Ihre Alten, einen Volvo mit dem Kennzeichen B-LE 852,sowie einen VW-Bus haben wir in der Nacht zum 9.12.94 abgefackelt.

Traube ist der Eigentümer des Hauses Paul-Linke-Ufer / Ecke Mariannenstraße. Kiriakidis schikaniert als Hausverwalter in seinem Auftrag die BewohnerInnen.In diesem Haus befindet sich das "Abendrot", eine beliebte Kiezkneipe. Es steht allerdings eine Zwangsräumung an, falls das "Abendrot" nicht bis zum 31.01.95 ausgezogen ist.

Schon einmal wurde um den Erhalt des "Abendrot" gekämpft: Die Eigentümer- Traube und ein Zahnarzt - wollten lieber ein Yuppiebistro in ihrem Haus haben. Die Aktivitäten der KiezbewohnerInnen und Kneipengäste waren zunächst erfolgreich: Unter Zeugen wurde ein neuer, mündlicher Vertrag abgeschlossen.

Mit miesen Tricks erreichte Traube jedoch - der Zahnarzt war inzwischen abgesprungen -, daß der Vertag vor Gericht nicht anerkannt wurde und der Kneipenwirt nun erneut der Willkür seines Vermieters ausgesetzt ist.

Ein weiteres Profitstandbein hatte Traube in der Unterbringung von Flüchtlingen im KELLER des Hauses, die Schwiegervater Kiriakidis in seinem Namen betrieb. Das Sozialamt zahlte einen Tagessatz von 30.- DM pro Person an Traube/Kiriakidis damit die Flüchtlinge dort unter menschenunwürdigen Bedingungen hausen "dürfen". Erst als im Sommer der Keller infolge eines Regengusses mit Wasser vollief, wurden diese Zustände öffentlich. Der Keller ist mittlerweile geräumt, inzwischen wohnen nur noch in den Wohnungen des Hauses Flüchtlinge - unter welchen Bedingungen und zu welchem Preis wissen wir nicht. Gerüchteweise betreiben Traube/Kiriakidis in einem Haus in der Wrangelstraße das selbe "Geschäft".

Wir finden es natürlich richtig, wenn Flüchtlinge in Wohnungen statt in Sammellagern leben - allerdings selbstbestimmt und unter menschenwürdigen Bedingungen und nicht lediglich zur Profitmaximierung irgendeines Spekulanten.

Traube/Kiriakidis sind sicherlich keine "großen Fische". Wir finden es aber wichtig, auch ihnen zu zeigen, daß sie ihre dreckigen Geschäfte auf Kosten von Flüchtlingen und anderen hier lebenden Menschen nicht immer ungestört durchziehen können und in Einzelfällen mit Gegenwehr von Betroffenen zu rechnen haben. Vielleicht spricht sich das in ihren Kreisen ja mal rum !!

Traube und Kiriakidis sind schließlich nicht die ersten und werden sicher nicht die letzten sein, die das zu spüren kriegen ....

Ein wunder Punkt von Dr.Traube ist seine Praxis in der Müllerstraße 34a im Wedding, in der die PatientInnen noch ahnungslos ein-und ausgehen. Autos sind leicht zu ersetzen, die Existenzgrundlage als Arzt nicht!!

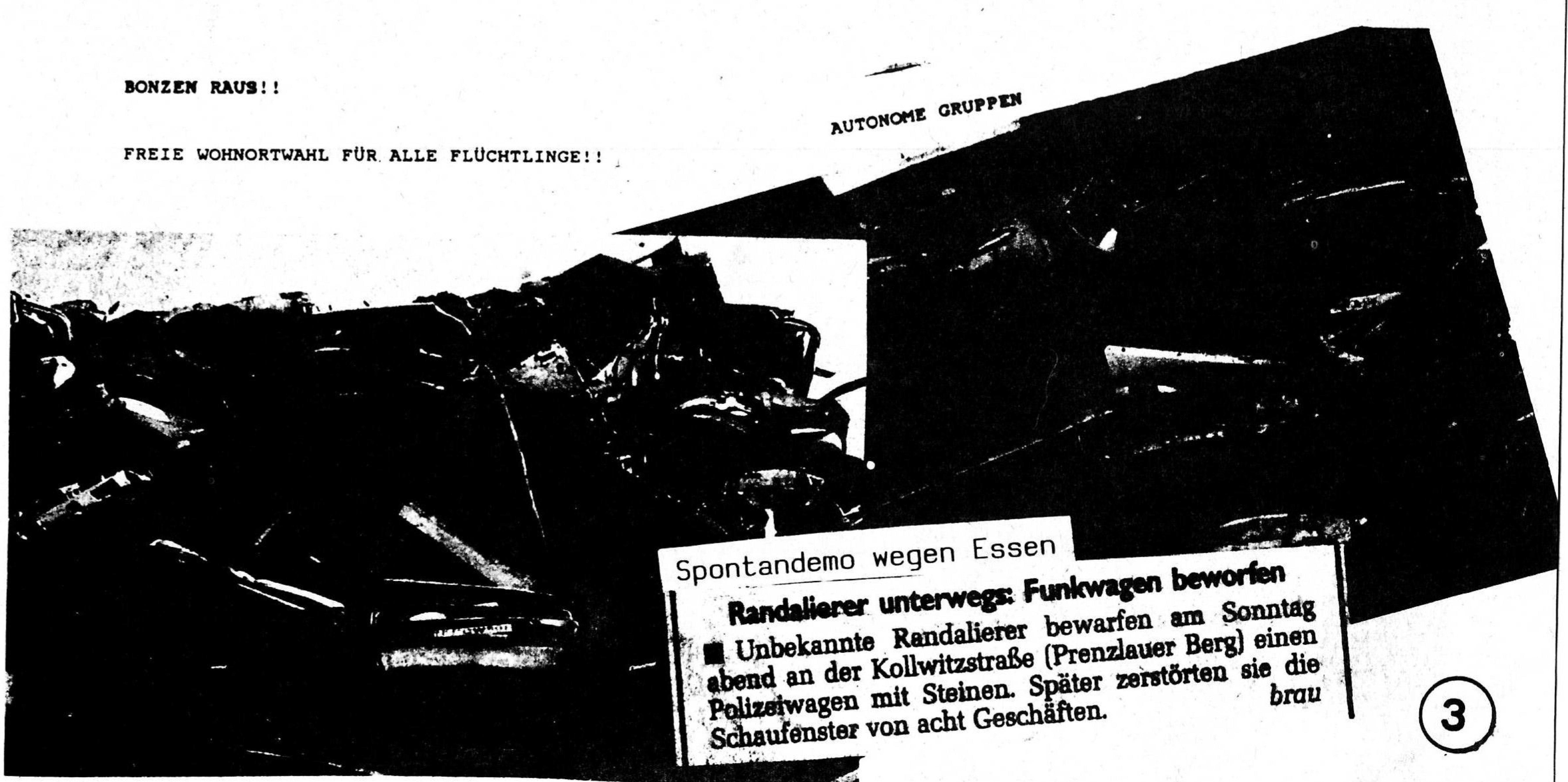
Schließlich verpflichtet der hypokratische Eid nicht nur gegenüber den PatientInnen.....

In diesem Sinne wäre es besser für Dr.Taube, daß er dem "Abendrot" vernünftige Vertäge anbietet und sich nicht mehr am Elend von Flüchtlingen bereichert.

BONZEN RAUS!!

FREIE WOHNORTWAHL FÜR ALLE FLÜCHTLINGE!!

AUTONOME GRUPPEN



Spontandemo wegen Essen

Randalierer unterwegs: Funkwagen beworfen

■ Unbekannte Randalierer bewarfen am Sonntag abend an der Kollwitzstraße (Prenzlauer Berg) einen Polizeiwagen mit Steinen. Später zerstörten sie die Schaufenster von acht Geschäften. *brau*

Beispielloser Polizeieinsatz gegen EU-GegnerInnen: Mehr als 900 Festnahmen in Essen. Von Oliver Tolmein

Mit beispielloser Konsequenz hat die Polizei in Essen das von mehreren Instanzen bestätigte Demonstrationsverbot durchgesetzt. Nach Polizeiangaben sind am Samstag 900 Menschen festgenommen worden, nach Recherchen des Ermittlungsausschusses der Gegen-Gipfel-Veranstalter waren es deutlich über 1000. Die Sondereinsatz-Kommandos gingen dabei zum Teil äußerst brutal vor. Auffällig war, daß auch PassantInnen, vor allem wenn sie als ImmigrantInnen erkennbar waren, attackiert wurden. Die OrganisatorInnen des Gegengipfels hatten nicht damit gerechnet, daß das Demonstrationsverbot auch im Eilverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben könnte, schließlich hatte das Bundesverfassungsgericht sich zuletzt in seiner Entscheidung, die das Verbot der Brokdorf-Demonstration 1986 für rechtswidrig erklärt hatte, für eine weite Auslegung des Demonstrationsrechts ausgesprochen. Zudem hatten die OrganisatorInnen sich im Vorfeld des Gegen-Gipfels zu weitgehenden Absprachen mit der Polizei bereitgefunden.

Daß die vermeintlichen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über Gewaltaktionen militanter Gruppen, die letztenendes den Ausschlag für das Demonstrationsverbot gegeben haben, frei erfunden waren, zeigte sich besonders eindrücklich am Samstag selber, wo es, anders als in annähernd vergleichbaren Fällen, eben kein Aktionskonzept gab, das ein militantes Unterlaufen der Verbotsmaßnahmen ermöglicht hätte. Auch die Meldungen der Nachrichtenagenturen, daß »Farbbeuteldepots« gefunden worden seien, belegen kaum die Gefährlichkeit der angereisten EU-GegnerInnen. Das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel hat am Sonntag wegen des beispiellosen Polizeieinsatzes, der zu mehr Festnahmen als jemals zuvor in der Geschichte der BRD bei einer Demonstration geführt hat, den Rücktritt von Innenminister Schnoor (SPD) gefordert.

Während der Polizeieinsatz an Schärfe und mit seinem Ergebnis von über 900 Festnahmen die Dimensionen des öffentlich viel kritisierten Vorgehens der bayrischen Polizei gegen KritikerInnen des Weltwirtschaftsgipfels 1992 übertraf, interessierten sich die Medien in ihrer Berichterstattung vor allem für das Ergebnis und betonten dementsprechend die Normalität des Vorgehens: Nur »kleine Zwischenfälle« waren zu verzeichnen, also war es ein erfolgreicher Polizeieinsatz. Die Fragwürdigkeit des Demonstrationsverbots und die Zahl der Festnahmen spielte nicht nur in den Agenturen, sondern auch in den elektronischen Medien demgegenüber keine nennenswerte Rolle.

Da der in diesem Sinn erfolgreiche Einsatz in Essen, der die totale Ruhe auf der Straße als oberstes Ziel gesetzt hatte, nach dem Bremer Polizeispektakel anläßlich der Einheitsfeierlichkeiten der zweite dieser Art in einem sozialdemokratisch geführten Bundesland war, spricht vieles für eine Trendwende in der bundesdeutschen Repressionspolitik: An die Stelle der um gute Kooperation bemühten Einsätze, die vor allem die Spaltung des »friedlichen« Spektrums vom »militanten« zum Ziel hatten, tritt künftig sehr viel stärker der rücksichtslose Versuch, Ruhe und Ordnung um jeden Preis durchzusetzen. Bestätigt das Bundesverfassungsgericht sein in der aktuellen Eilentscheidung angedeutetes Einschwenken auf harten law-and-order-Kurs, wird das in den letzten Jahren ohnehin stark beschnittene Demonstrationsrecht vollends Makulatur.

Passend zur offenen Repression auf der Straße haben sich die EU-Tagungsteilnehmer im Saale entschlossen, die Europol-Konvention, die zuletzt auf dem EU-Innenminister-Treffen noch Gegenstand harter Kontroversen war, in den nächsten sechs Monaten zu verabschieden. Mittlerweile herrscht Übereinstimmung, daß Europol als eine Art europäisches BKA nicht nur für die Bekämpfung von Drogendelikten, sondern umfassender für den Kampf gegen die »organisierte Kriminalität« und gegen Fluchthelfer zuständig sein soll. Auch die Empörung der Staatschefs über die Terror-Urteile gegen kurdische ParlamentarierInnen im DEP-Prozeß wichen auf dem Gipfel schon bald den ruhigen Diskussionen über den baldigen Abschluß der Zollunion mit der Türkei und über die Intensivierung der »Beziehungen zu diesem Partner«.

Am Samstag war aber nicht nur in Essen Großeinsatz des starken Staates: Auch in Worms sahen sich die etwa 1000 Menschen, die dort aus Anlaß des internationalen Tages der Menschenrechte gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung demonstrieren und einen Abschiebeknast symbolisch entzäunen wollten, einem aggressiven Polizeieinsatz ausgesetzt. In seinem Verlauf kam es zu mehreren Dutzend Festnahmen von Leuten aus dem Spektrum von Bürgerrechtsgruppen bis hin zu Initiativen für zivilen Ungehorsam.

Essen, Sonnabend, 10. November — Foto: AP

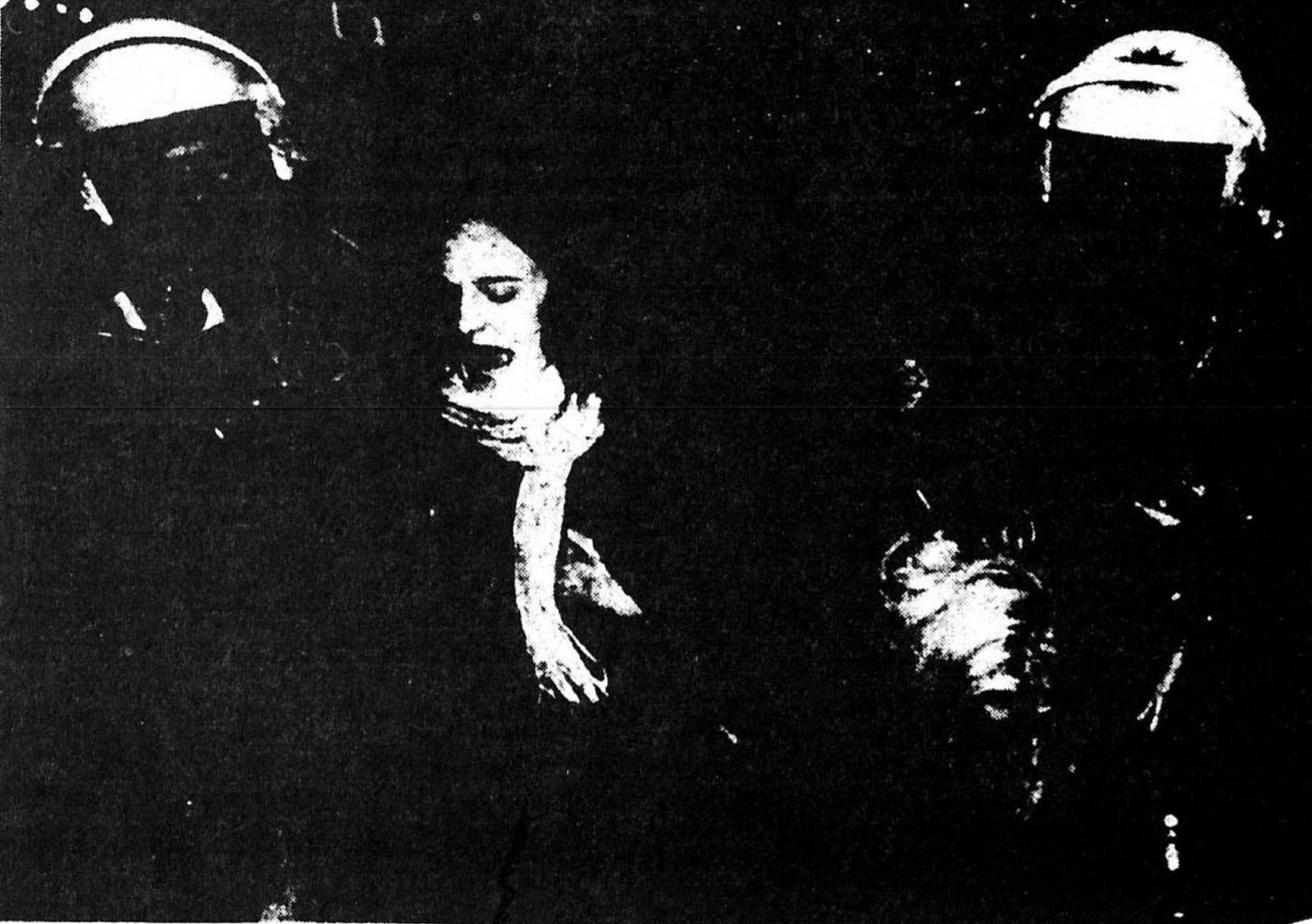


Foto: AP

Kesseltreiben gegen DemonstrantInnen in Essen

Bahnhofsvorplatz in der Essener Innenstadt am Samstag, 11.55 Uhr: Es wird bekannt, daß das Bundesverfassungsgericht das Verbot der Demonstrationen gegen den EU-Gipfel in Essen bestätigt hat. Lange Reihen weiß behelmter Männer aus Sondereinsatzkommandos der Polizei laufen auf den Platz und kesseln dort versammelte DemonstrantInnen ein. Binnen weniger Minuten stehen 1000 Polizisten 150 DemonstrantInnen gegenüber. Insgesamt haben etwa 3000 die Essener Innenstadt erreicht, etliche hat die Polizei vor den Stadtgrenzen aus den Zügen geholt und zurückgeschickt. »An alle Schaulustigen und Passanten«, tönt es unterdessen am Bahnhof aus den Polizeilautsprechern, »verlassen Sie diesen Platz, es ist gefährlich hier zu stehen, distanzieren Sie sich eindeutig von der Demonstration, machen Sie Platz für polizeiliche Maßnahmen.« Alle Eingekesselten werden nach kurzer Zeit für festgenommen erklärt und nach zwei Stunden abtransportiert. Währenddessen bewegt sich ein neuer Demonstrationszug durch die Innenstand in Richtung des Reiterdenkmals von Wilhelm I.

12.55 Uhr vor dem Denkmal: Die Polizei bildet einen zweiten Kessel um die DemonstrantInnen. 13.20 Uhr: Vorwiegend SEKler in schwarzen Panzerungen, zum Teil vermummt mit Haßkappen, die nur noch die Augen freigeben, bilden einen zweiten Ring um den Kessel und teilen ihn in zwei. FotografInnen und Kameraleute werden attackiert, die eingesperrte Demo skandiert »eins, zwei, drei, gebt die Demo frei«. Während umstehende DemonstrantInnen die Eingekesselten mit Süßigkeiten versorgen, läuft durch die Reihen des SEK die Nachricht, der Platz solle geräumt werden. Hektische Geschäftigkeit bricht bei der Einsatzhundertschaft und dem SEK aus. Eine ebenfalls eingekesselte Samba-Gruppe sorgt unterdessen für recht aufgelokkerte Stimmung und lädt zum Tanz gegen Kälte und Regen.

14.35 Uhr: Die Polizei verkündet, alle im Kessel stehenden seien in »Gewahrsam« genommen und würden mit Polizeifahrzeugen abgefahren. Busse der Polizei und kurzfristig angemietete Busse der Essener Verkehrsbetriebe fahren vor. SEK drängt umstehende JournalistInnen und ZuschauerInnen vom Platz, um ihnen die Sicht auf die folgenden Festnahmen zu nehmen. »Es soll mir nochmal einer sagen, wir hätten hier keinen Polizeistaat. Das habe ich anders erlebt«, empört sich eine Essener Bürgerin mittleren Alters. »Das ist ein Demokratielehrstück, das werde ich mein Lebtag nicht vergessen«, ruft ein anderer, vor sich nur noch »grün« sehend.

Die einkesselte Demo wird währenddessen von hinzueilenden SEK'lern zusammengedrängt, weitere kleine Kessel abgespalten, handliche Menschen»päckchen«, so ein Passant, zum Abtransport in die »Gefangenensammelstelle« gebildet – eine Landespolizeischule im Essener Süden. Ein Beamter zückt im Geschiebe ein Messer, nach seinen Angaben nur um von DemonstrantInnen zum Eigenschutz gehaltene Seitenschnüre zu zerschneiden. »Ich wäre fast ausgeklinkt«, berichtet eine festgenommene Frau, »da hätte locker jemand ins Messer fallen können«. Den Eingekesselten werden Plastikhandschellen angelegt, sie werden auf »Waffen« durchsucht, wobei als Waffe schon ein Mobiltelefon gilt. Dieses sei nämlich geeignet, Rädelsführertätigkeiten zu koordinieren, berichtet später der Europaabgeordnete Wilfried Telkämper von gescheiterten Verhandlungsversuchen mit der Polizeiführung.

Ein Demonstrant wurde nach Berichten von Augenzeugen von SEK-Beamten bis zur Bewußtlosigkeit verprügelt und über den Boden geschleift. Mehrere Frauen wurden an den Haaren zu den Bussen gezerrt. Nichtdeutsche DemonstrantInnen mußten rassistische Beschimpfungen durch SEK ertragen. Drei wurden schwer verletzt.

Rund 1000 DemonstrantInnen wurden über den Tag bis zur aufziehenden Dämmerung festgenommen. Die meisten wurden in die Landespolizeischule transportiert, deren Schießhalle schon nach kurzer Zeit überfüllt war. Ein großer Teil der Gefangenen mußte bei zunehmender Kälte in den Bussen bleiben und warten, bis ihre Personalien festgestellt waren. Etliche wurden auch erkennungsdienstlich behandelt. Am späten Abend waren nach Polizeiangaben alle wieder auf freiem Fuß.

In Sammeltransporten wurden sie im ganzen Ruhrgebiet ausgesetzt. Dabei hat die Polizei eine Gruppe vor dem Duisburger Hauptbahnhof abgesetzt und, so ein Betroffener, »grinsend« zugeschaut, als sie von dort versammelten Faschisten angepöbelt wurden. Gegen alle »Teilnehmer der verbotenen Versammlung«, so ein Polizeisprecher, »werden Verfahren, die meisten wegen Ordnungswidrigkeiten, eingeleitet«. Die Insassen eines Transportbusses können sich indessen das juristische Nachspiel sparen: Sie drückten den Notbremsenknopf des regulären Stadtwerkebusses, die Türen gingen auf, und sie sprangen aus dem Bus und verstreuten sich blitzschnell in alle Richtungen. Da hatte der begleitende Polizist, eine Seltenheit an diesem bitteren Tag, das Nachsehen.

Katina Schubert, Essen

Stell Dir vor, es ist REP-Parteitag und keinEr geht hin.

Es müssen schon sehr starke "Berliner Blöcke" gewesen sein, die am Samstag in Zittau und Essen ihren Protest auf die Straße trugen, alle Achtung. Vor dem Schöneberger Rathaus waren die verdienten GenossInnen und Genossen des undogmatischen antifaschistischen Spektrums jedenfalls nicht zu entdecken. Klägliche maximal 50 (in Worten: FÜNFZIG) DemonstantInnen waren bereit, sich dem Treiben der REPs im Schöneberger Rathaus anläßlich ihres Landesparteitags mit Kamerad Schönhuber entgegenzustellen. Und diese 50 (in Worten: F Ü N F Z I G), garniert von diversen Hundertschaften mit schwerem Gerät, boten dann auch ein sehr klägliches, lächerliches Bild; folgerichtig triumphierend tummelten sich die REPs sprücheklopfend und völlig unbehelligt vor dem Eingang des Rathauses.
Geht hier der Schlendrian um? Halten wir die REPs etwa nicht mehr für gefährlich oder gar ernstzunehmend? Ist die Jahrestzeit um 9.oo Uhr morgens zu kalt? Ist Schöneberg ein zu dezentraler Ort? Wohl kaum. 1982 ist nicht 1989 ist nicht 1994. Aber ein Landesparteitag der REPs ist kein Scherz, auch wenn die drei magischen Buchstaben F, A und P, das Synonym für bösartigste Faschisten in Berlin, in diesem Zusammenhang nicht gleich fallen. Zittau war wichtig - keine Frage. aber es ist schon ein bißchen peinlich, sich (bewußt zugespitzt formuliert) in der "Provinz" als die Schwarz-Roten Sherifs aufzuspielen, die den Genossnnen aus Sachsen liebevoll unter die Arme greifen und etwas von ihrer großen, jahrelangen Erfahrung rüberwachsen lassen - vor der eigenen Haustür jedoch, gelinde gesagt, vergessen zu kehren: in diversen Bezirksverordnetenversammlungen sitzen REPs, natürlich völlig unbehelligt. In Prenzlauer Berg herrscht. FAP-Terror, dem allerdings nicht derartig unentschlossen entgegengetreten wird, wie aus der letzten INTERIM zu schlußfolgern war. Nichtsdestotrotz muß die Situation dort als sehr bedrohlich eingestuft werden. Und speziell für linke Menschen ist die Situation alles andere als komisch. Nicht so, wie etwa in der Kreuzberger oder Schöneberger Kuschel-WG, wo selbst ein Parteitag einer faschistischen Partei im Rathaus gegenüber offensichtlich bereits sehr weit weg erscheint, Nebenwiderspruch sozusagen.
Genug der Anpisse.
Laßt es uns besser machen next time!!!

Antifa-Demo in Zittau

Am 10. Dezember gab es in Zittau, im äußersten Südosten der ehemaligen DDR, eine antifaschistische Demo aufgrund der Ermordung des Antifaschisten Michael durch einen Neonazi im November.
Weiträumige Vorkontrollen durch die Bullen erwarteten die TeilnehmerInnen an allen Zufahrtsstraßen zur Stadt. Einige Antifas wurden auch durchsucht und schon dabei gefilmt. Sachsens widerlicher Innenminister Eggert guckte seinen Untergebenen zu, wie sie gegen die größten Staatsfeinde vorgingen. Ein mit DVU-Aufklebern verzierter Wagen mit ähnlichem Inhalt hielt zwar auch an, wurde allerdings per Handschlag begrüßt und als Onkel vorgestellt. Versteht sich von selbst, daß er nicht durchsucht wurde. Drei Wasserwerfer warteten am Stadtrand.
Der Demotreffpunkt wurde von den Behörden noch auf einen Schulhof verlegt, weil der Klosterplatz zu nah an der Innenstadt sei. Trotzdem sammelten sich hier ca. 600 Menschen, überwiegend aus Zittau und den anderen Städten der weiteren Umgebung. Das Durchschnittsalter war recht niedrig, die Farbigkeit der Haare und der Promillegehalt dafür oft höher, aber nicht so schlimm wie anderswo. Allerdings waren so gut wie keine Menschen aus anderen Kreisen zugegen. Die wenigen wurden gleich zu Anfang von reinschlagenden Bullen vertrieben, die wie üblich aggressiv waren. Das SEK wartete nur auf seinen Einsatz, massives Spalier gab es sowieso und die Videoteams filmten von allen Seiten.
Aus dem Lautsprecherwagen kamen die einschlägigen Punk- und sonstigen linksradikalen Hits. Von den Antifas aus Zittau war es erstmal ganz gut organisiert. Ein paar mehr Redebeiträge hätten es schon sein können, wenigstens die Flugis könnten nochmal vorgelesen werden, damit die wenigen Menschen am Straßenrand wissen, worum es geht. Leider mußte ein antifaschistischer Demonstrant wieder eine Jacke mit frauenfeindlichem Spruch tragen, so daß diese ihm ziemlich schnell abhanden kam.
Nach einem Kilometer waren wir an der Stelle, an der Michael ermordet wurde. Kreuz, Kranz und Kerzen standen noch da. Zwei Menschen aus Zittau und Görlitz berichteten über die Geschehnisse jener Nacht und weitere Angriffe von Faschisten, aber auch über den antifaschistischen Widerstand in der Region.
Gleichzeitig kam es am Rande zu einer Rangelei mit den Bullen, weil der oben erwähnte Eggert sich erfrechte, seine Untergebenen auch hier direkt zu dirigieren. Eggert hat sich in den letzten Jahren dadurch hervorgetan, daß er in übler rassistischer Weise die Abschaffung des Asylrechts gefordert hat und gleichzeitig z. B. die Flüchtlinge in Hoyerswerda für das Pogrom dort selbst verantwortlich gemacht hat. Bei der Rangelei kam es zum unten erwähnten Anschlag mit einer Bierflasche (ohne Benzin und Lappen). Leider kannten wir BerlinerInnen nicht die Fratze von ihm, sonst hätten wir auch was geworfen.
Zum Abschluß sperrten die Bullen alle Wege stadtauswärts, so daß die Demo dann geschlossen in die kleine Innenstadt zog.

einige AntifaschistInnen aus Berlin

Eggert entging Anschlag bei Antifa-Demo

Zittau. Sachsens Innenminister Heinz Eggert (CDU) ist am Sonnabend nachmittag in Zittau nur knapp einem Anschlag entgangen. Bei einer Demonstration sächsischer Antifa-Gruppen, über deren Verlauf sich Eggert vor Ort informieren wollte, wurde aus einer etwa 30 bis 50 Personen starken Gruppe auf den Minister eine Bierflasche geworfen.

Deutsche TäterInnen als Opfer: Vom 8. Mai '85 zur „Neuen Wache"

Das Jahr 1985 stellte einen Einbruch im Umgang mit der antisemitischen deutschen Vergangenheit und den NS-Verbrechen dar. Ende der sechziger Jahre, als die Republik längst von den alten Nazi-Kadern geprägt war, wurde das totale Verdrängen der Vergangenheit durch die Annäherung an Israel, den '68er-Protest und die neue Ostpolitik in der Öffentlichkeit etwas aufgebrochen und durch die Thematisierung des 'Führermythos' ersetzt. Hitler alleine war es nun, der in seinem Wahn die deutsche Geschichte gestaltet und zu verantworten gehabt haben soll. Eine Hinwendung zur deutschen Verbrechensgeschichte, die die Masse der Menschen erreichte, war auf den Zeitraum begrenzt, in dem Ende der 70er Jahre die US-Serie *„Holocaust"* ausgestrahlt wurde. In diesen vier Wochen erreichte das Faktum der Shoah zum ersten Mal die Menschen in der BRD auch emotional. Eine Auseinandersetzung und Reflexion mit bleibenden Folgen fand aber auch damals nicht statt.

Seit 1985 ist die 'Geschichtsferne' vorbei. Historische Ereignisse prägen die aktuellen Debatten. 1994 war mit den 50sten Jahrestagen von 'D-Day' und 'Stauffenberg-Attentat' der bisherige Höhepunkt. Die Relativierung der Verbrechen im „Dritten Reich" und die Rehabilitierung des Nationalsozialismus sind heute in der Politik bestimmend. Zum 40sten Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1985 hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine Rede, die die Republik (auch große Teile der Linken) weitgehend einte und die großes Aufsehen erregte. Der Satz: *„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung"* war für einen deutschen Bundespräsidenten keine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig waren bei Weizsäcker deutsche TäterInnen Opfer: *„Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. ... Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind."* Auch wenn Weizsäcker noch anerkannte, daß es sechs Millionen Jüdinnen und Juden und viele andere waren, die die Deutschen ermordeten, war die Weizsäcker-Rede das Bindeglied zu einer neuen Zeit: dem offensiven Geschichtsrevisionismus als zentralem Eckpfeiler der 1982 versprochenen *„geistig-moralischen Wende"*.

Der Startschuß dieser Strategie war die Ehrung von deutschen SS-Soldaten durch Kohl und Reagan in Bitburg am 5. Mai 1985, und nur in diesem Zusammenhang kann die Weizsäcker-Rede, die in der Zeit der Streitigkeiten und Proteste zu den Bitburg-Planungen von Kohl entstand, verstanden werden. Auf einem Militärfriedhof bei Bitburg, auf dem ca. 2000 Angehörige der Wehrmacht, darunter mindestens 50 SS-Angehörige begraben sind, legten Kohl und Reagan Kränze ab. Unmittelbar nach Abschluß der Zeremonie wurde die Gedenkstätte mit zwei weiteren Kränzen komplettiert, die man der FotografInnen wegen beiseite geräumt hatte: *„Der Waffen-SS, die in Leningrad gefallen ist"* und: *„Für die gefallenen Kameraden der Waffen-SS"*. Diese Pläne waren seit Monaten bekannt und wurden von internationalen Protesten begleitet, vor allem von jüdischen Organisationen. Die deutsche Bevölkerung war nach Umfragen zu drei Vierteln *für* den Besuch, der deutsche Bundestag stimmte gegen einen Antrag der Grünen, auf den Besuch des Friedhofs zu verzichten. *„Schwierigkeiten bereitet uns"*, so ein internes Papier des Auswärtigen Amtes, *„die schon jetzt intern geäußerte Vorstellung, Präsident Reagan solle ein Konzentrationslager besuchen... an einer solchen, einseitigen, auf die Judenvernichtung anspielenden Optik eines solchen Besuches können wir nicht interessiert sein."* Die Bundesregierung setzte Reagan unter starken Druck, am geplanten Zeremoniell teilzunehmen, drohte, sonst die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu gefährden.

Im Vorgang der *„Versöhnung"* heißt, werden deutsche NationalsozialistInnen zu Opfern, KZ-Häftlinge erscheinen als 'zufällig verhinderte Täter'. 1984 hatten Kohl und Mitterand gemeinsam Verdun besucht, und, laut Kohl, so *„Wunden geheilt"*. Bitburg sollte den Vernichtungsweltkrieg der NationalsozialistInnen wie den ersten erscheinen lassen. Mit den Trauerkränzen erscheint die gesamte Geschichte des „Dritten Reiches" in einem Nebel kollektiver Unschuld.

Schon seit Bestehen der BRD wurde hauptsächlich von der CDU versucht, die Differenzierung in die Opfer des Nationalsozialismus und die Opfer des Krieges aufzuheben. Sinnfälliger Ausdruck dafür ist der seit 1951 auf das zweite Novemberwochenende festgelegte "Volkstrauertag", der die NS-Opfer in den Hintergrund drängt. Aber erst mit der Wende 1982 schien die BRD mächtig genug, aus dem geschichtsrevisionistischen Interesse eine wirkliche Kampagne mit materialisierbaren Ergebnissen zu machen. Das Bedeutsamste ist, daß es dem wiedervereinigten Deutschland gelang, den Opferstatus deutscher TäterInnen in ein nationales Mahnmal, die *„Neue Wache"* in Berlin, zu meißeln, die 1993 eingeweiht wurde. Die Reaktivierung des Schinkel-Baus mit nationaler, militaristischer Geschichte, in dem auch der Nationalsozialismus seine Heldengedenktage zelebrierte, und den Schildern außen am Eingang mit den durch Kommata getrennten Halbsatzaufzählungen der Opfer von *„Krieg und Gewaltherrschaft"* markiert den Erfolg des Projekts der völkisch-nationalen Sinnstiftung.

Der Unterschied zwischen 1985 und 1993 liegt bei 1989/90. Das souveräne Deutschland, das Juden und Jüdinnen und deutsche NS-Soldaten als Opfer gleichsetzt, ist nun nicht nur von den ideologischen, sondern auch von den politischen Voraussetzungen her in der Lage, neue Katastrophen vorzubereiten.

Der 8. Mai 1995 ist der 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Niederlage. Dieses Ereignis, das in den nächsten Monaten die Debatten prägen wird, steht für den Beginn einer neuen Etappe. Der Gleichsetzung von TäterInnen und Opfern folgt der Versuch, Deutsche zu den *eigentlichen* Opfern zu machen. Es ist damit zu rechnen, daß die Erinnerung an die Shoah und den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg zur ausstrah-

lungslosen Pflichtübung verkommt, die eigentliche Dynamik aber von der *deutschen* Forderung nach Versöhnung ausgeht: Versöhnung für das noch „ungesühnte Verbrechen der Vertreibung Volksdeutscher". Bei Karlheinz Weißmann, einer der neu-rechten Historiker, die sich in die bürgerlichen Feuilletons vorgearbeitet haben, liest sich die Opferbilanz des Dritten Reiches folgendermaßen: *"Als im Mai 1945 alles zu Ende war, lag das Land zerstört. Man hatte 3,5 Millionen gefallene Soldaten und 650.000 Ziviltote zu beklagen; zum Zeitpunkt der Kapitulation befanden sich mehr als 10 Millionen Angehörige der Wehrmacht und der Waffen-SS in Kriegsgefangenschaft; bis 1947 wurden 12 Millionen Deutsche aus ihren angestammten Siedlungsgebieten im Osten vertrieben, fast ein Viertel starb bei der Flucht oder der Deportation"* (aus: "Rückruf in die Geschichte", 1992). Vom Ausgang dieses Versuchs, das Projekt Geschichtslüge durch die Verkehrung des Opfer-Täter-Verhältnisses zu Ende zu bringen, wird es maßgeblich abhängen, in welchem Maß Antisemitismus die Gesellschaft prägen wird. Haben die Deutschen erst einmal mehrheitlich zu dem Glauben gefunden, *sie* seien die *eigentlichen* Opfer des „Drittes Reiches" und des Krieges, werden sie sich als 50 Jahre zu Unrecht 'gedemütigt' begreifen und jedes weitere Beharren auf deutscher Schuld aggressiv beantworten. Israel verkörpert das Erinnertwerden an die Shoah und gerät so in Gefahr, als »Kollektivjude« zum Objekt antisemitischen Hasses zu werden. Dies gilt auch für hier lebende Jüdinnen und Juden. Auch sie personifizieren die Verkörperung an die Erinnerung an Auschwitz und deutsche Schuld. Wo die deutschen TäterInnen nichts mehr zu verantworten haben und selbst zu Opfern werden, ist der Schritt, die Juden und Jüdinnen umgekehrt wieder - wie 1938 Herschel Grynszpan - als 'Gefahr' erscheinen zu lassen, ein viel kleinerer geworden.

Die Relativierung und Leugnung der Shoah

Die Eingemeindung der deutschen TäterInnen in die 'Opfergemeinschaft' hatte die Relativierung bis hin zur Leugnung der Shoah zwangsläufig zum Pendant. Auschwitz stellt aufgrund der historischen Einzigartigkeit der Massenmord-Maschinerie das größte Hindernis für die GeschichtsnormalisiererInnen dar. Eine durchgängige deutsche Identität mit der Shoah als singulärem Ereignis in der Menschheitsgeschichte ist nicht denkbar. Wäre Auschwitz stehen geblieben als das, was es ist, wäre das verhöhnende Geschwätz von den „dunklen und hellen, den schändlichen und ehrenvollen, den erfreulichen und den weniger erfreulichen Momenten in der Geschichte eines jeden Volkes", wie es von VertreterInnen aller politischen Spektren in Deutschland immer wieder bemüht wird, nicht haltbar oder zumindest als Geschichtsverfälschung erkennbar. Die Unmöglichkeit, mit der Erinnerung an die Shoah zu dem von ihr herbeigesehnten Nationalstolz zu gelangen, machte auch die Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann in ihrer 1986 veröffentlichten Studie *„Die verletzte Nation"* zum zentralen Problem. Sie motivierte damit die exponierten Historiker Nolte und Stürmer zu ihren im selben Jahr veröffentlichten Thesen, die dann den sogenannten Historikerstreit ausgelöst haben. Die Funktion der Debatte war, Deutschland von Auschwitz zu 'befreien' und die Zeit der *„Schuldbesessenheit" (Michael Stürmer)* zu beenden, beziehungsweise den *„Gewissenswurm von den jungen Deutschen, die Auschwitz nur aus den Geschichtsbüchern kennen, fernzuhalten"* (Rudolf Augstein im Spiegel 18/92).

Einen Monat nach Bitburg führte die wiederholte Forderung u.a. des „Zentralrats der Juden in Deutschland" nach einer präzisen Strafvorschrift, die jegliches Leugnen der Shoah oder Bestandteilen davon unter Strafe stellt, lediglich zu einer neuen Verfahrensvorschrift. In dieser sollte die staatliche Verfolgbarkeit von „Gruppenbeleidigungen" erleichtert werden. In dem Gesetz wurden Gruppen, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden, mit Verfolgten anderer Gewalt- und Willkürherrschaft gleichgestellt. Ausdrücklich beabsichtigt war hiermit, die Leugnung der sogenannten Vertreibung 'Volksdeutscher' nach der Niederlage des Nationalsozialismus ebenso als Beleidigung verfolgen zu können wie die Leugnung der Shoah. Einen effektiven Schutz für Juden und Jüdinnen bedeutete diese gesetzliche Änderung mitnichten. In der (west)deutschen Rechtsprechung ist herrschende Auffassung geblieben, daß die Würde von Juden und Jüdinnen erst dann verletzt sein könne, wenn TäterInnen sich mit der NS-Rassenideologie identifizieren oder ihre Äußerungen damit in Zusammenhang stehen. Allein das Leugnen der Shoah erfüllte in Deutschland noch nie den Tatbestand der Volksverhetzung oder Beleidigung.

Insofern ist das Gesetz selbst für den größten Teil der neu-rechten und Nazi-Szene ein Freibrief, da diese ihren rassistischen Biologismus mittlerweile in Anlehnung an Alain de Benoist schwerpunktmäßig kulturalistisch und ethnopluralistisch begründet. Nach diesem Tatbestand verwundert es nicht, daß die Sympathien der völkischen Richter offen in die andere Richtung ausschlagen können, wie beim Mannheimer Urteil gegen den NPD-Vorsitzenden Günther Deckert. Deckert war wegen *„Volksverhetzung', in Tateinheit mit übler Nachrede, Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhaß"* angeklagt, weil er auf einer Veranstaltung den „Leuchter-Report" öffentlich gemacht hat. Das Pamphlet Fred Leuchters ist die sogenannte wisssenschaftliche Grundlage aller Shoah-LeugnerInnen, da in ihm die verbrecherische Lüge, daß eine Vergasung technisch nicht stattgefunden haben kann, angeblich bewiesen wird. Das Gericht sorgte sich nicht um die immer offensiver werdende Revision der Shoah, sondern setzte die Strafe gegen Deckert auf Bewährung aus, unter anderem, weil die *„Tat von dem Bestreben motiviert (war), die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche zu stärken."*

Wie sehr die Shoah-LeugnerInnen erstarken, ist an der Position Ernst Noltes abzulesen. Nolte, Mentor der neurechten Historiker, ist acht Jahre nach dem Historikerstreit weit über seine

damalige Relativierung von Auschwitz durch Vergleiche mit anderen Vernichtungsaktionen hinaus und betreibt in extrem aggressiver Form die 'weiche' Leugnung der Shoah, also die schrittweise Reduzierung der Zahl der ermordeten Jüdinnen und Juden.

In seinem 1993 erschienenen Buch *„Streitpunkte"* wird Nolte deutlich radikaler. Er widmet ein ganzes Kapitel den Thesen radikaler Revisionisten. Nolte verbreitet die »Auschwitz-Lüge«, indem er sie 'ohne Vorurteile' darstellt und sich 'wissenschaftlich' mit den Thesen der Radikalrevisionisten (z.B. Irving) auseinandersetzt. Damit gerät Nolte nicht ins gesellschaftliche Abseits. Im Gegenteil: Im August 1994 sprach er sich auf dem großen Forum der „FAZ" gegen eine Strafbarkeit der »Auschwitz-Lüge« aus: *„Aber diejenigen, die die Singularität der Endlösung in einer Einmaligkeit der Greuel und in der vollständigen Verworfenheit der Urheber - sei es Hitlers, sei es des „Tätervolkes" - sehen wollen, kämpfen in Wahrheit für eine neue Quasi-Religion. Sie brauchen das absolut Böse in der Vergangenheit, um anderes Böses in der Vergangenheit und der Gegenwart nicht ernstnehmen zu müssen. Das Gesetz gegen die Auschwitz-Lüge läßt sich von guten Intentionen leiten. Aber wenn es in Kraft tritt, wird es bei entsprechender Auslegung, die in der Hand der Gerichte liegt, eine Gefahr für die geistige Freiheit in Deutschland. Allerdings ist auch die Möglichkeit nicht völlig auszuschließen, daß das Gesetz gerade erst Verdacht und Mißtrauen hervorruft. ...Bekanntlich wurde vor kurzem die Anzahl der in Auschwitz Getöteten offiziell von vier Millionen auf etwas mehr als eine Million herabgesetzt und der französische Forscher Jean Claude Pressac nannte jüngst die Zahl von 630.000 unregistrierten und in Gaskammern getöteten Juden"* (FAZ, 23.08.94).

Solche Formen der Leugnung und Relativierung sind, seitdem sich der Schlußstrich unter die Shoah als nationaler Konsens durchgesetzt hat, ganz selbstverständlicher Bestandteil der Diskurse in den bürgerlichen Medien. Die „FAZ" und andere griffen seit 1993 schon mehrmals die Frage auf, ob die Zahl der getöteten JüdInnen noch haltbar ist. Ergebnis dieser Debatte ist eine Entfesselung der deutschen 'Volksgemeinschaft', die die „Befreiung der Deutschen von Auschwitz" als nachträgliche Rechtfertigung des nationalsozialistischen Antisemitismus und Rassismus begreift. In dieser Debatte liegt aber auch eine neue Variante von antisemitischen Zuschreibungen gegenüber jüdischen Organisationen. Die JüdInnen, die auf der Realität des Massenmords an insgesamt sechs Millionen Juden und Jüdinnen bestehen (verschiedene internationale Wissenschaftler gehen seit jüngerem sogar von insgesamt mehr als acht Millionen jüdischer Opfer aus), erscheinen in der Logik von Nolte & Co als die 'Betrüger von Auschwitz', die mit List und gefälschten Zahlen deutsches Geld für Entschädigungszahlungen 'einstreichen' wollen. Deshalb könnte sich der Antisemitismus **wegen** Auschwitz künftig erheblich radikalisieren.

Antisemitismus im neuen Deutschland

Der symbolisch aufgeladene Moment des Mauerfalls markiert ein beschleunigtes Stadium des Prozesses der Enttabuisierung des Nationalsozialismus, konsequent verbunden mit Rassismus und Antisemitismus. Die Öffnung der DDR-Grenze zur BRD am 9. November 1989 steht für die Deutschen für das Ende ihrer 'Bestrafung' und für die gleichzeitige vollständige Rehabilitierung der Nation. Mit der Wiedervereinigung hat sich die BRD in Deutschland zurückverwandelt, mit allen Folgen für das politische Bewußtsein von Regierenden und Regierten. Die Haltung 'Wir sind wieder wer' bestimmte das Klima vom Außenministerium bis hin zur Kleingartenparzelle. Forsch demonstrierte die Regierung, daß die Zeiten der 'Gängelung' und der 'Einschränkung' von nun an vorbei seien und weigerte sich, in die Präambel eines vereinten Deutschlands die Verantwortung für die Shoah aufzunehmen, wie der „Zentralrat der Juden in Deutschland" wiederholt forderte.

Ein Zeichen wurde stattdessen in die andere Richtung gesetzt: Am 28.3.1992, am Tag als Frankreich dem Beginn der Deportation von mehr als 70.000 JüdInnen nach Deutschland gedachte, ließ es sich der deutsche Bundeskanzler nicht nehmen, mit Kurt Waldheim, der im Krieg für Deportationen von JüdInnen verantwortlich war, zusammenzutreffen. Der österreichische Bundespräsident war bis dahin international isoliert gewesen, und stand z.B. auf der 'schwarzen Liste' der USA, hatte dort Einreiseverbot. Das Treffen mit Kohl durchbrach den internationalen Bann. An der Einladung gab es scharfe Kritik, u. a. auch vom Jüdischen Weltkongreß (JWC), der in der Einladung Helmut Kohls ein Beispiel of *„shocking moral insensitivity"* sah. Kohl antwortete, daß er alleine bestimme, mit wem er sich treffe und daß er dabei keine Ratschläge brauche. Außerdem müsse er in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der JWC im November 1989 *„hohe Emissäre"* nach Ost-Berlin entsandt habe, um dort *„in unerhörter Weise gegen die deutsche Einheit zu polemisieren."* So stellte er »die Juden« als Hindernis der deutschen Nationwerdung dar und wiederholte damit eine der traditionellen antisemitischen Lügen, der der JWC schon längst schriftlich und öffentlich widersprochen hatte. Das Muster, Juden und Jüdinnen zu HintertreiberInnen der Wiedervereinigung zu machen, wurde allerdings nicht von Kohl erfunden. Schon im Januar 1990 ging der „Spiegel" mit gleicher Aggressivität vor. Am 8.1. nahm Augstein Elie Wiesel ins Kreuzverhör. *„Mit welchem Recht"*, so hatte der Deutsche den Auschwitz-Überlebenden gefragt, halte er denn die Wiedervereinigung für *„verfrüht"*? Elie Wiesel solle lieber erklären, warum in Jerusalem geschossen werde, in Berlin aber nicht. Dann folgte in der Nummer darauf ein weiterer antisemitischer Höhepunkt seit dem Mauerfall, der erst zwei Monate zurück lag: Der Spiegel titelte über den 'linken Juden' Gregor Gysi: *„Der Drahtzieher: ... Der forensisch begabte Anwalt Gysi ist der Vollstrecker. Er hat mehr Macht als er sich selbst bei seiner Wahl hat träumen lassen und er ist inzwischen gewillt, sie zu nutzen... zieht die Drähte... knüpft die Fäden... gilt beim Ost-Volk als Trickser, dem die biedere Schieber-Mütze als Tarnkappe dient" (Spiegel 15.1.1990).*

Die RTL-Nachrichten vom 20.2.90 bemühten dann sogar die »jüdische Weltverschwörung«, als sie meldeten, daß Gysi (angeblich) an das »internationale Judentum« appelliert habe, in der DDR zu investieren, um die Eigenstaatlichkeit zu retten.

Wenn »die Juden« die deutsche Wiedervereinigung aber schon nicht sabotieren konnten, so müssen sie aus antisemitischer Sicht zumindest die wiedererstandene deutsche Nation „parasitär schädigen". In der Wiederholung der 'Wiedergutmachungsdebatte' im April 1992 lehnte das vereinigte Deutschland es ab, eine 'Wiedergutmachungszahlung' von 100 Millionen DM, die die DDR 1988 zugesagt hatte, an Israel zu bezahlen. Stattdessen wurden Israel und der Jüdische Weltkongreß in Deutschland wegen der Einforderung der vereinbarten 100 Millionen DM heftigst attakkiert. Rudolf Augstein stellvertretend für den Rest: *„Bisher haben die Deutschen, in erster Linie aber die Schutzmacht USA, gezahlt, weil 'dat Weltjudentum eine jroße Macht ist' (Konrad Adenauer). ...Deshalb kann es uns auch nicht gefallen, wenn man uns, auch wenn Takt nicht die größte Seite der Deutschen ist, in Jerusalem beschimpft und gleichzeitig in Bonn die Hand aufhält. ... Würden 100 Millionen Dollar die letzte israelische Forderung sein, könnte man sich damit abfinden. Aber man wird dort weiter fordern und weiter bekommen. ... Wie einem neu-alten Antisemitismus entgegentreten, wenn man ihm gleichzeitig Nahrung gibt?"* (Spiegel 18/92)

Im neuen deutschen Ton werden Jüdinnen und Juden aus der 'nationalen Gemeinschaft' ausgegrenzt und erscheinen als potentielle SchädigerInnen der deutschen Nation - egal, ob mit deutscher Staatsangehörigkeit oder nicht. Die konservativen und neurechten IdeologInnen übernehmen die Debatten der konservativen Revolution der Weimarer Zeit und letztlich des 'arischen Mythos'. Mensch konnte geradezu darauf warten, daß die national-völkische Brandstifterei in Politik und Medien zu gewalttätigen Angriffen gegen jüdische Menschen, Institutionen, Friedhöfe und Symbole führen würde.

In einer zweiten antisemitischen Gewaltwelle nach der Wiedervereinigung wurden 1992 mehr Schändungen jüdischer Gräber gezählt als in der Zeit zwischen 1926 und 1931. Drohbriefe, Terroranrufe, Einschüchterungsversuche gegen jüdische Gemeinden und Einzelpersonen wurden zur schrecklichen Gewohnheit. Aktivitäten der jüdischen Gemeinden mußten unter Polizeischutz durchgeführt werden. Die Militanz der antisemitischen TäterInnen wird z.B. deutlich an einem *Sprengstoffanschlag* auf das Denkmal für die deportierten Berliner Juden und Jüdinnen an der Berliner Putlitzbrücke oder an dem Brandanschlag auf eine Baracke des ehemaligen KZ Sachsenhausen.

Die antisemitischen Anschläge und Bedrohungen korrespondierten mit der beispiellosen Hetze gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge, die eine seit dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft einmalige Flut des Rassismus auslöste, was letztlich in das Deportationsabkommen für Sinti und Roma (1.11.92), sowie in die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl (1.7.93) mündete. Die Spur der rassistischen Gewalt führte über Hoyerswerda und Mannheim zum Pogrom nach Rostock und von dort weiter zu den Morden in Mölln und Solingen. Die rassistische Entfesselung der deutschen 'Volksgemeinschaft' und antisemitische Gewaltbereitschaft bedingten und stimulierten sich gegenseitig. Konsequenterweise kündigte Ralph Giordano nach dem Mordanschlag in Mölln an, daß sich Juden und Jüdinnen in Deutschland selbst bewaffnen würden, da das Vertrauen in die Bundesregierung nicht mehr bestehe: *„Kohl ist der Kanzler von Bitburg, von Rostock, von Hoyerswerda und von Mölln."*

Schnell aber wurde klar, daß die rassistische und antisemitische Gewaltwelle im Herbst 1992 in dieser Zuspitzung, unter Einbeziehung großer Massen 'normaler BürgerInnen', nur vorübergehend nützlich war, und außerdem Grenzen hin zum 'national-schädlichen' überschritten wurden. Mölln, Solingen, Sachsenhausen und Lübeck sind die Orte, an denen Rassismus und Antisemitismus aus herrschender Sicht 'aus dem Ruder liefen', weshalb der Mob vorübergehend gezügelt werden mußte. Die hektischen Aktivitäten bezüglich der Brandanschläge auf das ehemalige KZ Sachsenhausen 1992 und auf die Lübecker Synagoge 1993 galten lediglich den zunehmenden kritischen Stimmen im Ausland. Im Inneren wurde und wird sich nicht schützend vor die hier lebenden Juden und Jüdinnen gestellt. So erwähnte Kohls Stellungnahme zu Sachsenhausen mit keinem Wort den Antisemitismus, ebensowenig führten 1000-fache antisemitische Straftaten nach dem Mauerfall zu einer Thematisierung des struktrurellen Antisemitismus in Deutschland. Die antisemitische Gewaltbereitschaft besteht ungebrochen weiter. Bereits für das erste Halbjahr 1994 registrierte das Bundeskriminalamt *„...insgesamt 701 antisemitische Straftaten. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1993 mit 343 derartigen Delikten ist dies ein Anstieg um 104 Prozent"* („Jeder ist uns der Nächste", Archiv für Sozialpolitik). So wurde 1994 die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen wiederum zweimal Ziel von antisemitischen Anschlägen.

Sowohl die Terrorwelle als auch die anschließenden Lichterketten haben die deutsche Gesellschaft radikal homogenisiert. Die Eskalation und folgende Deeskalation zum Jahresende 1992 drückten einen nationalen Konsens aus. Zum einen waren die Deutschen zufrieden über die Abschottung Deutschlands gegen MigrantInnen. Zum anderen wurde erfolgreich dem durch den zu offensichtlichen 'Haß' entstandenen Imageschaden gegenüber dem 'Ausland' entgegengetreten, das Bild vom 'besseren Deutschland' gezimmert. Es gab also einen doppelten Grund, "stolz auf Deutschland zu sein": Deutscher Rassismus und Antisemitismus und deutscher Idealismus gingen wieder einmal eine untrennbare Symbiose ein.

Deutsche 'Identität'

Es verwundert nicht, daß der 1989 in Gang gesetzte Prozeß der 'Volksvergemeinschaftung' nach 1992 eine neue intellektuelle Dynamik erhielt. Für die durch Abgrenzung zu und Ausgrenzung von 'Anderen' zu sich selbst gekommenen Deutschen gab es nur noch eine Frage: "Was ist deutsch?":

„Als was wird man denn geboren ? Als Kind einer Familie, einer Landschaft, einer Sprache, einer Nation..." (Martin Walser in seinem Spiegel-Essay "Deutsche Sorgen", 28.06.93).

Wenn nicht mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse das Handeln der Menschen prägen sollen, dann bleibt nur noch die Biologie und deren Kollektiv, das 'Volk'. Die *„Stiftung deutscher Identität"* (Helmut Schmidt) wurde zum Fixpunkt, ohne den keine Debatte, die wahrgenommen werden will, auskommt.

Wir gehen im Folgenden auf die sogenannte "*Wertedebatte*" ein, da sie zentral ist für die Herausbildung einer deutschen nationalen 'Identität'. Genau in dieser 'Identität' *als solcher* sehen wir - außer den machtpolitischen Interessen eines erneuten Versuchs, nach der Weltmacht zu greifen - die größte Gefahr bezüglich eines sich radikalisierenden Antisemitismus und Rassismus.

Deutsche 'Identität' basiert, wie ausgeführt, historisch nicht auf einer 'Wertegemeinschaft mit dem Westen', nicht auf (Wirtschafts-)Liberalismus und Individualität, sondern auf Aufopferung für die völkische Gemeinschaft.

Antiliberalismus ist ein Grundzug der Wertediskussion in Deutschland. Die Wehklagen über Raff- und Schmarotzergesellschaft, Werteverlust, schwindende Autoritäten, Egoismus, Überhandnahme rein materialistischer Werte, Kriminalität und insbesondere organisierte „Ausländerkriminalität", "Drogenschwemme" stehen für „undeutsche" Zustände, die heutzutage als nach '45 von den Westalliierten, hauptsächlich von den USA, aufoktroyiert verstanden und angegriffen werden. Die antiliberalistische Kritik äußert sich vornehmlich antiamerikanisch. Die antisemitische Sicht der USA als „judengesteuert" schwingt hierbei mit.

Was den 'Deutschen' in der heutigen Gesellschaft fehlt, beschreibt die 'FAZ', die das Buch ihres Hausautors und Ex-Herausgebers Joachim C. Fest *„Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft"* folgendermaßen rezensiert: *„Hinzu kommt, daß die offenen Gesellschaften keine Antwort auf die Sinnfrage des modernen Menschen haben, keine Verheißung kennen und keine Hoffnung. Ihr einziges Versprechen ist die prekäre Aussicht auf ein halbwegs zuträgliches Zusammenleben von Menschen mit Menschen" (FAZ, 18.12.1993).*

Auch Wolfgang Schäuble kann mit purem Materialismus und sinnentleertem 'Raffkapitalismus' nichts anfangen. *„So kann es nicht weitergehen: Ohne mehr Bürgersinn, Pflichtgefühl und Dienst an der Gemeinschaft kann ein freiheitlicher Staat auf Dauer nicht bestehen. ... Das Bild vom armen Reichen trifft in vielen Aspekten auch auf unsere heutige satte Wohlstandsgesellschaft zu: Wir sind risikoscheu, neigen zu Vollkaskomentalität und frönen dem Besitzstandsdenken ... Ohne Vertrauen, ohne Gemeinsinn und ohne Amtsethos der öffentlichen Bediensteten werden alle Reformen nur vorübergehende Besserung bringen. ... Die Menschen müssen nicht lange nachdenken, was zu tun ist. Lange Debatten über Für und Wider werden nicht geführt. ... Regung ... kommt wohl direkt aus dem Herzen"* (aus: *„Und der Zukunft zugewandt"*, 1994). Schäubles Buch ist eine Fundgrube für antiwestliche Reflexe, scheinantikapitalistische Ressentiments, apokalyptische Beschreibungen der gesellschaftlichen Halt- und Wertelosigkeit bei gleichzeitiger Propagierung der Lösung: der Rückbesinnung auf »deutsches Gefühl, Geist, Gemüt und Ethos«, Abkehr von materiellen Werten (Wohlstand) bei Aufrechterhaltung des Privateigentums etc. - also des kompletten Arsenals der aktuellen Wertedebatte.

Bestandteil der Wertedebatte ist ein Schein-Anti-Kapitalismus, der im Rahmen einer verkürzten Sicht diesen nicht in Frage stellt, aber bestimmte Erscheinungsformen des Kapitalismus *moralisch* außer Kraft setzen will.

Die solcherart verkleidete antiliberalistische Gesinnung eint die 'idealistische' deutsche Volksgemeinschaft von Helmut Schmidt bis Bärbel Bohley. Denn nach Helmut Schmidt hat „... *die große Mehrheit der westdeutschen Landsleute ihre Rechts- und Wirtschafts- und Sozialordnung niemals als Inkarnation des Kapitalismus angesehen, ... Manche Westdeutsche fühlen sich beleidigt, wenn man ihre Lebenswelt als Kapitalismus bezeichnet - ich selbst übrigens auch"* (aus: *„Handeln für Deutschland"*).

Bärbel Bohley verläßt sich da lieber nur auf die ostdeutsche 'Volksgemeinschaft': *„Wir im Osten haben zum Beispiel ein anderes Verhältnis zu Eigentum und Besitz als im Westen.... Das bestärkt unsere Einstellung zu Eigentum, daß nämlich daran immer etwas klebt, das nach Unrecht riecht, nach Ausbeutung, nach Übers-Ohr-hauen"* (Interview in Focus 41/94). Den solcherart klebrigen, stinkenden und betrügerischen Kapitalismus gilt es nach Bohley nicht abzuschaffen, sondern vor Gysi, den *„verlängerten Arm des alten DDR-Rechtssystems"*, in dem der Privatbesitz von Produktionsmitteln doch eher verpönt war, zu verteidigen. Bohley über den linken Juden Gysi: *„Das ist wie ein Pestbazillus. Und Pest steckt an" (Focus, 41/94).*

Aber kann es nicht ein aufgeklärtes, für niemanden bedrohliches deutsches Nationalbewußtsein geben? Ist der "Verfassungspatriotismus" keine Alternative zum aggressiv-völkischen? Wir sagen ganz klar: Nein. Deutsche 'Identität' führt geradewegs in die Katastrophe Die klägliche Rolle, die die "Verfassungspatrioten" bei der Wiedervereinigung spielten - letztlich haben sie allesamt vor „einig Vaterland" ihren Kotau gemacht - ist die logische Konsequenz ihres Denkens. Wer sich auf deutsche Verfassungstraditionen beruft, darf sich nicht wundern, wenn völkisches Deutschtum dabei herauskommt, ist doch die These von der deutschen Nationalgeschichte in ihr ebenso fundiert, wie die Definition der Deutschen über Blutsbande. Aber auch vom spezifisch deutschem Fall abgesehen, lassen sich bürgerliche Rechtstraditionen, die Verfaßtheit bürgerlicher Staaten historisch wie logisch von ihrer nationalen Fundierung gar nicht trennen. Wer die abstrakte Seite des Staatsbürgerdaseins propagiert, befördert implizit ideologisch als Kehrseite immer auch den Mythos der konkreten 'Kulturbande'.

Am plastischsten benennt dies erneut Helmut Schmidt. In seinem Buch *„Handeln für Deutschland"* (1993) greift der besonders exponierte Diskutant der 'Wertedebatte' den von Habermas geprägten "Verfassungspatriot-

ismus" an. "Deutschsein", so Schmidt, sei mehr als die Berufung auf das Grundgesetz: *„Kaum einer käme auf die Idee, die Existenz der deutschen Nation zu leugnen, und statt dessen zu sagen, es genüge, wenn die Menschen in der Mitte Europas ihrem Grundgesetz treu bleiben.* ***Weder die Stärken noch die Schwächen unseres Volkes konnten sich im Grundgesetz offenbaren, weder unser Hang zur idealistischen Schwärmerei, noch unsere Neigung zu Intoleranz und Gewalt. Mit einem Wort: das, was das Deutschsein ausmacht, reicht in ganz andere, tiefere Schichten, als daß es durch die Kultur des Rechts ... erschöpft werden könnte.*** " 'Deutschsein' - tief und verwurzelt.

Wo die Deutschen sich selbst sehen, ist das von ihnen entworfene 'Gegenbild' nicht weit. »Deutschem Gefühl und Gemüt« stehen wie seit Beginn des deutsch-völkischen Denkens »jüdischer Skeptizismus« und »jüdischer Materialismus« gegenüber. Das Spiegel-Extra *„Deutsche und Juden"* legt im Titel nahe, daß es um unterschiedliche 'Identitäten' geht.

Nazis dagegen seien nach gängiger Argumentation die Folge(-'opfer') von Aufklärung und liberalistischer Erziehung, also *„unsere Kinder"*. So wird eine Gemeinschaft gestiftet, die mit organisch-familiären Bildern arbeitet, dadurch Opfer des Nationalsozialismus ausgrenzt, und auf das als 'natürlich' begriffene nationale 'Volksganze' abzielt. Es liegt in der Logik des Prozesses, daß Ignatz Bubis zum *„eigentlichen Volksverhetzer"* wird, auch wenn nur wenige das so offen aussprechen wie vor einiger Zeit der Republikaner-Vorsitzende Schönhuber. Schönhuber bezeichnete Ignatz Bubis Ende März '94 auf dem Landesparteitag seiner Partei als *„einen der schlimmsten Volksverhetzer Deutschlands"*, nachdem Bubis Anhänger der Republikaner als mitverantwortlich für Brandanschläge auf die Wohnungen von MigrantInnen bezeichnet hatte. Bubis sei derjenige, *„der in Deutschland für den Antisemitismus sorgt."* Der Volksverhetzer-Vorwurf an Bubis verdeutlicht die innere Logik der im Moment stattfindenden gesellschaftlichen Formierung. Jüdische Organisationen und ihre VertreterInnen werden in erster Linie als diejenigen angegriffen, die den Prozeß nicht mittragen wollen / können, ohne immer wieder zu Grundsatzkritiken zu kommen. Schönhuber trieb den stattfindenden Formierungsprozeß lediglich auf die antisemitische Spitze, die sich die politische und intellektuelle Elite dieses Landes (noch) nicht erlauben kann. Zwar gab es nach der Schönhuber-Äußerung ähnlich dem Deckert-Urteil einzelne empörte Reaktionen aus verschiedenen gesellschaftlichen Spektren, und der Strafantrag Schönhubers wurde als „abwegig" zurückgewiesen. Sowohl Schönhuber als auch die Mannheimer Richter scheinen abgekanzelt worden zu sein. Doch ähnlich wie 1986, als der 'Historikerstreit' angeblich mit einem Sieg der Liberalen endete, werden die tabubrechenden Vorstöße die zukünftigen Diskurse verändern, da sie wie oben dargelegt, eine nicht offen benannte Verankerung im politischen Mainstream besitzen.

Die Richtung gibt der Aufsatz-Band *„Die selbstbewußte Nation"* vor, in dem sich neurechte Autoren um Rainer Zitelmann zu Deutschland äußern. Der Rechtsextremist Roland Bubik sieht darin die Nation durch *„Auschwitz"*, wie er in Anführungszeichen schreibt, gefährdet, weil es *„zur Agitation gegen den Aufbau der Bundeswehr, gegen die Wiedervereinigung und gegen nationale Selbstachtung"* gedient habe.

Die Formierung der Neuen Rechten

Insgesamt ist der Prozeß der völkischen Nationalisierung Deutschlands, wie er seit 1982 versprochen, 1985 eingeleitet, 1989/90 entfesselt und 92/93 durchgesetzt wurde, von einer eindeutigen Bezugnahme auf die Diskussionen der 'Konservativen Revolution' in der Endphase der Weimarer Republik bestimmt. Edgar Jung verfaßte 1932 folgenden Definitionsversuch: *"Konservative Revolution nennen wir die Wiederkehr aller jenen elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an Stelle der sozialen Gesinnung der gerechte Einbau in die gestufte Gesellschaft, an Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an Stelle bürkratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverantwortung, an Stelle des Massenglücks das Recht der Volksgemeinschaft."* Das damalige Ziel war die allumfassende, als "revolutionär" empfundene, Umwälzung des politischen Überbaus. Unserer Meinung nach geht es darum auch heute.

Wir sehen keinen Automatismus, daß eine solchermaßen geprägte ideologische Formierung zu einer nationalsozialistischen Variante auf der politischen Ebene führen muß. Aber: Der Unterschied der heutigen "Konservativen Revolutionäre" zu den damaligen ist, daß es die Erfahrung des Nationalsozialismus gibt. Heute ist bekannt, worauf die damaligen Ideologeme hinausliefen. Das macht die Entwicklung noch gefährlicher. Die 'Neuen Rechten' verfügen über die Gewißheit, daß die antisemitische und rassistische Selbstüberhöhung zum "Ideal des neuen deutschen Menschen" politisch durch die "Selektion" der als "volksfremd" definierten Menschen erfolgreich umsetzbar ist. Gleichzeitig können nationalschädigende Elemente des Nationalsozialismus 'modernisiert' werden. Ein formiertes rechtsradikales Lager, möglicherweise eine stabilisierte Rechtspartei, hat die Funktion, rassistische und nationalistische Anschauungen in einer Konzentration und Form zu vertreten, die den Übergang zu faschistischen Herrschaftsformen als eine Option in sich trägt. Wie 'modernisiert' auch immer eine solche Formation daherkommen mag: Sie wird dem Traditionszusammenhang verpflichtet sein, der von der "Konservativen Revolution" der Weimarer Republik zum System des Nationalsozialismus führt. Dominantestes Strukturelement dieses Traditionszusammenhanges ist, wie beschrieben, der Antisemitismus.

Für die Frage, wie konsensual und wie aggressiv sich Antisemitismus in Deutschland durchsetzt, wird unserer Meinung nach entscheidend sein, welche Dynamik die ideologische Formierung auf der politischen Ebene entwikkelt.

Wir wollen davor warnen, die neu-

rechte Formierung zu unterschätzen. Der dynamischste Rechtspopulist auf der politischen Bühne ist seit geraumer Zeit Jörg Haider. 1993 legte er sein *"Plädoyer für die dritte Republik"* im rechtskonservativen Ullstein-Verlag vor. *"'Freiheit, die ich meine', hat all das enthalten, was im Wahlkampf so große Aufregung hervorgerufen hat: Die Ablehnung der Parteien und ihre Ersetzung durch 'Bürgerbewegungen', die Abschaffung des Kanzleramtes und die Aufwertung der Präsidentenfunktion. Und vor allem: Das Ende der repräsentativen Demokratie und ihre Ersetzung durch eine "direkte" Demokratie, die mehr direkt als demokratisch wäre. Ein 'Führerstaat' neuen Typs, ein autoritäres System, das sich seine Zustimmung jeweils durch Volksabstimmung holen würde - wenn überhaupt." (Peter Pelinka, 'Zeit', 28.10.94)*

Ende Oktober '94 kündigte Haider an, 1995 die FPÖ aufzulösen, alle Parteiämter abzuschaffen, die Partei stattdessen in eine 'Bürgerbewegung' umzuwandeln und diese *'die Freiheitlichen'* zu nennen. Dies ist ein offensiver Schritt und nimmt die Konzeption, wie sie für die Gesellschaft vorgesehen ist, in den eigenen Reihen vorweg. Die von uns befürchtete Radikalisierung von Antisemitismus ist mit solchen gesellschaftlichen Veränderungen verbunden. Nicht, daß wir glauben würden, die bürgerliche Demokratie böte einen Schutz gegen solche Entwicklungen. Im Gegenteil: Sie ist an nationalen Erfordernisse orientiert und treibt die gesellschaftliche Entwicklung selbst in diese Bahnen. Ist die Demokratie nicht mehr funktional, werden ihre Selbstauflösungsmechanismen wirksam.

Dies läßt sich an der Entwicklung der 'Altparteien' ablesen: Die CDU wird mit großer Wahrscheinlichkeit mit Wolfgang Schäuble einen nationalen Demagogen zum Nachfolger Kohls machen. Schäuble will auf die *"transzendentale Dimension"* (eine zentrale Kategorie der "Konservativen Revolution") nicht verzichten, betrachtet die Familie *"als aktiven Verfassungsschutz"* und die Nation als *"Schutzgemeinschaft nach außen"* (alle Zitate aus: *"Und der Zukunft zugewandt"*). In der FDP werden die Kräfte erstarken, die um Ex-Bundes-Generalanwalt Alexander von Stahl und dem neueingetretenen Chefrevisionisten Rainer Zitelmann die national-völkische Wende à la Haider bewerkstelligen wollen. In ihrem Berliner Positionspapier wenden sich die 'Freiheitlichen' *"gegen neue ideologische Konzepte, vor allem den Feminismus und den Multikulturalismus"*, die im Vergleich zum "arischen Mythos" in Deutschland tatsächlich neu und unerprobt sind. Die SPD orientiert sich an dieser Entwicklung. Rudolf Scharpings erste programmatische Klarstellung unmittelbar nach seiner Bestimmung zum Kanzlerkandidaten war, sich vom 'Mulitkulturalismus' zu distanzieren. Die SPD ist nicht die Trägerin der völkischen Dynamik, paßt sich ihr aber (frühzeitig) an.

Dennoch ist festzuhalten: Eine völlige Homogenisierung der Gesellschaft ist in der äußersten denkbaren Form erst dann möglich, wenn die Deutschen wieder zu ihrem Führer gefunden haben, egal wie aufgepoppt und 'modernisiert' dieser in der heutigen 'Telekratie' daherkommt. Erst dann ist das Höchstmaß an 'Einschließung' der Volksdeutschen denkbar und damit auch das Höchstmaß an Ausschließung »der Anderen«. Die neuen 'Konservativen' suchen das Wesen des Politischen in einer barbarischen Freund-Feind-Ideologie, die von dem Staatsrechtslehrer Carl Schmitt auf pseudojuristische Weise begründet wurde: *"Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung in Freund und Feind"* (Carl Schmitt, *„Der Begriff des Politischen"*, 1932). Wen Schmitt, der seit 1993 eine abenteuerliche Wiedereinführung in den gesellschaftlichen Diskurs erlebt und in allen bürgerlichen Feuilletons umfangreich vertreten ist, mit "Feind" (des 'deutschen Volkes') meinte, führte er konsequent vor. Er beteiligte sich an der Diffamierung und Vertreibung jüdischer KollegInnen von der Berliner Universität und leitete 1936 eine Tagung unter dem Motto: *"Der Kampf der deutschen Rechtswissenschaft wider den jüdischen Geist"*.

Wir nehmen das Vorrücken konservativ-revolutionärer VertreterInnen in die gesellschaftliche Mitte, von wo aus sie mit ihrem Lebenselexier, dem völkischen Nationalismus, gefüttert werden, bitter ernst.

Mit dem von Zitelmann organisierten *"Berliner Appell"*, der sich geschickt gegen die sogenannte Ausgrenzung der "Konservativen" aus dem Diskurs durch die "totalitären" AntifaschistInnen wendet, haben die Neu-Rechten ihre gesellschaftliche Anerkennung in noch breitere Spektren ausweiten können. Während viele Rest-Linke die Brisanz der Entwicklung nicht wahrhaben wollen, liegt, so ist zu befürchten, die 'Junge Feiheit' in ihrer Bewertung richtiger. Diese schrieb, der *"Berliner Appell"* könne unter bestimmten Voraussetzungen innerhalb kürzester Zeit zu "einer geistigen Mobilisierung bislang ungeahnten Ausmaßes" führen. **Dies ist eine Drohung. Eine Mobilisierung ungeahnten Ausmaßes von völkischen Deutschen ist eine antisemitische Mobilisierung. Genau diese halten wir in den kommenden Jahren für möglich. Die ablehnende und empörte Reaktion nach dem Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge in dieser Breite könnte im Wiederholungsfall ein Dokument aus einer vergangenen Zeit sein - der Bonner Republik.**

NIE WIEDER DEUTSCHLAND !

Antinationales Plenum Hamburg
Postfach 306 237
20328 Hamburg
und AK Kassiber, Berlin

V.i.S.d.P.: H. Morgenthau, Heimfelder Straße 344, 21041 Hamburg

Volxsport: "Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf"

Wir haben heute, am 12.11.94 an 5 verschiedenen brücken frankfurts autoreifen angezündet und daneben transparente mit der aufschrift: "solidarität mit dem kurdischen befreiungskampf" aufgehängt.
wir sind keine kurden und kurdinnen, doch wir leben in einem land, das diesen völkermord mit vorantreibt, dafür verantwortlich ist. unsere feuer bedeuten, daß wir den kampf unterstützen, daß die feuer von newroz jeden tag und jede nacht weiterbrennen! auch und gerade hier in der brd!
newroz, das neujahrsfest, wurde und wird immer mehr zum fest des kurdischen widerstandes gegen die unterdrückung und gegn den mord an ihrem volk. seit jahren wurden diese feiern in der türkei und dieses jahr auch in der brd verboten. doch diese verbote ließen sich nie durchsetzen, trotz massaker in der türkei oder kriminalisierung in großdeutschland. das deutsche kapital und der deutsche staat, dessen einzige aufgabe es ist, die deutsche herrschaft auszubauen und abzusichern, sind direkt und indirekt am vernichtungskrieg beteiligt - deutschland ist kriegspartei:

gekürzt: hier folgen die allgemein bekannten Schweinereien der BRD gegen das kurdische Volk

mit unserer aktion machen wir deutlich, daß der kampf um befreiung und selbstbestimmung nur ein gemeinsamer und internationalistischer sein kann,; an dieser stelle machen wir deutlich, daß wir uns nicht gegen die türkische bevölkerung wenden, sondern gegen den türkischen staat, dessen armee und gegn das türkische großkapital bzw. gegen die, die diesen krieg unterstützen, ermöglichen und finanzieren.
alle kriegstreiber und völkermörder müssen gestoppt werden!
keine abschiebung in den folterstaat türkei!
aufhebung des verbots gegen die pkk und der kurdischen vereine!
schluß mit der unterstützung für den türkischen staat durch tourismus, waffenexport und "wirtschaftshilfe"!
freilassung aller politischen gefangenen!

Aktion gegen die "Junge Freiheit"

Anschläge auf die Infrastruktur der *Jungen Freiheit*

»Revolutionäre Lesbenfrauengruppen und andere revolutionäre Gruppen« teilten gestern in einem Schreiben mit, daß sie am 4. Dezember auf Betriebe und Fahrzeuge in Berlin und Brandenburg Brandanschläge durchgeführt haben. Dabei handelt sich um die Union-Druckerei Weimar, in der die *Junge Freiheit* seit September 1994 hergestellt wird. Die Druckerei gehört, so die AntifaschistInnen in ihrer Erklärung, mittlerweile zum Unternehmensverbund der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Außerdem wurden Fahrzeuge eines Pressegrossisten - »Brandenburger Pressevertrieb«, einer von drei Großhändlern im Raum Berlin, sowie der mittelständischen Kioskkette Wolff in Berlin durch Brandsätze beschädigt.

Die Gruppen erklären dazu: »Die Verantwortlichen dieser Firmen haben anscheinend gehofft, daß sie dem Widerstand durch Heuchelei und Aussitzen den Wind aus den Segeln nehmen können. Mit unseren Anschlägen haben wir ihnen hoffentlich deutlich gemacht, daß sie sich geirrt haben und daß wir die Herstellung und den Vertrieb von faschistischen Zeitungen nicht hinnehmen.«

Zur Wochenzeitung *Junge Freiheit (JF)* schreiben sie in ihrem Text: »Die Zeitung ist der Versuch der sogenannten Neuen Rechten, mit journalistischen Mitteln in politisch und kulturell bedeutsame Bereiche der BRD-Gesellschaft einzubrechen. (...) Die sogenannte Neue Rechte versteht sich als Mittler zwischen allen Schattierungen des braunen Rands, von Konservativen bis zu bekennenden Nationalsozialisten. (...)

Ihr Ziel ist es, eine neue kulturelle Vormachtstellung der Rechten zu etablieren und den Nationalsozialismus zu rehabilitieren.« Durch eine »Verdrehung von Begriffen« versuche das Blatt »zu verharmlosen, zu verwirren und zu vernebeln«. »Vom Nationalsozialismus geprägte Begriffe werden vermieden und gegen neue, wissenschaftlich neutral klingende ersetzt.«

Am Schluß des Textes erklären die Gruppen: »Unser Kampf richtet sich gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung - hier und weltweit. Kein Rederecht für, keinen Dialog mit Faschisten und Faschistinnen! Schau nicht weg - greif ein! Schau hin - greif an!«

Die Polizei sprach nach den Anschlägen von Schäden in Höhe von 2,5 Millionen DM.

Druckerei will Vertrag auflösen

Weimar/Berlin. Der Eigentümer der Unions-Druckerei in Weimar will nach dem vermutlich von Linksextremisten verübten Brandanschlag auf das Firmen-Gebäude den Vertrag mit der rechtskonservativen Zeitung „Junge Freiheit" (Potsdam) auflösen. Den 33 Beschäftigten der Druckerei, die die Zeitung herstellt, seien die drohenden Gefahren nicht mehr zuzumuten.



Vortrag: "Weltwirtschaft, Metropolen-entwicklung und Süd-Nord-Migration" (Lydia Potts, Oldenburg)

Podiumsdiskussion: "Rassismus und Flüchtlingspolitik in den Staaten der EU" (u.a. mit VertreterInnen von SOS Racismo Barcelona, Campaign against Racism and Fascism, London).
Moderation: Nadine Gevret, Redaktion Off Limits

Vortrag: "Stadtgeschichte als Geschichte der Einwanderung: das Beispiel Marseille" (Emile Temime, Marseille)

Film im Lichtmeß-Kino: **"The truth lies in Rostock"**

Stadtentwicklung, Migration und Rassimus in europäischen Hafenstädten: Berichte aus: Barcelona, Hamburg, London, Petersburg

Exkursionen (Hafenrundfahrt), Workshops: Hamburger Initiativen stellen sich vor.

Arbeitsgruppen: Flüchtlinge und MigrantInnen in der Metropolengesellschaft

- AG 1- **MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt: Deregulierung und "ethnische" Spaltungsprozesse**
- AG 2 - **Immigration und Stadtentwicklung**
- AG 3 - **Frauen Forum**
- AG 4 - **Rassismus in der Großstadt-Gesellschaft**
- AG 5 - **Die verlorene Generation? Jugendliche MigrantInnen in der Metropole**
- AG 6 - **Antirassistische Praxis: Organisierung, Unterstützung, Solidarität**

Vom „Tor zur Welt" zur Festung Europa

Als „Tore zur Welt" haben die europäischen Hafenstädte seit Jahrhunderten eine zentrale Rolle für die Expansion der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Kolonisierung der drei Kontinente Afrika, Asien und Amerika gespielt. Gleichzeitig entwickelten sie sich zu Knotenpunkten internationaler Ein- und Auswanderungen. In vielen Hafenstädten sind größere Einwanderer-"Communities" entstanden. Doch was ist heute noch dran am Bild von der weltoffenen und kosmopolitischen Hafenmetropole?

Mit der zunehmenden Vereinheitlichung der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik innerhalb der Europäischen Union schließen sich die Tore gegenüber den MigrantInnen aus dem Süden und Osten.
Vor dem Hintergrund der Durchsetzung einer weltweiten, neoliberalen Wirtschafts- und Sozialordnung entwickeln sich in den europäischen Städten Prozesse, die als „Drittweltisierung des lokalen Raumes" bezeichnet werden können. Die soziale Realität der Städte ist geprägt durch eine zunehmende Spaltung des Arbeitsmarktes entlang „ethnischer" Kriterien, eine Segregation der städtischen Bevölkerungsgruppen, die Ausgrenzung eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung aus dem sozialen Versorgungssystem und einen wachsenden innergesellschaftlichen Rassismus - mit unterschiedlicher Ausprägung je nach nationaler Geschichte.

Angesichts dieses zunehmenden Rassismus erscheint es immer dringender, daß die in den Bereichen der Internationalen Solidarität und des Antirassismus aktiven Gruppen sich austauschen, verständigen und vernetzen.

Der Kongreß richtet sich an Initiativen, Projekte und WissenschaftlerInnen, die auf lokaler Ebene in den Bereichen Migration, Anti-Rassismus, Internationalismus, Stadt- und Hafenentwicklung und Sozialpolitik arbeiten. Das vereinte Europa stellt die Antirassismus- und die internationale Solidaritätspolitik vor neue Herausforderungen. Deshalb wollen die teilnehmenden Initiativen und Einzelpersonen den Blick über den nationalen und lokalen Tellerrand wagen. Neben dem Erfahrungsaustausch über die spezifischen Bedingungen von Migration und Rassismus in den verschiedenen Hafenstädten soll der Kongreß im Sinne des alten Slogans „Global denken - lokal handeln" ein Forum für eine theoretische und politisch handlungsrelevante Diskussion bieten.

Der 1. Teil des Kongresses wird sich grundsätzlich mit der Situation der europäischen Hafenmetropolen im Spannungsfeld von Weltwirtschaftsentwicklung und Migration beschäftigen. Die Vorträge analysieren die Stellung der europäischen Hafenmetropolen im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem und ihre Bedeutung für die internationalen Migrationsprozesse des 20. Jahrhunderts.
Im 2. Teil beschäftigen sich thematische Arbeitsgruppen mit der sozialen, politischen und ökonomischen Situation von MigrantInnen in europäischen Hafenstädten.

ZUR ERWIDERUNG AUF DEN ARTIKEL : "WIE LANGE SOLL DAS NOCH SO WEITERGEHEN ?" AUS INTERIM NR. 311, VOM 08.12.1994

Eigentlich bräuchte der sogenannte linke Prenzlauer Berg doch keine Unterstützung von außen, um mit den Faschisten im Kiez fertig zu werden. Hier gibt es einige besetzte Häuser und eine unzählige Menge alternativlebende Menschen.

Deshalb muß es uns doch möglich sein hier im Bezirk uns auf unsere eigenen antifaschistischen Kräfte zu besinnen, statt auf Hilfe von außen zu warten, denn die anderen Bezirke haben sicherlich die gleichen Probleme.

Wir müssen versuchen HIER eine eigene funktionierende Struktur aufzubauen und alle autonomen und nicht autonomen Gruppen zu einer schlagkräftigen ANTIFASCHISTISCHEN AKTION zusammen zu schließen.

Erste Versuche wurden bereits unternommen, welche bisher nicht über einen kleinen Gruppenkreis hinaus kamen.

Für alle interessierten und aktiv lebenden Menschen bietet sich die Möglichkeit, das offene Antifaplenum im BAOBAB INFOLADEN WINSSTR. 53 PRENZELBERG DIENSTAGS VON 19.00 - 20.00 sich einzubringen.

WANN, WENN NICHT JETZT - WER, WENN NICHT WIR !!!!!

einige Prenzelberger ANTIFAS

Hausdurchsuchung in Ffm wegen Steinmetz

FRITZE, den 30.11. 1994

Am 29.11.94 durchsuchten das BKA (Bundeskriminalamt) und der Staatsanwalt der Bundesanwaltschaft Griesbaum die Fritzlarerstr.18 in Frankfurt- Bockenheim. Der Durchsuchungsbefehl lautete: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion gegen UNBEKANNT. Fünf Leute aus dem Haus und eine Besucherin wurden in dem Beschluß genannt, deren Räume durchsucht werden sollten.

In dem Haus Fritzlarerstr.18 haben wir seit drei Jahren mehrere Wohnungen besetzt. Der Besitzer ist die Gerüstebaufirma Layher, die das Haus abreißen lassen will.

Gesucht und/oder beschlagnahmt wurde von den Männern und Frauen des Morgengrauens Quittungen
über den Kauf von Motorradkoffern, Motorradzubehör, Taschen und Kaufverträge von Motorrädern.

Ein Auto und zwei Motorräder von BewohnerInnen wurden für eine Untersuchung vorrübergehend beschlagnahmt. Das gesamte Dachgeschoß, der Keller und eine Wohnung im zweiten Stock wurden durchsucht, alle Räume fotografiert. In jedem Raum wurden mittels Staubsauger u.a. Staubproben genommen. Grund der erneuten Durchsuchung unseres Hauses war der angebliche Fund von Sprengstoffspuren in einem Motorradkoffer, der hier am 10.5. 94 beschlagnahmt wurde. Hintergrund
des ganzen Verfahrens ist ein Motorrad, welches dem VS- Spitzel Klaus Steinmetz gehörte und laut Bullen bei Staftaten verwendet worden sein soll. Beispielsweise bei dem Sprengstoffanschlag auf den Knastneubau in Weiterstadt im Frühjahr 1993. Nach Bad Kleinen (Ende Juni 1993) kaufte eine Bewohnerin unseres Hauses aus der Hinterlassenschaft des Steinmetz dessen Motorrad, samt Koffer
und Ersatzteilen.

Drei der im Beschluß genannten Leute waren während der Durchsuchung anwesend und wurden sogleich vom Bundesanwalt Griesbaum als Zeuginnen und Zeugen ins Polizeipräsidium zitiert. Die direkt an die 4-stündige Durchsuchung anschließenden Vorladungen kamen für die drei sehr überraschend. Die Auswahl der drei Leute erscheint uns willkürlich und wir denken, daß noch weitere Vorladungen bis zum Bundesgerichtshof nach Karlsruhe folgen können.

Der Bundesanwalt Griesbaum, der sämtliche Vernehmungen des VS-Spitzels durchführt, und der Ermittlungsrichter am BGH Beier, der den Durchsuchungsbefehl ausgestellt hat, arbeiten Hand in Hand. Beier hat wegen Aussageverweigerung Gisela Dutzi und Anne Rauch bei einem anderen Zeugentermin in Karlsruhe in Beugehaft geschickt.

Mit dem Ermittlungsverfahren wegen Beteiligung an Weiterstadt, das ursprünglich gegen Steinmetz lief, jetzt eingestellt ist, und gegen UNBEKANNT läuft, können Griesbaum und Beier wahllos Leute vorladen und bedrohen. Da wir davon ausgehen, daß auch andere in diesem oder einem anderen Zusammenhang von Zeugenvorladungen betroffen sein können, wollen wir den juristischen Ablauf und die Möglichkeiten, sich zu verhalten kurz erklären:

Prinzipiell gilt:

- bei Bullen, auch auf Bundesebene (BKA) kann jede/r ohne Konsequenz, die Aussage verweigern, bzw. zu der Vorladung ohne Angabe von Gründen nicht erscheinen.
- bei Vorladung vor Staatsanwaltschaft, bzw. auch die Bundesanwaltschaft kann bei Aussageverweigerung Bußgeld verhängt werden, das muß aber nicht so sein. Wenn die Aussageverweigerung mit §55 STPO begründet wird, also daß man/frau sich selbst belasten könnte, müssen Gründe angegeben werden, über die dann vom zuständigen Richter entschieden wird. Bei Nichtaussage kann eine erneute Vorladung, u.U. auch vor den Richter selbst erfolgen.
- Als Zeugin bist du eigentlich verpflichtet, vor Richtern auszusagen. Verweigerst du dies, kann Bußgeld oder Beugehaft bis zu maximal 6 Monaten verhängt werden.

Im Unterschied zu Gisel und Anne haben die drei von uns Aussagen vor dem Bundesanwalt gemacht. Auf Fragen mit polizeibekannten Fakten (wie Motorradführerschein etc.) haben

sie geantwortet. Zwei konnten sich an diese Motorradkoffer nicht erinnern, eine Frau verweigerte dazu die Aussage. Ihre Anwältin berief sich dabei auf den §55 StPO, da ihre Mandantin Motorradfahrerin sei und nicht überblicken könne, ob sie sich selbst belasten könnte.
Es entstand durch die Vernehmungstaktik eine Situation, in der auf scheinbar unwichtige Fragen (z.B.: wer von den dreien, wo im Haus und wie lange wohnt...) geantwortet wurde. Den drei Betroffenen bleibt das Gefühl , überollt worden zu sein, vielleicht etwas falsch gemacht zu haben, in einem solchen Moment eigene Ansprüche nicht umzusetzen (Aussageverweigerung) und sich einer für sie unüberblickbaren Situation zu befinden.
So wie es aussieht, wird die Repression mittels VS- Spitzel Steinmetz massenhafte Zeugenvorladungen bedeuten, also massenhaft Leute betreffen, scheibchenweise vor sich gehen und so darauf angelegt sein, daß kein gemeinsames Wehren zustande kommt. Es kann, wie auch bei uns, völlig verschiedene Leute betreffen, auch welche, die nie etwas mit diesem Spitzel zu tun hatten.

Zu uns als Fritze können wir sagen, daß wir viel zuwenig, besser gesagt gar nicht nach der Hausdurchsuchung im Mai 94 gemeinsam überlegt haben, was das für uns bedeuten kann, wie jede und jeder in einer Vorladung handeln würde. Betroffene war für uns nur diejenige, die das Motorrad gekauft hatte.
Auch das kurze Reden nach der Bekanntgabe der Vorladungen für die Drei war viel zu oberflächlich („keine Aussagen, das ist doch klar") und entsprach in keiner Weise einer solchen Konfrontation. Anstatt uns Zeit zu nehmen, wenigstens darauf zu bestehen, den gerade bekanntgegebenen Termin zum Bundesanwalt zu verschieben, sind die Drei von der Hausdurchsuchung direkt in die Vernehmung gestolpert. Eine Möglichkeit wäre ja auch gewesen, einfach nicht hinzugehen, oder erstmal nur die Anwältin hinzuschicken. Wie schon viele andere, haben auch wir uns zu wenig Gedanken gemacht und damit die plötzlich Betroffenen ziemlich im Regen stehen lassen.
Es ist das allererste Mal, daß eine Vorladung direkt an eine Durchsuchung folgte, und nur mündlich ausgesprochen wurde. Das wollen wir explizit nochmal betonen, um andere, die in eine ähnliche Situation kommen, vorzuwarnen.
Wir haben gemerkt, wie schnell so was ablaufen kann, aufgrund einer unzureichenden Auseinandersetzung unter uns, auf Richtigkeiten wie „Keine Aussagen vor Bullen etc." zurückzugreifen. Doch gerade mit solchen vermeintlichen Klarheiten verbauen wir uns den Weg, eine realistische Einschätzung zu der Konfrontation und zu uns selbst darin zu gewinnen. Keine/r von uns wird Aussagen mehr machen, gar keine, auch nicht solche, die eigentlich eh bekannt sind. Schon allein aus Selbstschutz nicht, denn einmal in ein Gespräch verwickelt, ist es total schwer, einen Schlußpunkt zu setzen. Außerdem gibt es die Erfahrung, wie schnell ZeugInnen zu Beschuldigten werden, und wir wollen den Schnüffel- und Verfolgungsbehörden auch nicht behilflich sein, zB. Material für ein Negativraster liefern.

Wir fordern euch auf, euch mit den Fragen auseinanderzusetzen, die Betroffenen nicht alleine zu lassen. Konkret kann zB. mindestens bei einer von uns in den nächsten Tagen eine Vorladung nach Karlsruhe kommen.
Außerdem arbeiten wir auf einen gemeinsamen und offensiven Umgang mit dieser ganzen juristischen Mühle hin, und fordern euch auf, euch zu beteiligen.
Einstellung aller Verfahren, die im Zusammenhang mit den Lügen des Steinmetz fabriziert wurden! Schluß mit der Verfolgung!

Vergewaltigungsdiskussion bei "el rojito"

Warum ich aus el rojito ausgetreten bin!

„Nur wenn die Reaktionen der linken Szene eindeutig und einschätzbar sind, wird es für Frauen in diesem Zusammenhängen möglich sexistische Strukturen und Vergewaltigungen zu benennen und anzugreifen...“
Zitat aus „Weißte was, wir ham hass“ Interim Nr. 218

Am 9.8.94 wurde ich von Frauen darüber informiert, daß Manuel (M.), von el rojito, eine Frau vergewaltigt hat. Die Frau hat nach 3 ½ Jahren den Mut aufgebracht, die Vergewaltigung auf einem Treffen von mehreren Frauengruppen öffentlich zu machen.
Mit dieser Stellungnahme will ich versuchen, über die letzten 3 1/2 Monate bei el rojito zu informieren. Ich werde dabei die kontroversen Standpunkte, zu denen es gekommen ist, darstellen, über M's. Verhalten informieren. Daraus ergibt sich dann auch, daß ich mich entschieden habe, den begonnenen Prozeß bei/mit el rojito abzubrechen.

Wer ist el rojito?

Bevor ich zum Thema komme, vorweg eine kurze Darstellung, wer el rojito ist, da ich annehme, daß nicht jede/r kennt diese Gruppe/Kollektiv kennt: el rojito ist ein politisches Kollektiv (z.Z. nur Männer), das seit ca. 8 Jahren Solidaritätskaffee (ca 7 t. pro Monat) aus Nicaragua und El Salvador vertreibt. Dieser Kaffeehandel wurde immer als politisch angesehen mit dem Ziel einer Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika. Gegenseitiger Besuch, sowie politischer Austausch mit GenossInnen revolutionärer Basisbewegungen, aus Lateinamerika ist/sind genauso Ziel, wie die Öffentlichkeitsarbeit. Diese wird durch das Organisieren von Informationsveranstaltungen, sowie dem Erstellen des mehrseitigen el rojito Info's erreicht. In diesem Jahr erschienen bereits 7 Info's zu unterschiedlichen Themen. Lateinamerika, Kurdistan, Repression, Kaffeeweltmarktpreis etc. Das info hat eine Auflage von 3000 Stck. und wird bundesweit kostenlos verschickt. Dienstag und Donnerstag sind offizielle Öffnungszeiten, an den anderen Tagen sind aber BesucherInnen willkommen, dieses bedeutet für mich, die Räume sind öffentlich.

Einzige öffentliche Reaktion auf die Vergewaltigung

Innerhalb von 2 Tagen nach Bekanntwerden der Vergewaltigung, kam unsere erste und bisher einzige Stellungnahme heraus. Zu dieser recht oberflächlichen Erklärung muß ich heute eingestehen: Die ersten ca 10 Tage habe ich weder über „Namensnennung“ , noch über „Vergewaltiger raus aus...“ nachgedacht, weil für mich damals erstmal die Forderungen der betroffenen Frau entscheidend waren. Dahinter will ich mich aber nicht verstecken, ich hätte es besser wissen müssen, da ich die Sexismusdiskussionen der letzten 1 ¾ Jahre (Wasmann, G. Meyering, HBW) verfolgt und darüber mit verschiedenen Männern diskutiert habe. Die beiden Fehler/Versäumnisse wurden mir erst auf Nachfrage von FreundInnen bewußt. Weshalb dieses geschehen konnte? Sicherlich auch, weil ich möglichst schnell reagieren wollte. Andererseits sah ich el rojito erstmal nur als Männergruppe, und nicht als politisches Kollektiv. Außerdem war ich wütend, enttäuscht, es lief wie immer: Frau muß öffentlichen Druck entwickeln, bevor Mann reagiert. Nicht nur das M. im Juli und August zweimal zumindest spruchmäßig die Patriarchartsdiskussion ablehnte, ein anderer Mann el rojito's, der von der Vergewaltigung seit Anfang des Jahres wußte, informierte die Gruppe nicht .

Fakt und Konsens der Erklärung war:
- Manuel hat eine Frau vergewaltigt
- Das Definitionsrecht über Vergewaltigung haben Frauen
- Für Männer ist es notwendig, sich mit ihrer Sexualität zu befassen

dieses hieß damals:
- gemeinsame Verantwortung für Männergewalt übernehmen
- diese zuerkennen und bei M. und uns zu verändern

Allerdings stellte sich innerhalb der ersten 2-3 Wochen heraus, daß es nicht nur unterschiedliche Herangehensweisen, sondern auch verschiedene Auffassungen von z. B. „Verantwortung übernehmen...“ gab.

Eigene Position sexueller Gewalt

Bevor ich zu den kontroversen Punkten komme, möchte ich noch kurz zum Thema sexistische Männergewalt etwas sagen. Ich vertrete die Auffassung „ALLE Männer sind potentielle Vergewaltiger“, weil es keine natürliche Sexualität gibt. Männer (auch der linksradikalen Szene) sind in ihrer Sexualität gesellschaftlich geprägt. Unser gesellschaftliches. System verfügt sowohl über Regeln zu ihrer Kontrolle (Anpassung an die HERRschende Sexualität) als auch über Regeln, die die Erklärung für solche Anpassung formulieren. Von Kindheit an werden daher Männer, wie aber auch Frauen Patriarchal erzogen, Jungen auf ihre spätere aktive Männerrolle (stark, durchsetzungsfähig, erfolgsorientiert), Frauen dagegen auf eine „weibliche“ passive Rolle (einfühlsam, fürsorglich). Durch diese Sozialisation werden Menschen nach diesen Kriterien in 2 Geschlechter eingeteilt, wobei Frauen abgewertet werden, während Männer gesellschaftlich, wie auch im Privaten die Machtpositionen besetzen. Die verschiedenen Privilegien (von denen jeder Mann profitiert) und die

Machtpositionen werden mit unterschiedlicher tag-täglicher Männergewalt verteidigt. Diese Gewalt zeigt sich z.B. in

- Frauen in Diskussionen nicht ernstnehmen
- Frauenorganisierung nicht ernstnehmen
- dem Anglotzen--Anmachen von Frauen

bis eben hin zu Vergewaltigung

Vergewaltigung ist nicht die Folge vom männlichen Trieb, Neigung, sondern die logische Folgerung und das Extreme von tag-täglicher Gewalt gegen Frauen im gesellschaftlichen System Patriarchat.

Besonders schwer tun sich Männer in der Regel im Umgang mit enttarnten Vergewaltigern aus ihrer Umgebung.

Manuels Verhalten

Antwortete M. in den ersten Tagen nach der Öffentlichmachung, noch recht offen und zeigte so etwas wie Reue und Bereitschaft zur Veränderung, änderte sich dies jedoch sehr schnell.

- Auf Kritik zu seinen unterschiedlichen Mackerverhalten, reagierte er mit Ausflüchten und für mich entstand der Eindruck, er wolle sich nicht.verändern. Ende August wollte M. nach Italien in Urlaub fahren, um dort eine Frau zu besuchen mit der er in Chiapas Juni 94 eine sexuelle Beziehung hatte, außerdem, um über sich nachzudenken.
- Auf gezielte Nachfragen, weshalb er gerade jetzt unbedingt in Urlaub fahren müsse, (Rausziehen aus der Diskussion, warum Freundin in Italien besuchen etc.) reagierte er damit, er fühle sich an Verhörmethoden des faschistischen Chilenischen Geheimdienstes erinnert.
- Von mir und einem anderen mit dem Vorschlag konfrontiert, ob er sich nicht zusätzlich eine Therapie vorstellen kann - Null Reaktion

Ende August fuhr er dann tatsächlich für 4 Wochen nach Italien. Als er wieder in Hamburg war, erklärte er seinen Austritt, um Schaden von el rojito abzuwenden.

- Am 22.10. erschien er das erste und letzte mal auf einem Plenum. Auf Fragen, ob er noch eine Auseinandersetzung führe bzw. mit wem, antwortete er;
- es gäbe nicht nur ein Patriarchat, sondern auch Rassismus und Kapitalismus;
- er könne Männer die Frauenpositionen vertreten, nicht ernst nehmen;
- ich (Gerd) könne soviel Männergruppen gründen wie ich wolle, aber ohne ihn;
- el rojito als Gruppe hätte sich ihm gegenüber nicht solidarisch verhalten;

Seine Aussagen sowie sein gesamtes Verhalten kann ich nur so bewerten:

- bei Manuels Vergewaltigung gab es ein klares **NEIN!!!**
- und **NEIN** heißt nunmal **NEIN** und **NICHT** ja!!!

dabei sollten es wir Männer aber nicht belassen, unser Ziel muß weiter gesteckt sein, wie wär's mit:

NICHT JA, heißt auch **NEIN!**

- M. hat nichts begriffen
- M. will sich, weder mit sich, seiner Tat noch mit seinem Mackerverhalten auseinandersetzen.

El rojito's Verhalten (von der Mehrheit):

Als M. nach Italien fuhr, war seine damalige WG, nicht damit einverstanden. Das die gerade begonnene Auseinandersetzung auf diese Weise unterbrochen wird. Daraufhin wurde el rojito von M. und einem 2. Gruppenmitglied um eine Entscheidung gebeten, ob M. diesen Urlaub machen kann. El rojito befürworte seine Urlaubspläne weil's M. schlechtging.

- Anfang Oktober teilten immer mehr Männer von el rojito die Meinung, M. wollte die Frau nicht vergewaltigen, sondern wurde Täter aus Unverstand der Situation.
- Mitte/Ende Oktober teilt ein Mitglied el rojito mit: Freunde von M. hätten, wenn ihnen dasselbe passiert wäre, die Frau wegen Verleumdung angezeigt. Dieses hat M. abgelehnt.
- 1.11. ein Bekannter (B.)von M. erzählt dem Plenum: M. hätte Freunden erzählt, er (M.) habe die Frau nicht vergewaltigt(den Rest von M's. Version zensiere ich hiermit)

Am 1.11. gab es ein Gespräch mit verschiedenen Männergruppen. Dabei wurde endlich öffentlich gesagt, was die ganze Zeit unterschwellig in den Diskussionen mitschwang: -einige von el rojito haben Schwierigkeiten, als Männer die Vergewaltigung auch tatsächlich als Vergewaltigung zu sehen.

Von diesem Treffen wurde auf dem späteren Plena kurz berichtet, das Gespräch wurde aber nicht analysiert.

- 8.11. M's. B. bleibt bei seiner Aussage, trotz mehrfacher Nachfrage. Er habe an einem Nachbartisch gesessen und dies alles gehört. Seine Aussagen sprechen von einem detaillierten Wissen.
- Statt dessen 8.11. es wird verkündet, wir wollen mit M. ins Wochenende fahren (nett zusammen sein), kein Arbeitswochenende, sondern um wieder zueinanderzufinden. Begründung dafür weshalb mit M.: einer von uns ist in die Isolation getrieben worden.
- 9.11. ich lese eine Stellungnahme von mir vor, worin ich das gemeinsame el rojito Wochenende kritisiere, mir wird entgegnet, ich würde das Falschverstehen, es wäre kein gemeinsames el rojito Wochenende, sondern

ein Wochenende von Freunden M's. mit ihm, um in entspannter Atmosphäre einen Neubeginn der Auseinandersetzung mit ihm zu erreichen z.B. eine neue Männergruppe. Das ich gar nichts falschverstanden habe, beweisen 2 kl. Zettel und das Protokollbuch, wo es heißt: „gemeinsames el rojito Wochenende mit M."
Auch eine Woche später wird am Privatwochenende festgehalten, kein Bedürfnis erstmal vorher mit M. einige seiner Aussagen zu klären.
Nach dem 15.11. war der B. von M. nochmal bei el rojito. Er habe dies, M's. Version von der Vergewaltigung, alles nicht gesagt haben wollen. Er wollte M. nur in Schutz nehmen. Er ziehe seine Aussagen somit zurück. Egal ob M. gesagt hat, er habe die Frau nicht vergewaltigt, oder ob der Bekannte diesen Satz nicht richtig verstanden hat. Der B. wußte sehr viele detaillierte Einzelheiten, nur das NEIN hat M. wohl nicht laut genug gesagt. **El rojito's Aufgabe wär's gewesen, diese Geschichte genauestens zu recherchieren um die Glaubwürdigkeit M's zu überprüfen.** Dieses ist nicht geschehen, obwohl ich es gefordert habe. Stattdessen hat das Wochenende tatsächlich vom 18. bis 20.11 mit M. stattgefuhden, wobei außer mir 3-4 Männer, aufgrund von Widersprüchen nicht mitgefahren sind.

Kritik an el rojito:

- statt wie in der 1. Erklärung, Vergewaltigung als die extremste Form von tag-tägliche Gewalt gegen Frauen zu sehen, nämlich als ein Instrument des gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisses, und den nun folgenden Prozeß politisch zu bestimmen, wurde er von den meisten individuell psychologisch bestimmt. Dieses äußerte sich bei allen kontroversen Punkten: immer wieder stand Vertrauen, V-Aufbau, die pers. Beziehung, Rücksichtnahme, keine Distanzierung, kein Druck etc. in der Auseinandersetzung um/mit M. im Vordergrund.

- Den Namen des Täters nicht zu nennen, ist Täterschutz !!
Wie anfangs schon gesagt, habe ich darüber zuerst nicht nachgedacht. Später kam ich zu der Auffassung, der Name muß genannt werden, damit Frau ihn kennt und sich schützen kann. Diese Auffassung wird nicht von allen geteilt. Die Bandbreite reicht von:
- ja, wir begehen Täterschutz, aber um mit Manuel ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, sollten wir seinen Namen nicht nennen
- es herrscht Unklarheit darüber, was Täterschutz ist

Mit M. bekannte Frauen nicht zu informieren, ist Täterschutz !!
Dadurch, daß wir dem Urlaub zugestimmt haben, sowie weil wir die „Verantwortung" übernommen haben, hätten wir die Frau in Italien informieren müssen. Daß wir damit Täterschutz begangen haben, sieht außer mir fast niemand. (ich war den besagten Abend wegen eigener Urlaubsvorbereitungen nicht da, ein anderer hat aus Angst, vor den Reaktionen der Gruppe, es nicht gewagt, zu fordern, daß die Frau informiert wird. Trotzdem tragen wir Mitschuld.)

El rojito vertritt keine klaren Positionen zu den folgenden Fragen:

Sollen Vergewaltiger aus politischen Zusammenhängen ausgeschlossen werden?
die meisten von el rojito vertreten:
- hier darf es kein Dogma geben, sondern es geht um die konkrete Auseinandersetzung. In dieser darf es keine Guten bzw. Bösen Männer geben. Um ein Einlassen auf die eigenen Unzulänglichkeiten zu ermöglichen.

Meine Meinung:
- es gibt - auch in der linksradikalen Szene - einen Sexismus, in dem auch Vergewaltigung zur „Normalität" gehört (siehe auch die Fraueninterviews). Wenn aber geoutete Vergewaltiger einen Platz in politischen Gruppen haben, bedeutet dies, diese „Normalität" zu festigen. (Männergruppen die zum Patriarchat arbeiten ausgeschlossen.)
- für Vergewaltiger muß es alleiniges Hauptanliegen sein, sich mit sich, ihrer Tat und ihrer Rolle im Patriarchat auseinanderzusetzen, und dies kollektiv in einer zum Patriarchat arbeitenden Männergruppe.
- die Forderungen der betroffenen Frau, sowie der verschiedenen Frauengruppen, die mit ihr die Vergewaltigung öffentlich gemacht haben, trage ich zumindest passiv mit, dieses gilt auch für die KOOP Heidritterstr. und die Forderungen einer Frau aus der Urugaygruppe.

Soll die Auseinandersetzung, MIT Manuel, innerhalb oder außerhalb el rojito's stattfinden?
Von den meisten wurde vertreten, zu M. bestehe ein ähnliches Vertrauen, wie zu jedem anderen in der Gruppe. Die Trennung in 2 Gruppen wäre eine rein Formale. Der einzige Unterschied, wäre dann die deutliche Distanzierung zu der Person M.. Das zerstöre eine Voraussetzung (Vertrauen) für den weiteren Prozeß, also die politische Auseinandersetzung um Männerverhalten und Patriarchat in der politischen Gruppe el rojito.

Meine Meinung.
Ich vertrete den Ansatz, daß wir die Auseinandersetzung MIT Manuel von el rojito abtrennen und eine separate Männergruppe hätten gründen müssen. Die politische Arbeit, der Kaffeehandel, sowie die damit verbundene Solidaritätsarbeit zu Lateinamerika wäre ganz normal in der politischen Gruppe el rojito OHNE M.

weitergelaufen. In der Männergruppe wären ALLE gefragt, sich übers Patriarchat auseinanderzusetzen. Über Vergewaltigung und über die Unterdrückung der Frauen in unserer Gesellschaft im allgemeinen warum dies so ist, und wie und was wir bei uns daran ändern können. Also die gesellschaftliche und historische Dimension des Patriarchats erkennen, was wir als Mann damit zu tun haben und wieso jeder einzelne Mann davon profitiert. Es ginge um die theoretische und praktische Auseinandersetzung. Bei der praktischen Diskussion wäre gefragt, die eigene Täterrolle zu erkennen. Dieses geht natürlich nur, wenn wir über UNSERE MÄNNLICHE SEXUALITÄT reden und die eigene sexuelle Gewalt erkennen. (z.B. drängeln, Leistungsdruck, zärtliches Überreden, Verhütung etc.) und verändern, aber auch kontrollieren so gut es geht.
Dieser Prozeß erfordert allerdings sehr viel Vertrauen. Wie weit dies bei el rojito bzw. mit M. und seinem Verhalten überhaupt möglich gewesen wäre, weiß ich nicht, es wäre einen Versuch wert gewesen. Das fehlende Vertrauen hätte ich durch Diskussionen und dem Verhalten darin, versucht aufzubauen. Es wäre ein langer Prozeß geworden, der nicht mal schnell in einem Jahr abgehakt gewesen wäre. Die aufgestellten Anforderungen wären an jeden einzelnen gerichtet gewesen und hätten das Bemühen jedes einzelnen voraus gesetzt, wirklich bei sich etwas bewegen zu wollen. Das hätte dann, geheißen mit beschissenen Gewohnheiten, Objektdenken, Privilegien etc. zu brechen.

Fazit:

Der Versuch, eine Auseinandersetzung mit Manuel über seine Tat, sein Verhalten und unsere eigene Männergewalt zu führen ist, gescheitert.
- an Manuel selbst, der 3 ½ Jahre Zeit hatte, sich ohne Druck von außen, mit sich auseinanderzusetzen. Anfang des Jahres wurde er nochmals eindringlich an die Auseinandersetzung erinnert. Sein Verhalten vor und besonders nach der Öffentlichmachung sprechen für sich.
- es wurde zwar immer wieder betont, wir können keine Therapiegruppe sein. Die individualpsychologische Herangehensweise einzelner, entspricht aber genau einer Selbstfindungsgruppe.
- wir haben es nicht geschafft, innerhalb der letzten 3 ½ Monate, inhaltlich in die Patriarchatsdiskussion einzusteigen. Es haben sich meiner Meinung nach ALLE von el rojito`s Mühe gegeben, aber wir haben uns nur die verschiedenen Herangehensweisen im wahrsten Sinne um die Ohren geknallt.
- mir ist bewußt, daß es die Forderung gibt ,Vergewaltiger gänzlich zu isolieren, also auch nicht mit Vergewaltigern in einer Männergruppe zusammenzuarbeiten. Mein Ansatz war eine ernsthafte, verantwortungsvolle, für jede/n nachvollziehbare, öffentliche Auseinandersetzung, (z.B. im el rojito info) mit dem Vergewaltiger in einer Männergruppe zuführen. Ziel kann nur sein, daß wir Männer endlich Verantwortung für unsere männliche Sexualität übernehmen und daß wir anfangen, uns aus eigenem Antrieb zu ändern.
- es ging mir nie darum, Vergewaltiger zu akzeptieren
- seit dem 15.11. bin ich aus den hiergenannten Gründen nicht mehr in der politischen Gruppe el rojito. Mein Arbeitsvertrag läuft noch bis zum 31.12.94

Kundgebung für die sofortige Freilassung der irischen politischen Gefangenen vor dem OLG in Celle am 20.12.1994, 09.30 Uhr, Kanzleistr. 4

Anschließend gemeinsamer Prozeßbesuch, bitte Personalausweis mitbringen!

Vor dem Oberlandesgericht Celle sind vier IrInnen angeklagt wegen eines Bombenanschlags auf eine Kaserne der britischen Armee in Osnabrück am 19.06.1989, den sie als Mitglieder der IRA begangen haben sollen. Außerdem wird ihnen die Ausspionierung britischer Militäreinrichtungen in der Bundesrepublik zur Last gelegt.

Drei der Angeklagten (Pauline O'Kane, Donogh O'Kane und Patrick Murray) befinden sich seit Juli 1989 in Haft, und zwar zunächst in Frankreich, seit Mitte 1992 in der Bundesrepublik. Im Auslieferungsverfahren wurde den Angeklagten noch zur Last gelegt, an einem Sprengstoffanschlag in Hannover am 02.07.1989 beteiligt gewesen zu sein. Auch wegen dieses Vorwurfs lieferte Frankreich die Angeklagten an die Bundesrepublik aus. Schon vor der Auslieferung war aber der Haftbefehl gegen die vierte Angeklagte, Donna Maguire, hinsichtlich des Anschlags in Hannover aufgehoben worden. Auch gegen die drei anderen Angeklagten wurde der Haftbefehl, soweit er diesen Anschlag betraf, unmittelbar nach der Auslieferung aufgehoben, weil ihnen eine Beteiligung nicht nachgewiesen werden konnte. Dies wußten die deutschen Behörden schon vor der Auslieferung, haben die französischen Behörden hierüber jedoch getäuscht.

Donna Maguire ist ähnlich lange in Haft. Sie wurde am 12.07.1989 in Irland festgenommen, ein halbes Jahr später dort aber freigesprochen, im Oktober 1990 in Belgien erneut festgenommen, ebenfalls freigesprochen und dann in die Bundesrepublik ausgeliefert. Dort war sie in einem anderen Verfahren vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf angeklagt, in dem sie am 09.06.1994 freigesprochen wurde. Seither läuft ihr Verfahren gesondert in Celle.

Die Anklage gegen alle vier stützte sich zunächst vor allem auf zwei Zeugen, die einige der Angeklagten am Nachmittag vor dem Anschlag in Osnabrück in Tatortnähe, zudem noch unter "verdächtigen Umständen", gesehen haben wollten. Bei der Vernehmung der Zeugen in der Hauptverhandlung stellte sich dann jedoch heraus, daß deren Beobachtungen zumindest nichts mit den Angeklagten zu tun hatten.

Dennoch geht das Oberlandesgericht Celle weiter von einem dringenden Tatverdacht gegen die Angeklagten aus. Gestützt wird dies auf minimale Sprengstoffspuren in einer Mietwohnung und in einem ebenfalls gemieteten Pkw sowie einen Zettel, der bei der Festnahme eines weiteren (angeblichen) Gruppenmitglieds in Irland gefunden worden war und auf dem das Datum des Anschlags in Osnabrück vermerkt war. Selbst das Gericht stellte fest, daß sich eine unmittelbare Anwesenheit der Angeklagten am Tatort damit nicht beweisen läßt. Dennoch meint es wegen der genannten Spuren, daß die Angeklagten (zumindest im juristischen Sinne) Täter des Anschlags waren. Auf dieser dürftigen Grundlage befinden sich drei der Angeklagten noch immer in Haft.

Im September 1994 wurde der Haftbefehl gegen Pauline O'Kane außer Vollzug gesetzt. Das Verfahren gegen sie geht aber weiter. Sie hat die Auflage, sich jeden Tag bei der Polizei zu melden.

Mit einem Ende des Verfahrens wird frühestens im Frühjahr 1995 gerechnet. Für die noch inhaftierten Gefangenen bedeutet dies, daß sie auch ihr sechstes Weihnachten in Untersuchungshaft verbringen werden.

Freispruch und sofortige Freilassung der politischen irischen Gefangenen!

Veranstaltungshinweis:

Diavortrag und Diskussion zu den Ursachen des Nordirlandkonflikts, den Perspektiven des aktuellen Friedensprozesses sowie die neuesten Informationen zum Celler Verfahren.

Freitag, 16.12.1994, 20.00 Uhr, im neuen Interfobi-Raum, FAUST-Gelände, Zinserhalle, 1. Stock (Hinweisschilder beachten), 30451 Hannover, Wilhelm-Bluhm-Str. 12



jeden mittag den wir noch im dorf sind freuen wir uns dass am morgen nicht die cops vor der tuer standen

wieder ein tag mehr alles ist ungewiss wir haben keine ahnung wielange wir diesen wunderbaren platz noch geniessen koennen

jedenfalls wurde am 6.10. vom Papenburger stadtrat der bebauungsplan fuer die teststrecke verabschiedet und somit endgueltig "gruenes" licht fuer den verkauf der flaechen an mercedes gegeben. die ratssitzung an diesem tag wurde von unserer lauten anwesenheit begleitet und gestoert

ca. 3 wochen spaeter lag in unserem briefkasten ein (ungemein hoefliches) schreiben von der bezirksregierung: wir sollten das dorf bis zum 11.11. 12.00 uhr verlassen haben unser schoenes dorf

wir haben fuer diesen tag teilweise die telefonkette ausgeloest gleichzeitig fuer eine demo und ein perspektivtreffen am wochenende drauf mobilisiert fuer die demo tatsaechlich gute 100 leute aus papenburger und auswaertigen loechern gelockt

mittlerweile ist alles wieder ziemlich ruhig neben barribau raeumungsvorbereitungen und -diskussionen haemmern wir an unseren huetten und fruehstuecken morgens lange

'nen jaehen einschnitt gab's allerdings letzte woche als das dorf nachts von faschos beschossen wurde die spaeter auftauchenden cops nahmen erstmal 3 von uns mit aufs revier.

GERADE JETZT IST EURE SOLIDARITAET WICHTIG ! ! !
brauchen wir besucherInnen fuer kurze oder lange (!) zeit
es gibt viel zu tun
VOM 2. BIS ZUM 5. JANUAR (mo-do) GIBT'S NOCHMAL EIN EXTRA TREFFEN
zum weiteren ausbau des dorfes und des raeumungskonzeptes
bringt fantasie und ideen mit!

KOMMT VORBEI!

ueberrauch von euren staedten aus koennt ihr uns unterstuetzen:
verteilt und verklebt flugi und plakat spontandemonstriert
lasst eurer fantasie freien lauf
am TAG DER RAEUMUNG brauchen wir alle formen des widerstandes
nur hand in hand koennen sie wirklich greifen
wir werden das dorf bis zur letzten huette verteidigen!
ob's noch am selben tag 'ne demo in papenburg oder oldenburg gibt
erfahrt ihr uebers alhambra in oldenburg auch sonstige aktuelle infos
bekommt ihr ueber die nummer 0441/14402 das ist auch die ea-nummer
fuer den tag der raeumung
am freitag darauf (bzw. wenn mi do oder freitag geraeumt wird am freitag der folgenden woche) is 'ne demo in hannover (um drei kroeppke)

wir lassen uns nicht einschuechtern
der widerstand gegen die teststrecke hoert mit dem huettendorf nicht auf ist zaeh und widerspenstig was fuer aktionen moeglich sind haengt auch mit von euch ab ideen und moeglichkeiten gibt's viele

BLEIBT LEBENDIG

und gruesst ihre m

Deckt faschistische Strukturen auf und organisiert den antifaschistischen Widerstand !

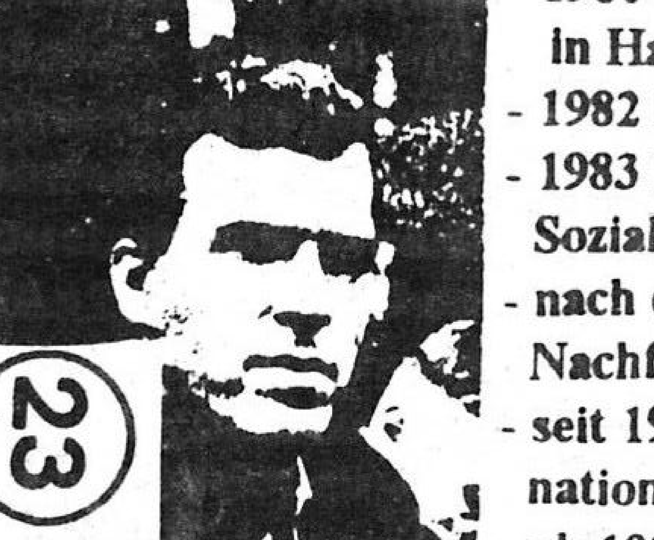
In letzter Zeit häufen sich in Quedlinburg und Umgebung faschistische Übergriffe, die immer brutaler und skrupelloser werden.

unvollst. Chronik

- Nov. ´93: Am hellichten Tag kommt es zu mehreren Übergriffen auf AntifaschistInnen
- 18.Dez..´93: **Hupka** führt ein Organisationstreffen im "Bistro zum Augustinern" mit ca. 15 Faschisten (darunter sind u.a. **Mohr, Teichmann, Kroschwitz...**) durch.
- 31.12./01.01.: Es kommt zu mehreren gezielten Angriffen (mit Leuchtspurmunition, Feuerwerk und Flaschen) auf linke Jugendliche.
- 30.Jan.´94: Das Auto eines Antifa wird in Brand gesetzt.
- 23.April´94: Bei einer Party von linken Jugendlichen, provozieren Faschisten durch "Sieg Heil" Rufe und ähnlichem.
- 30.April´94: Angriff auf eine Antifaschistin; sie wird geschlagen und sexuell belästigt
- 6.Mai´94: Ein Antifa wird von mehreren Faschos (u.a. Mohr, Engelmann) zusammengeschlagen
- Frühjahr/Sommer´94: FaschistInnen verteilen Flugblätter u.a. an Schulen und Kaufhallen und Verkleben massenhaft neofaschistische Aufkleber.
- 2.Sept.´94: ca. 15 bewaffnete Faschos versuchen das Kulturzentrum Reichenstr.1 anzugreifen
- 9.Sept.´94: 50 Neonazis im Gefolge der "Harzfront"-Aktivisten greifen das Kulturzentrum u.a. mit Steinen und Molotowcocktails an.
- an den nachfolgenden Wochenenden kommt es regelmäßig zu Provokationen durch Faschos (z.B. durch Werfen mit Mollies, Werfen von Steinen aus fahrenden Autos und schießen mit CS-Gas).
- bis zum 6.10.´94 werden Wahlplakate aller Parteien, mit Sprüchen wie:"Keine Stimme den Volksfeinden" überklebt.
- 11.Nov.´94: Ein Antifaschist wird von einem Nazi mit einem gestohlenen Auto absichtlich angefahren; zuvor wurden Morddrohungen gegen diesen an mehreren Stellen in Quedlinburg an Häuserwände gesprüht.

Die Aktivitäten der FaschistInnen stehen im engen Zusammenhang mit der Kader- und Propagandaarbeit von **Steffen Hupka. Steffen Hupka** ist der militanten bundesdeutschen Neonaziszene zuzurechnen.

Kurzer Lebenslauf von Steffen Hupka




Steffen Hupka

- 1963 geboren
- **1980-1981 führendes Mitglied einer Wehrsportgruppe in Hannover, an der Elsa-Brändström-Schule**
- **1982 Mitglied der "Jungen Nationaldemokraten" (JN)**
- **1983 Beitritt zur ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten) des Michael Kühnen**
- **nach dem Verbot der ANS/NA Weiterarbeit in den Nachfolgeorganisationen und Nachfolgeverbänden**
- **seit 1984 Mitglied der HNG (Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige)**
- **ab 1985 Mitglied der Nationalistischen Front (NF)**

Bei kaum einer anderen faschistischen Organisation stehen aggressive, menschenverachtende Propaganda und entsprechende Tat so eng beeinander, wie bei der 1984 gegründeten **Nationalistischen Front (NF).**

Ideologisches Vorbild ist der sogenannte "Strasserismus", eine nach den Gebrüdern Gregor und Otto Strasser benannte Spielart der NS-Ideologie. Sie fordert getreu der "Blut und Boden" Politik der Nazionalsozialisten einen "gesicherten und geeinten Lebensraum" für die "deutschen Menschen in Europa", was die Ausweitung Deutschlands über die Grenzen der BRD bedeuten würde. Ihre extreme Fremdenfeindlichkeit begründen sie mit der faschistischen Rassentheorie. Im Gegensatz zu anderen faschistischen Organisationen benutzen sie linke Begriffe wie z.B. "Antiimperialismus" und interpretieren sie in ihrem Interesse um. Zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele haben sie eine konspirative Struktur aufgebaut, deren AktivistInnen (Kader) ideologisch geschult und wehrsportmäßig trainiert werden. Kurz vor ihrem Verbot 1992, spaltete sich die NF und ein Großteil der Strukturen wurde in die von **Andreas Pohl und Steffen Hupka** gegründete **Sozialrevolutionäre Arbeiterfront** (SrA), übernommen. Bis dahin war **Steffen Hupka** Schulungsleiter Nord, Beisitzer der obersten Parteiebene (Organisationsleitung), sowie verantwortlicher Schriftleiter des Ideologieblattes "Aufbruch", der NF-Schulungshefte und eifriger Autor in zahlreichen rechtsextremen Publikationen (z.B. "Sieg" oder "Die Bauernschaft" von Thies Christophersen).

Aufbruch
4.Jg. August 1992 Nr 21
"COME TOGETHER"
in Rostock

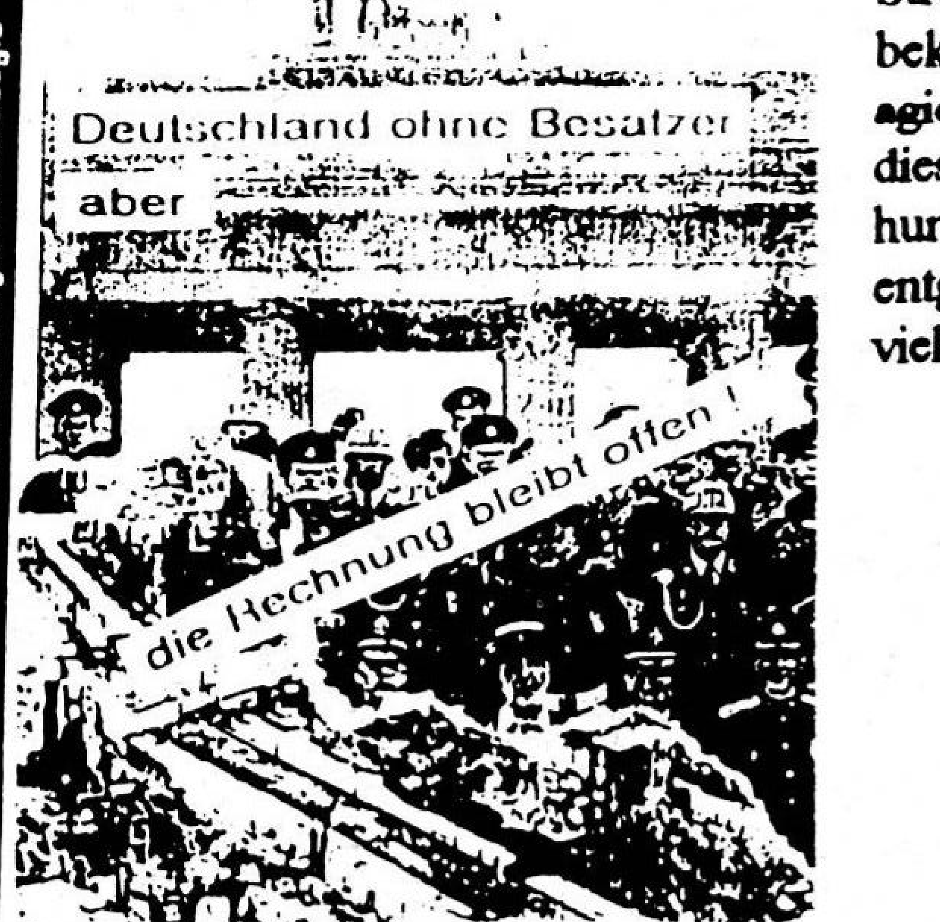
"Aufbruch"- Idiologieorgan der NF

Die Ideologie der SrA mit ihren Vorfeldorganisationen FMJ (Förderwerk Mitteldeutsche Jugend) und später **"Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF"**, entsprechen denen der NF. Anfang 1994 entließ die **"Direkte Aktion Mitteldeutschland/JF"** ihre Kaderzellen in die vollständige Autonomie, um einem Verbot zuvorzukommen. Entsprechende Strukturen traten Anfang 1994 auch in Quedlinburg als **"Unabhängiger Arbeitskreis"** und **"Harzfront"** in Erscheinung. Aufgebaut wurden beide Organisationen von dem seit Ende 1993 in Quedlinburg (Mauerstr. 15) wohnenden **Steffen Hupka**. Beide Organisationen nutzen ein von Hupka gemietetes Postfach in Quedlinburg. Während ältere FaschistInnen vorwiegend im "Unabhängigen Arbeitskreis" organisiert sind, engagieren sich die Jungfaschos hauptsächlich in der militanten "Harzfront". Der **"Unabhängige Arbeitskreis"** fungiert auch als Sammelbecken von "Rechtsauslegern" bürgerlicher Parteien, wie beispielsweise der ehemaligen Blockflöte und jetzigem **FDP-Mitglied Wolfgang Symm**. Neben dem Aufbau von Kaderstrukturen und der Schulungsarbeit treten die Mitglieder durch Verteilen von Flugblättern in mehrern Landkreisen und dem flächendeckenden Verkleben von Aufklebern der Marken **Landwehr-Verlag, FMJ, P.O.H.L., FAP, NPD** usw. in Aktion. Außerdem wird für das nationalrevolutionäre Hetzblatt **"Unabhängige Nachrichten"** und für den **"Schutzbund für das Deutsche Volk"** geworben. Darüber hinaus vertreibt **Steffen Hupka** über ein anderes Quedlinburger Postfach den unter seiner "Schriftleitung" alle zwei Monate erscheinenden "Umbruch" (Schulungsorgan der SrA). Mindestens zweimal im Jahr will Hupka bundesweite Lesertreffen organisieren, die der "gruppenübergreifenden Vernetzung" dienen sollen. Darüberhinaus "wird angestrebt, daß sich regionale Leserkreise, ähnlich denen der ´Jungen Freiheit´ bilden ...". Die jüngeren AktivistInnen versuchen ihr menschenverachtendes Gedankengut durch militante Akionen auch in die Tat umzusetzen.

Ich bi...
Este
Rumäne
Deutscher
Schwede
Japaner
Türke
Philippine
Niederländer
Ibo
Perser
Franz...
... und stolz darauf!

Die gesteuerte Überfremdung

Flugblätter und Aufkleber, die von der "Harzfront" und dem "Unabhängigen Arbeitskreis" in mehreren Landkreisen verteilt und verklebt wurden.
Das Flugblatt (rechts) wurde von dem FDP Mitglied Wolfgang Symm in Blankenburg am Allkauf verteilt.



Der "Umbruch" ist das Idiologieblatt der SrA und wird unter der Schriftleitung von STEFFEN HUPKA über ein Quedlinburger Postschließfach herausgegeben.

Diese Gewaltbereitschaft der Quedlinburger FaschistInnen ist das Ergebniss der kontinuierlichen Aufbauarbeit **Steffen Hupkas**. Von offizieller Seite wurde bisher nichts gegen die FaschistInnen unternommen und die Existenz von militanten neofaschistischen Strukturen geleugnet. Es ist erschreckend, daß ein bundesweit bekannter Neonazi seit über einem Jahr in Quedlinburg ungestört agieren und seine faschistischen Strukturen aufbauen konnte. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß alle demokratisch und humanistisch gesinnten Menschen diesem Treiben entschlossen entgegenwirken. Hier ist jede/r Einzelne gefragt und die vielfältigsten Aktivitäten denkbar und wünschenswert.



Der in der Birkenstr. 27 wohnhafte Christian MOHR ist einer der Wortführer der in der Harzfront aktiven Neonazis.





Aufkleber die bis zur Bundestagswahl von den Nazis flächendeckend in Quedlinburg verklebt wurden.

Eine Informationsveranstaltung zu Steffen Hupka und den faschistischen Aktivitäten im Ostharz findet am 16.12.1994 um 19.°° Uhr in Quedlinburg im "e.v. Jugendzentrum Haltestelle" Ägidiikirchhof 4 statt.

Als Auftakt zu den Aktionen gegen Hupka, findet am 14.1.1995 um 11.°° Uhr (Treffpunkt: Parkplatz / Carl-Ritter Platz) eine Demonstration zur Wohnung des Nazi-Kaders Steffen Hupka statt. Ziel dieser friedlichen Demonstration ist es, breite Bevölkerungsschichten anzusprechen und zu mobilisieren.

Bündnis gegen faschistische Strukturen im Ostharz ViSdP: Glossmann, Quedlinburg
(Mitglieder der Antifa Ha/Qu, Antifa Ostharz, Bündnis 90/Die Grünen, Bda/IVVdN, Antifa Wernigerode, Internationale Jugend, IG Metall)
Kontakt über Antifa-Infoladen "Maulwurf", Postfach 42, 06493 Ballenstedt.

Prozeß gegen 15 AntifaschistInnen in Plauen

Zwischen dem 17.11. und 9.12. 1994 fanden die ersten fünf Verhandlungstage gegen 15 Antifaschistinnen aus Plauen und Umgebung vor dem Plauener Amtsgericht statt. Ihnen wird schwerer Landfriedensbruch und schwere Körperverletzung vorgeworfen. Grund für dieses Gerichtsverfahren ist eine bereits seit 2 1/2 Jahren zurückliegende Auseinandersetzung mit Nazis aus Plauen, bei der drei Faschisten und ein BGS-Beamter verletzt worden sein sollen.
Auch in Plauen kam es in den Jahren 1990 - 1992 zu zahlreichen Übergriffen von Nazis auf AusländerInnen und Linke - allein im Landkreis Plauen 1992 zu 27 fremdenfeindlichen Anschlägen (laut Verfassungsschutzbericht 1993). Keiner dieser Übergriffen führte zu einer Verurteilung. Im Vorfeld des Prozesses fand sich eine Unterstützungsgruppe für die kriminalisierten AntifaschistInnen , die über eine breite Öffentlichkeitsarbeit Hintergründe und politische Ausrichtung des Verfahrens aufzeigt (u.a. eine Demo mit 800 TeilnehmerInnen am 5.11. in Plauen)
Nachdem die politische Polizei, der Staatsschutz, ihre Ermittlungen 1992 aufnahm zeigte sich, welche Ziele verfolgt werden. Ausleuchtung von sich im Aufbau befindlichen antifaschistischen Strukturen und Gruppen. Erpressung von Aussagen gegen aktive AntifaschistInnen, die radikale Linke als sogenannte gewaltbereits Gruppe zu isolieren bzw. sie mit rechten Straftaten gleichzusetzen. Beleg hierür sind unter anderem mehr als 50 Vorladungen oder Hausdurchsuchungen, die unmittelbar danach einsetzten. Die Unterstützungsgruppe schreibt hierzu in Prozeß-Info Nr. 1: "Diese Methoden reihen sich nahtlos in die Kriminalisierungsversuche in anderen Städten oder Regionen der BRD ein. Damit soll keine Gleichrangigkeit der konkreten oder möglichen Konsequenzen für Betroffene konstruiert, sondern darauf hingewiesen werden, daß das Ziel, welches die Justiz in Wiesbaden, Göttingen, Berlin, Zittau, Plauen oder anderswo verfolgt, im Kern immer das gleiche ist. Antifaschistischer Widerstand, der sich dem Korsett bürgerlicher Norm und Werte entzieht, der die Funktionalisierung faschistischen Gedankengutes und rassistischen Straßenterrors durch die bürgerliche Mitte anprangert, der versucht, die sozialen und ökonomischen Wurzeln des Faschismus in der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen, soll entpolitisiert und von seinen sozialen Bezügen getrennt werden!"
Weiter heißt es: "Ob Provinz oder Großstadt, vorhandene oder kaum entwickelte politische Infrastruktur ... die Art der Angriffe des Staates gegen die antifaschistische Opposition, die über den reinen Ante-Nazi-Kampf hinausgeht, richtet sich an ihrer Wirksamkeit aus. Antifastrukturen und sich beginnende Selbstorganisierung sollen effektiv getroffen werden.
Kurz zum bisherigen Prozeßverlauf: Ursprünglich waren fünf Verhandlungstage bis zur Urteilsverkündung angesetzt. Durch zahlreiche Anträge der 15 Verteidigerinnen, die u.a. die Einstellung des Verfahens und mehrere Befangenheitsanträge zum Inhalt hatten, sind bis jetzt noch keine eigentlich geladenen ZeugInnen vernommen worden Hingegen wurde der ermittelnde Staatsanwalt Kypri, auf Antrag der Anwältinnen, in den Zeugenstand gerufen. Während der fast fünfstündigen Einvernahme des Staatsanwalts konnten zahlreiche Unrechtmäßigkeiten der Ermittlungsmethoden aufgedeckt werden, so z.B. das Fehlen von Vernehmungsprotokollen, die Vorladung Minderjähriger ohne die Erziehungsberechtigten zu informieren sowie Versprechungen auf Strafmilderung im Falle einer Aussage.Außerdem wurden damals Beschuldigte auf Vorladung des Staatsanwaltes ohne Anhörung sofort dem Staatsschutz zugeführt, trotz Hinweis auf Aussageverweigerung seitens der Beschuldigten.
Seit dem sechsten Verhandlungstag wurde offensichtlich, daß gegen einzelne vermeintliche Aktivisten Plauener antifaschistischer Zusammenhänge von Seiten des Gerichts und der Staatsanwaltschaft ein politischer Schauprozeß vorbereitet und nun hemmungslos durchgeführt wird. Zwangsläufige Folge dieses Konstrukts war die Abtrennung einzelner Angeklagter von der Hauptverhandlung mit dem Ziel, sie einer schärferen Strafverfolgung auszusetzen, d.h. Rädelsführerschaft herbeizuklagen. Gegen 7 Angeklagte wurde das Verfahren nach § 154 Abs. 2 STGB vorläufig eingestellt (kann nach 3 Monaten wieder aufgenommen werden), weil sie mit anderen Verfahren konfrontiert waren bzw. neue Anklageschriften vorliegen. Für die 8 im Prozeß verbliebenen Antifaschistinnen wurde die Hauptverhandlung in zwei parallel laufende getrennt.
Vorläufiges Fazit: Dieser Prozeß basiert vorwiegend auf bewußte Falschaussagen von Nazis und infamen Lügengebäuden der Ermittlungsbehörden. Namen wurden z.T. von der politischen Polizei vorgegeben, einige Antifaschistinnen in stundenlangen Verhören unter Druck gesetzt.
Gericht und Staatsanwaltschaft machten deutlich, daß es zu Absprachen kam, nachdem die begreifen mußten, daß sie gegen die Solidarität der 15 Angeklagten und 15 Verteidigerinnen keinen Hebel ansetzen konnten. Ihre Strategie hat sich grundsätzlich geändert, die These der Rädelsführerschaft prägt nun offensichtlich das weitere Verfahren.
Am 19.12.1994 wird über den Befangenheitsantrag der vorsitzenden Richterin entschieden.
Für die Angeklagten und die Verteidigung kann es nur ein Ziel geben: Freispruch!

Die Larven sind gefallen - die Klassenjustiz zeigt ihr Gesicht!

Antifaschistische Aktion Plauen
c/o Infoladen
Thiergartener Straße 4, 08527 Plauen
Tel. 03741/35130 - Di 16.00-20.00/ Do 18.00-20.00 Uhr

Über den weiteren Prozeßverlauf wird berichtet!

Nichts ist vergessen und niemand!

Auswertung ● ● ● ● ● ●



der Antifa-Demonstration vom 19. November 1994 in Göttingen

Am Samstag, dem 19. November 1994, demonstrierten in Göttingen über 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten unter dem Motto „Nichts ist vergessen und niemand! – Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!" anläßlich des fünften Jahrestages des Todes der Antifaschistin Conny Weßmann.

Die Demo war eine Initiative der Autonomen Antifa (M) und wurde von einem Bündnis getragen. Folgende Gruppen zeichneten sich für das im Vorfeld veröffentlichte Konzeptpapier verantwortlich:

Autonome Antifa (M), Antifa Jugendfront Göttingen, Antifaschistische Liste, Politischer Arbeitskreis der evangelischen Jugend (PAK), Sozialistische Jugend – Die Falken Göttingen, PDS Göttingen, Volkshaus der Türkei, SympathisantInnengruppe der ATIF, SympathisantInnen der TKP/ML.

In einem gemeinsamen Flugblatt riefen noch die Naturfreunde Göttingen und die Naturfreundejugend Göttingen zur Demonstration auf.

Im Folgenden wollen wir die Inhalte, den Verlauf und das Konzept der Demonstration bewerten sowie zu den Reaktionen autonomer und bürgerlicher Gruppen vor und nach der Demonstration Stellung beziehen.

Anlaß für diese Demonstration war der fünfte Jahrestag des Todes von Conny Weßmann. Sie war am 17.11.89 bei einer antifaschistischen Aktion von der Polizei auf die vielbefahrene Weender Landstraße vor ein Auto getrieben und getötet worden. Connys Tod war ein politischer Mord.

In der Silvesternacht 1990/91 wurde Alexander Selchow von FAP-Faschisten auf offener Straße erstochen.

Alexander war in Südniedersachsen innerhalb kurzer Zeit der zweite Mensch, der im Zuge politischer Auseinandersetzungen sein Leben verlor. Beide Morde spielten für die antifaschistische Bewegung in und um Göttingen eine große Rolle.

Nichts ist vergessen und niemand!

Die Parole „Nichts ist vergessen und niemand" spiegelt das Bemühen um linke Geschichtsbetrachtung wider und ist eine Kampfansage an die herrschende Geschichtsschreibung. Die Erinnerung an die toten AntifaschistInnen kann erst dann verblassen, wenn ihre Geschichte vergessen wird.

Die Parole deutet an, worum es im Kern bei den Inhalten der Demonstration ging: denn alles und all diejenigen sind vergessen, an die *nicht* erinnert wird.

So war es für die inhaltliche Ausrichtung der Demo wichtig, nicht allein die Antifaschistin Conny in den Mittelpunkt des Erinnerns zu rücken, sondern auch all derer zu gedenken, die im Kampf gegen Faschismus ihr Leben verloren hatten oder Opfer faschistischen und polizeistaatlichen Terrors wurden.

Aus regionaler Sicht ist Ernst Fischer, ein Göttinger Antifaschist und Kommunist, ein Paradebeispiel für das Verblassen der Erinnerung an den historischen Antifaschismus in der Region. Fischer, der während des Nationalsozialismus als KPD-Mitglied illegal aktiv im antifaschistischen Widerstand tätig war, wurde aufgrund seiner politischen Tätigkeit am 3. Februar 1940 von den Nazis im Konzentrationslager Berlin-Plötzensee hingerichtet. Zu seiner Erinnerung trägt lediglich eine kleine, unscheinbare Marmortafel in der Göttinger Innenstadt bei.

Erinnern bedeutete in diesem Fall, die Toten im politischen Zusammenhang zu sehen, denn ihr Tod war die Folge ihres politischen Handelns. So wird eine emanzipatorische Bewegung den politisch kämpfenden Menschen als gesellschaftlichen Wesen gerecht. Es war uns noch einmal wichtig, den Tod von Conny als das zu sehen, was er war, nämlich als politischen Mord. Damit ist keine juristische Definition gemeint, sondern die Logik staatlicher Repression, das Kalkül polizeistaatlicher Einsatzmethodik, die Tote des linken/antifaschistischen Widerstands billigend in Kauf nehmen.

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

Seit Bestehen bürgerlicher Herrschaft reißt die Kontinuität staatlicher Verfolgung von linkem Widerstand nicht ab und findet sich aktuell unter anderem in der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands wieder. So erklärte sich auch die Unterzeile des Demo-Mottos („*Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes*") aus dem aktuellen Kriminalisierungsversuch gegen den antifaschistischen Widerstand und gegen die Autonome Antifa (M) nach §§ 129/129a. Diese Parole war insofern wichtig, als der Kriminalisierungsdruck nicht nachgelassen hat und die Demonstration ein offensiver Schritt gegen die derzeitige Anti-Antifa-Politik des Staates war. Dabei war es notwendig, den Bezug zur aktuellen Entwicklung des Widerstands herzustellen, damit die Vermittlung der Inhalte nicht Gefahr lief, zu bürgerlicher Geschichtsbetrachtung zu verkommen.

Vor dem Hintergrund der laufenden Verfahren nach §§ 129/129a und der drohenden Kriminalisierung war es jetzt besonders wichtig, an die seit Jahren praktizierten politischen Konzeption der Autonomen Antifa (M) anzuknüpfen, sie zu vermitteln und weiterzuentwickeln. Der Staatsschutzangriff vom 5. und 6. Juli 1994 richtet sich in erster Linie gegen die Autonome Antifa (M) und ihr legal angelegtes politisches Konzept. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Konzeptes ist die Durchführung von Demonstrationen, die von einem Bündnis getragen werden.

Konzept und Verlauf

Aufbauend auf diesen beiden zentralen Aussagen gestaltete sich das Konzept für die Demonstration.

Ein Ziel der Demo war klarzustellen, daß sich die Autonome Antifa (M) im Bündnis mit anderen antifaschistischen Gruppen von den Kriminalisierungsversuchen des Staates nicht abschrecken läßt und weiterhin gegen Faschismus und Polizeistaat kämpfen wird. Für die Planung und Durchführung der Demonstration wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit der Antifa Jugendfront (AJF) Göttingen und dem Politischen Arbeitskreis (PAK) gebildet.

Wie bei vorherigen Demonstrationen der Autonomen Antifa (M) auch, ist die *Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)* in die Mobilisierung und Durchführung miteinbezogen worden. So wurde die AA/BO auch in das Konzeptpapier aufgenommen, um die politische Bedeutung einer organisierten Widerstandsstruktur herauszustellen. Die Geschichte hat gezeigt, daß Widerstand organisiert sein muß, wenn er etwas bewirken will.

Die Gruppen der AA/BO mobiliserten in ihren Städten für die Demo, teilweise organisierten sie Vorbereitungsveranstaltungen. Während der Demonstration übernahmen sie verschiedene praktische Aufgaben wie Ordnerfunktionen und Lautsprecherwagenschutz. Es hat sich gezeigt, daß die Mobilisierungsfähigkeit der AA/BO-Gruppen gut war, machten sie zusammen mit sympathisierenden Gruppen doch den größten Teil der Demo aus.

Im Sinne des Mottos wurden im Demonstrationszug Schilder mit den Namen getöteter und ermordeter Revolutionäre und AntifaschistInnen von 1917 bis heute mitgeführt. Ebenso wurden einige Opfer faschistischen Terrors erwähnt. An drei Stellen auf der Demonstrationsroute wurden Zwischenkundgebungen abgehalten:

- An einem Flüchtlingsheim wurde zur Situation von und der Repression gegen Flüchtlinge Stellung bezogen;
- In der Innenstadt wurde dem im Konzentrationslager Berlin-Plötzensee hingerichteten Antifaschisten Ernst Fischer mit einer Rede und der Aufstellung einer Gedenktafel gedacht;
- An der Todesstelle von Conny wurde vor den verschiedenen Redebeiträgen ein großes Transparent von der Fußgängerbrücke gelassen. Auf ihm wurde mit einer Darstellung des Buchenwalddenkmals und einem Zitat nach Ulrike Meinhof an die politischen Morde von 1918 bis heute erinnert.

Bereits im Vorfeld der Demonstration verschickte der *Göttinger Einzelhandelsverband* ein Rundschreiben an alle Geschäftsinhaber der Innenstadt mit dem Hinweis, sämtliche Schaufenster zu verbarrikadieren.

In der Praxis gestaltete sich auch das Vorgehen der Polizei etwas anders. Zwar sah die Polizei von einem ständigen Spalier in Form eines Gefangenentransports ab, doch seit 1990 ist sie in Göttingen eine derart provokative Linie nicht mehr gefahren. Die Ankündigen der Polizei im Vorfeld der Demonstration entpuppten sich als reines Propagandamachwerk. Vor Beginn der Demonstration wurden Vorkontrollen an allen wichtigen Zufahrtsstraßen nach Göttingen vorgenommen. Mindestens fünf Personen wurden dabei in Haft genommen und erst nach der Demonstration freigelassen. Von vielen DemonstrationsteilnehmerInnen wurden die Personalien festgestellt, und sie gelangten erst mit erheblicher Verzögerung zur Demonstration.

Der Demonstrationszug wurde massiv durch Videokameras überwacht. Auf dem Karstadt-Gebäude am Marktplatz, am alten Rathaus und auf einem Hochhaus an der Todesstelle von Conny waren weitreichende Videokameras fest installiert. Dazu kamen noch weitere Dokumentationstrupps der Polizei.

Doch damit nicht genug: Zu Beginn der Demonstration ließ es sich der Celler Generalstaatsanwalt Endler nicht nehmen, persönlich auf dem Marktplatz zu erscheinen. Endler ist einer der Hauptverantwortlichen für die Durchsuchungen vom 5. und 6. Juli '94 in Göttingen und für die Ermittlungen nach §129/129a *(Gründung einer kriminellen bzw. Werbung für eine terroristische Vereinigung)* gegen den antifaschistischen Widerstand. Da Endler offensichtlich noch nie eine Demonstration in Göttingen erlebt hatte, wollte er diesmal wohl diejenigen persönlich in Augenschein nehmen, die er demnächst abzuurteilen gedenkt.

Vor dem Göttinger Justizgebäude wurde der Demonstrationszug mit einem großen Polizeiaufgebot, bestehend aus einigen Hundertschaften in Kampfausrüstung und dreireihigem Spalier, konfrontiert. Die Demonstration war gezwungen, durch das Polizeispalier zu gehen.

Ein derartiges Vorgehen gegen antifaschistische Demonstrationen hat es in Göttingen seit der Conny-Demonstration im November 1990 nicht mehr gegeben. **Unter dem Deckmantel des sogenannten „Deeskalationskonzeptes" der Polizei wird in Wirklichkeit die Eskalation gegen den antifaschistischen Widerstand vorangetrieben.** Neben den oben beschriebenen polizeilichen Maßnahmen laufen die Ermittlungsverfahren nach §§129/129a gegen die Autonome Antifa (M) weiter. Gegen die Geschäfsführenden des Buchladen Roße Straße ist am 17. November '94 nach § 129a Anklage erhoben worden. Darüberhinaus schreiten die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Angriff von 1991 auf Polaceks Haus in Mackenrode voran. Es sind von den örtlichen Behörden die ersten Verfahren eingeleitet worden.

Ungeachtet aller Provokationen hielten sich die Autonome Antifa (M) und alle DemonstrantInnen an das Konzept.

Der Schwarze Block

Teil dieser Konzeption war auch der Schwarze Block. Der Schwarze Block wurde in den vergangen Jahren in Göttingen immer gegen die Polizei durchgesetzt. Die Autonome Antifa (M) sieht den Schwarzen Block als Schutz gegen Anti-Antifa Aktivitäten der Nazis und des Staates. Er dient der unmittelbaren Handlungsfähigkeit und ist ein Zeichen von entschlossenem, organisiertem Auftreten. Der Schwarze Block sah diesmal keine Behelmung vor, weil zunächst keine Anzeichen für eine direkte Konfrontation mit der Polizei deutlich wurden. Ob Helme aufgesetzt werden oder nicht, richtet sich nach der Einschätzung der politischen Lage im Vorfeld einer Demonstration. Für die Autonome Antifa (M) steht die Frage der Helme bei der Durchführung von Demonstrationen nicht im Mittelpunkt, vielmehr geht es immer darum, die jeweiligen Inhalte zu thematisieren und in den Vordergrund zu stellen.

Öffentliche Wirkungen

In der Berichterstattung vor und nach der Demo spielte die Behelmung jedoch eine zentrale Rolle, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die Einsatzleitung der Polizei schon im Vorfeld über die Presse mitteilen ließ, einen behelmten und bewaffneten Schwarzen Block nicht zu dulden. Sie wolle aber an ihrer „Deeskalationsstrategie" festhalten. Die Göttinger SPD blies in dasselbe Horn und appellierte an die Autonomen: „Helme runter, Knüppel weg" (*Göttinger Tageblatt, 12.11.94*).

Die Autonome Antifa (M) betonte daraufhin nochmals in einer Presseerklärung, daß das Konzept der Demo sich nicht geändert hätte. Helme wären von Anfang an nicht Bestandteil des Schwarzen Blocks dieser Demo gewesen, im Falle eines aufgezogenen Spaliers der Polizei würde aber das ursprüngliche Konzept geändert und Helme aufgesetzt werden.

Die Polizei verkaufte den reibungslosen Ablauf der Demo als Erfolg ihrer „Deeskalationsstrategie" und der gerichtlich angeordneten Vorkontrollen, bei denen 58 PKW und zwei Busse auf Waffen hin kontrolliert worden waren. Fünf Leute sind festgehalten und erst kurz vor Ende der Demo wieder freigelassen worden. Das *Göttinger Tageblatt* übernahm nicht nur die Berichterstattung der Polizei, sondern dichtete auch noch

Absprachen mit der Polizei hinzu. So berichtete es mit euphorischem Ton, der Schwarze Block hätte sich „ausnahmslos (...) an die Absprache" gehalten (*GT*, 21.11.94), die es tatsächlich jedoch nie gegeben hat.

Tatsächlich ist die Demo jedoch, wie es das Demokonzept vorsah, deshalb ohne Auseinandersetzungen mit der Polizei und ohne Helme verlaufen, weil die Autonome Antifa (M) im Bündnis mit anderen Gruppen dieses Konzept durchgesetzt hat.

Erwähnung fand die Demo auch in verschiedenen Fernsehberichten, so in den Regionalnachrichten am selben Tag sowie in einer vierminütigem Reportage in „Hallo Niedersachsen" (N3) am Montag darauf.

Reaktionen bürgerlicher Gruppen und der autonomen Szene

Die Autonome Antifa (M) hatte bereits im Juni '94 beschlossen, eine Demonstration zum fünften Jahrestag des Todes von Conny Weßmann zu initiieren.

Im Juli '94 rief die VVN-BdA Göttingen, wie schon in vergangenen Jahren, zur Beteiligung am „Forum 9.11 – 30.1." auf, zu dem alle sich als antifaschistisch verstehenden Gruppen zwecks Beteiligung eingeladen wurden. Das Ziel des Forums ist es, zwischen dem 9.11.'94 und dem 30.1.'95 Veranstaltungen und Aktionen zu verschiedenen Themenkomplexen zu machen, die alle unter einem Motto stehen.

Antifaschistischer Widerstand solle demnach durch drei wesentliche Elemente geleistet werden:

„1. durch das Wachhalten der Erinnerung an die Opfer der Nazis und an den Widerstand gegen die Nationalsozialisten;

2. durch das Aufdecken von faschistischem, rassistischem, sexistischem und biologistischem Denken und Handeln;

3. durch das Leisten von konkretem Widerstand."

(aus: Anlage des Einladungsschreibens der VVN/BdA zum Forum; 22.9.94)

Unter diesen Voraussetzungen begrüßte die Autonome Antifa (M) die Idee, verschiedene Veranstaltungen und Aktionen in einen Zusammenhang zu stellen. Außerdem gehört es zum politischen Konzept und zur Praxis der Autonomen Antifa (M), Bündnisse mit unterschiedlichen antifaschistischen Gruppen einzugehen.

So wurde die Demonstration am 19.11. und eine Veranstaltung zu den Ereignissen vom 17.11.89 in das Forum getragen mit dem Ziel, einerseits die Forumsaktivitäten zu ergänzen und andererseits möglichst viele Gruppen und Organisationen für die Unterstützung der Demo zu gewinnen.

Die Positionen der Gruppen bezüglich der Demo waren kontrovers. Sie reichten von grundsätzlicher Ablehnung einer bundesweiten Demo zum 5. Todestag von Conny bis Zustimmung. In den folgenden Forumssitzungen ist von einigen Szenezusammenhängen, Einzelpersonen und der VVN/BdA immer wieder eine grundsätzliche Diskussion über die Demo eingefordert worden. Da diese Diskussionen fruchtlos waren und die an einer Demo interessierten Gruppen lähmten, schlug die Antifa Jugendfront vor, innerhalb des Forums eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Demo zu gründen. Dieser Vorschlag wurde von der VVN/BdA und den Szenegruppierungen nicht aufgegriffen, stattdessen wurden weitere Diskussionen darüber geführt, ob das Forum eine solche Demo überhaupt unterstützen könnte. Das Resultat war, daß die VVN/BdA mit Unterstützung einiger Gruppen entschied, die Demo vom Forum aus nicht zu unterstützen und sie aus dem Forum auszulagern.

Die Autonome Antifa (M) lud daraufhin alle an der Demo interessierten Gruppen zu einem Vorbereitungstreffen ein, das nichts mehr mit dem Forum zu tun hatte.

Das Engagement der VVN/BdA Göttingen, einiger Szenezusammenhänge und Einzelpersonen gegen die bevorstehende Demo riß jedoch auch nach der Auslagerung der Demo aus dem Forum nicht ab. In der Folgezeit ist von eben diesen viel Energie darauf gerichtet worden, phantasievolle Gerüchte zu verbreiten und konkrete Behinderungsmaßnahmen zu ergreifen.

So wurde der AJF während einer Veranstaltung über den 17.11.89 in der Szene-Kneipe „Theaterkeller" untersagt, Dias über diese Nacht zu zeigen, mit der Begründung, Conny würde zur Märtyrerin gemacht werden. Außerdem kämen die Dias von der Autonomen Antifa (M) und darüberhinaus wären sie schon auf einer vergangenen Veranstaltung gezeigt worden. Zusätzlich dürfte nicht für die anstehende Demo „geworben" werden.

Bei der *„Antifaschistischen und antirassistischen Strategiekonferenz"* am 5. und 6. November in Göttingen übten einige Vorstandsmitglieder der VVN/BdA schiere Machtpolitik aus, indem sie unter formellen Gründen der Autonomen Antifa (M) untersagten, einen Büchertisch aufzubauen.

Ähnliches begab sich am 5. November auf dem Kulturfest des AStA. Wiederum wurde der Autonomen Antifa (M) von einem Verantwortlichen verboten, einen Büchertisch einzurichten, obwohl es speziell für diesen Zweck dafür vorgesehene Tische gab.

Für die lokale Szenezeitung *göttinger Drucksache* existierte die Demo praktisch nicht, sie kündigte sie weder an noch berichtete sie hinterher über sie. Kurioserweise sah sie dennoch die Notwendigkeit, vor der Demo ein von *Menschen aus verschiedenen autonomen, politischen Gruppen Göttingens* verfaßten offenen Brief gegen die geplante Demo am 19.11. mit dem Titel „Vor Ignoranz schützt auch Antifa nicht – wie kontraproduktiv ist die Antifa (M)?" abzudrucken (*göttinger Drucksache 166*). Die *göttinger Drucksache* hat zwar die Demos in Rothenburg und Gorleben ankündigt, aber nicht über das berichtet, was direkt vor ihrer Haustür passiert.

Derartige Aktionen gegen Initiativen der Autonomen Antifa (M) sind in Göttingen nichts Neues, und die Liste ließe sich beliebig fortführen.

Politisch nicht nachvollziehbares und unsolidarisches Verhalten zeigte sich besonders deutlich in Bezug auf die in Rothenburg bei Bad Hersfeld geplante Demo zum Gedenken an Piotr Kania, der am 6. November '94 von einem der Bundeswehr angehörigen Nazi erstochen worden war. Die GenossInnen in Bad Hersfeld und Rothenburg hatten ursprünglich den 20.11. für ihre Demo ausgewählt, waren sich in der Wahl des Tages jedoch nicht sicher. Sie riefen deshalb im Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) in Göttingen an, um zu beratschlagen, wie ein Termin ausgewählt werden könnte, so daß die Demos in Göttingen und in Rothenburg nicht miteinander „konkurrierten". Ihnen wurde von einer Göttinger Szene-Angehörigen der 19.11. für ihre Demo angeraten.

Somit konnten sich beide Demos nicht mehr quantitativ unterstützen, was vor allem der Demo in Rothenburg mit nur 600 TeilnehmerInnen geschadet hat. Eine Mobilisierung gerade durch die *Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation* hätte die TeilnehmerInnenzahl erhöht.

An diesem Vorfall läßt sich exemplarisch erkennen, daß es den VerursacherInnen nicht um eine politisch richtige Entscheidung ging, sondern darum, der Autonomen Antifa (M) und der Demo in Göttingen möglichst zu schaden. Beide Initiativen sollten gegeneinander ausgespielt werden, die GenossInnen aus Rothenburg wurden hierfür wie Schachfiguren benutzt.

Grundlegendes Prinzip revolutionärer Politik und Triebfeder bei politischen Entscheidungen muß aber die Solidarität sein.

Von Sozialer Revolution zur Sozialdemokratie

Bemerkenswert und politisch erschreckender noch als die Counterarbeit der Göttinger Szene ist jedoch ihre Entwicklung hin zu Sozialarbeitertum und zur Handlangerin der Göttinger Sozialdemokratie.

Die politische Linie in den Forumsdiskussionen wurde maßgeblich von denjenigen Mitgliedern des Göttinger VVN/BdA-Vorstandes bestimmt, die dem bürgerlichen und sozialdemokratischen Spektrum zuzurechnen sind. Szenegruppierungen und linke Uni-Gruppen haben dieser Linie nichts entgegengesetzt, im Gegenteil, sie haben unter Aufgabe radikaler Inhalte sozialdemokratische Positionen übernommen und sozialdemokratische Formen, wie beispielsweise antifaschistische/antirassistische Spaziergänge statt Demonstrationen, zu ihrer eigenen Praxis gemacht.

Beispielhaft für diese Politik war die penetrante Abgrenzung gegen eine organisierte Demonstration mit entsprechender Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung sowie der Verzicht auf klare Inhalte und das Ersetzen von organisertem Widerstand durch das Propagieren von Zivilcourage und Opferhaltung.

Schon das Motto des Forums *„Widerstand im Alltäglichen"* deutet dieses an. Es geht nicht um organisierten revolutionären Widerstand, sondern nur noch darum, ohne jede Analyse und ohne eine weiterführende Perspektive sich im Alltag gegen Rassismus und Sexismus zu wehren.

Couragiertes Verhalten wie benachteiligten und diskriminierten Menschen Hilfe zu leisten und „Positionen und Meinungen auch im Alltäglichen zu vertreten" (aus der Rede von der *Frauengruppe ohne Namen mit einigen FreundInnen* zur Mahnwache am 17.11.'94) wird als großartige Widerstandsform deklariert. Zivilcourage ist richtig und notwendig, sollte aber zumindest in einer emanzipatorischen Bewegung selbstverständlich sein.

Auch das Forumsplakat ist Ausdruck dieser Politik. Auf dem Plakat sind schematisch drei rote Personen (eine Frau mit Handtasche, ein Mann und ein Kind) dargestellt, die durch eine graue Menschenmasse laufen. Der Inhalt beschränkt sich darauf, sich *individuell* nicht wie „die graue Masse" zu verhalten. Bei Betrachtung des Plakates fällt außerdem auf, daß es sich um die Darstellung eines überholten Selbstverständnisses von Teilen der Szene handelt: „Wir sind die Guten – der Rest ist scheiße". Auf dem Plakat wird keine Differenzierung der „grauen Masse" vorgenommen. Es gibt keinen Aufschluß darüber, gegen wen oder gegen was sich der „Widerstand im Alltäglichen" richten soll, es werden keine Zusammenhänge dargestellt.

Die Mahnwache

Der Autonomen Antifa (M) wurde vorgeworfen, sie versuche, solidarische Menschen „vor ihren Karren der antiimperialistischen Politik zu spannen, um so ihre Vorhaben durchziehen zu können" (aus dem offenen Brief von ***Menschen aus verschiedenen autonomen, politischen Gruppen Göttingens, göttinger Drucksache 166***).

Der Autonomen Antifa (M) geht es nicht darum, Menschen vor ihren Karren zu spannen, jedoch geht es immer darum, radikale Positionen beizubehalten und antiimperialistische Inhalte in die jeweiligen Bündnisse zu tragen. Ziel revolutionärer Politik kann es nicht sein, die Inhalte entsprechend den bürgerlichen Gruppen in einem Aktionsbündnis anzupassen. Denn so wird antifaschistischer Widerstand kanalisiert und ist folglich systemtragend. Politisch profitieren bügerliche/sozialdemokratische Parteien und Organisationen, die reformfähige Kräfte für die Durchsetzung ihrer Politik benutzen und radikale Politik so ausschalten.

Genau dieses Szenario spielt sich in der Göttinger Szene ab. So hatten Sozialdemokraten maßgeblichen Einfluß auf der diesjährigen Mahnwache am 17.11., radikale Inhalte fanden sich kaum wieder.

Das *Göttinger Tageblatt* schrieb am 18. November 1994 zur Mahnwache bezeichnenderweise: *„Im Vergleich zu den Veranstaltungen der Vorjahre waren die Reden auf dem Marktplatz und am Weender Tor in moderaterem Ton gehalten."*

Die schon 1991 von autonomen AntifaschistInnen veröffentlichte Einschätzung findet 1994 ihre Bestätigung. Damals hieß es:

„Politisch besteht für die Zukunft die Gefahr, daß die Conny-Demo, wenn sie so weitergeführt wird wie bisher, von staatstragenden Kräften, von SPD bis VVN/BdA etc., für ihre Zwecke mißbraucht und damit der Widerstand kanalisiert wird."

(aus *Autonomer Widerstand 1990/91 – Region Südniedersachsen*, S. 38)

Fand 1990 die bisher letzte offiziell angekündigte Demonstration zum Tod von Conny statt, begnügte sich die Szene in den darauffolgenden Jahren mit regionalen Mahnwachen. Doch wurden diese Aktionen damals noch maßgeblich von autonomen und Szenegruppen dominiert, setzte sich in diesem Jahr vor allem die Göttinger VVN/BdA politisch in Szene. So stand auch in der regionalen Presse die VVN/BdA im Vordergrund. Autonome Gruppierungen außer der Autonomen Antifa (M) wurden weder erwähnt, noch zitiert.

In der damaligen Einschätzung heißt es weiter:

„Gegen Nazis und gegen Rassismus zu sein, ist an sich durchaus systemkonform und muß zwangsläufig auf entsprechende Bahnen führen, wenn nicht klar ist, warum und mit wem, aus welchem taktischen Verhältnis heraus unter solchen Inhalten gemeinsame Sache gemacht wird. Bleiben diese Fragen ungeklärt, wird der autonome Widerstand natürlich von den bürgerlichen Kräften vereinnahmt. Das heißt, das Vertrauen in den bürgerlichen Staat und seine Institutionen wird langfristig verstärkt. (...)

Der autonome Widerstand wird langfristig geschwächt. Er besitzt nämlich keine politische Ausstrahlungskraft mehr, wenn er nur noch unter den gleichen Parolen und mit den gleichen Mitteln auftritt wie die bürgerlichen Kräfte, die natürlich unter diesen Parolen viel wirkungsvoller auftreten können."

(ebenda)

Fazit

Ziel dieser Kritik ist es jedoch nicht, alle in Göttingen politisch aktiven autonomen und Szene-Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen gleichzustellen oder sich gar von ihnen in ihrer Gesamtheit abzugrenzen. Das wäre undifferenziert und würde mißachten, daß es durchaus Gruppen und Personen gibt, die sich nicht wie oben beschrieben verhalten und an einer konstruktiven radikalen Politik interessiert sind.

Die Demo vom 19.11. war, obwohl sich die regionale Beteiligung stark in Grenzen hielt, ein politischer Erfolg.

Die Autonome Antifa (M) hat gezeigt, daß sie *politisch* vorgeht. Denn es wurde an die politischen Konzeption angeknüpft, die in den letzten Jahren die antifaschistische Bewegung gestärkt hat und die Generalstaatsanwaltschaft und Landeskriminalamt genau deswegen zu kriminalisieren beabsichtigen. Wichtig in diesem Zusammenhang war das Bündnis, das diese Demo getragen hat, auch wenn es nicht die Breite wie bei den Demonstrationen gegen die faschistischen Zentren in Mackenrode, Adelebsen und Northeim hatte. Trotz vereinzelter Entsolidarisierungsaktionen nach den Steinwürfen bei der Demo vom 16. Juli '94 gegen den Staatsschutzangriff auf den antifaschistischen Widerstand in Göttingen ist es gelungen, wieder ein Bündnis zu schaffen.

Diese Bündnisarbeit ist ein tragendes Element im politischen Konzept der Autonomen Antifa (M). Es geht immer darum, mit allen emanzipatorischen Kräften zusammenzuarbeiten, um einerseits den antifaschistischen Widerstand in der Region zu stärken und andererseits autonome antifaschistische Positionen in die Gruppen im Bündnis und darüberhinaus in die Gesellschaft zu transportieren.

Die Autonome Antifa (M) wird weiterhin Bündnisse eingehen, in denen revolutionäre bis reformistische Gruppen mit ihren Inhalten beteiligt sind.

Die Autonome Antifa (M) wird auch in Zukunft an ihrem politischen Konzept festhalten.

AUTONOME ANTIFA (M)

organisiert in der



Göttingen, 6. Dezember 1994

mea culpa

Wir beziehen uns im folgenden auf den Aufruf zu einer antinationalen Aktion am 8.Mai (50. Jahrestag der Kapitulation des deutschen Faschismus), auf die Kritik der Gruppe Landesverrat an der Moabiter 9.11.-Demo und auf die Diskussion um einen neuen Antinationalismus wie er von den Antideutschen Touris auf den *Bahamas* diskutiert wird (nein, das ist zu verächtlich, das nehmen wir zurück, das mit den Touris, die haben ja auch eine interessante Diskussion angeregt). In diesen Texten wird u.a. die Existenz emanzipatorischer Kämpfe in diesem Land bestritten und mal wieder ein neuer Hauptwiderspruch postuliert, nämlich die Gretchenfrage des Antinationalismus, mithilfe derer natürlich in guter K-Gruppentradition zuerst die Linke in gut und böse gespalten wird (um sich dann an die Spitze der neuen Bewegung zu stellen).

Wenn ein antiimperialistisches bzw. ein antinationales Bewußtsein als unvereinbar mit einer Beteiligung an sozialen Kämpfen angesehen wird, dann kann sich ein antinationaler Widerstand nur auf der Grundlage von moralischen Überlegungen entwickeln, die von der eigenen Situation absehen. Die moralische Empörung ist dann die Grundlage des Kampfes gegen das internationale Ausbeutungssystem. Doch wie in verschiedensten Analysen immer wieder richtig herausgestellt wurde, ist kaum anzunehmen, daß sich ein solcher Widerstand über kleine intellektuelle Zirkel hinaus ausweiten kann.

Wir möchten aber damit nicht sagen, daß sich Widerstand an seinen Erfolgsaussichten orientieren und daher inhaltliche Aspekte vernachlässigt werden sollten. Eine inhaltliche Auseinandersetzung zur Stärkung eines antinationalen Bewußtseins halten wir für notwendig. Dennoch sind wir der Meinung, daß antinationale Kämpfe nur in Verbindung mit sozialen Kämpfen eine gesellschaftliche Basis bekommen können, an der uns, im Gegensatz zu den orthodoxen AntinationalistInnen, immer noch gelegen ist. Die Umsetzung einer antinationalen Analyse darf nicht in einer moralischen Haltung enden, die wie eine weiße Weste demonstrativ zur Schau gestellt wird, sondern sie muß eine praktische Dimension erreichen. Die antinationale Analyse muß genauso wie die Thematisierung anderer Herrschaftsverhältnisse in allen sozialen Bewegungen stattfinden.

Daß das „Nie-Wieder-Deutschland-Bündnis" von 1990 in unterschiedliche Klein- und Kleinstgruppen zerfallen ist, verwundert vor diesem Hintergrund nicht. Dem antinationalen Bündnis, wie es sich 1990 gebildet hatte, ist es nicht gelungen, einen Bezug zu den stattfindenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen herzustellen. So wichtig der Impuls, der von der damaligen Demonstration ausging, war, so sehr war schon damals abzusehen, daß sich langfristig aus einer bloß moralisch legitimierten antideutschen Position, wie sie in der Parole des „Nie-Wieder-Deutschlands" formuliert ist, kein Widerstand entwickeln kann.

Wir sehen in der gegenwärtigen Debatte um eine antinationale Ausrichtung der Linken, wie dies momentan in einigen linken Publikationen geschieht, und insbesondere in der Diskussion um die geplante Demonstration am 8.Mai dieselbe Tendenz verborgen. Durch die ausschließliche Interpretation der gegenwärtig stattfindenden sozialen Kämpfe als einem Ausdruck eines Interesses am Standort Deutschland, geht die Chance verloren, tatsächlich antinationale Inhalte in die bestehenden sozialen Auseinandersetzungen zu tragen.

Wenn auf der einen Seite die TrägerInnen der sozialen Auseinandersetzungen und der emanzipatorischen Bewegungen als VertreterInnen eines im

Grunde genommen nationalen Interesses – der Reformierung des Standortes Deutschland – eingeordnet werden, wie dies beispielsweise in vielen Beiträgen der *Bahamas* geschieht, dann fragen wir uns, mit welcher Berechtigung sich die antinationalen KritikerInnen aus dieser Sichtweise ausnehmen. Denn nicht nur die ArbeiterInnen, Frauen, StudentInnen, HausbesetzerInnen sind als Produkt ihrer Umwelt anzusehen, sondern die antinationalen KritikerInnen selbst, die sich außerhalb des gesellschaftlichen Geschehens wähnen. Die „weiße Weste" schützt selbstverständlich nicht vor einem Eingebundensein in das weltweite Herrschaftssystem. Sie schützt höchstens vor einem schlechten Gewissen und den Gefahren einer politischen Praxis.

Wir sind nicht der Meinung, daß sich kritisches Bewußtsein im Elfenbeinturm entwickeln kann. Wir halten die Menschen in diesem Land nicht für eine „weitgehend nivellierte Masse" (Zitat aus dem Aufruf zur antinationalen Aktion am 8.Mai), innerhalb derer alle emanzipatorischen Kämpfe stillgestellt sind. Emanzipatorische Kämpfe finden nach wie vor statt und sind nicht ausnahmslos und primär im nationalen Konsens gefangen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß die Linke durch einen Rückzug aus den bestehenden sozialen Auseinandersetzungen einen Raum preisgibt, aus dem heraus sich sich bisher immer wieder aufs neue formiert hat.

Die geschichtlichen Erfahrungen widersprechen der These, daß Widerstand vornehmlich aus moralischen Erwägungen heraus entstünde. Vielfach scheint es umgekehrt zu sein. Geschichtlich gesehen hat sich kritisches Bewußtsein in der Regel erst in Folge von sozialen Kämpfen verbreitet. Und die TrägerInnen dieser Kämpfe haben sich nicht selten als fähig erwiesen, von ihren unmittelbaren objektiven Interessen zumindestens teilweise zu abstrahieren. Die praktische politische Auseinandersetzung ist vielfach zu einer Schule geworden, die den Charakter des bestehenden Herrschaftssystems an bestimmten Stellen offengelegt hat, an denen schließlich ein weitergehender Widerstand anknüpfen konnte. Ein Beispiel hierfür ist die StudentInnen- und Lehrlingsrevolte gegen das Bildungssystem von 1968, die schließlich in Proteste gegen den Vietnamkrieg mündete und nicht unerheblich zur Bildung eines antiimperialistischen Widerstand beigetragen hat. Ähnlich verhält es sich auch mit der HausbesetzerInnenbewegung Anfang der 80er Jahre, die u.a. der Anti-AKW- und der militanten Friedensbewegung neuen Auftrieb verliehen hat.

Die Forderung nach einem exklusiven Antinationalismus beinhaltet nicht nur die Gefahr einer Flucht aus der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität in ideologische Debatten. Die Rechnung einer rein antideutschen Ausrichtung der Politik ist zudem eine Rechnung ohne viele der Leidtragenden des gegenwärtigen „Modernisierungsprozesses", wie er von der neokonservativen Regierungspolitik vorwärtsgetrieben wird. Denn die VerliererInnen eines Rückzugs der Linken aus den stattfindenden sozialen Auseinandersetzungen stehen schon fest. Es sind diejenigen, die von den im Begriff des „Deutschen" nicht gefaßten Unterdrückungsformen betroffen sind. Wenn eine Ausschließlichkeit des Antinationalen propagiert wird, werden diese Unterdrückungsformen zurückgestuft und zu Nebenwidersprüchen gemacht. Unwillentlich trägt eine solche Politik daher zu einer Nationalisierung der sozialen Kämpfe bei, indem sie die nationalen Konfliktlinien betont und andere Herrschaftsverhältnisse ihnen unterordnet. Indem die Subjekte der sozialen Kämpfe auf die ihnen objektiv zukommenden nationalen Interessen reduziert werden, leistet eine solche Position schließlich unwillentlich einer neurechten "Identitäts"-Politik Vorschub. Solch ein falsch verstandener Antinationalismus ist, um mit Hannah Arendt zu sprechen, nur „der Schatten, das Spiegelbild und auch das Produkt" des Nationalismus selbst.

In der Auseinandersetzung um eine antinationale Politik geht es nicht nur um das Verhältnis zum Deutschland der Wiedervereinigung, sondern auch um die Perspektive der emanzipatorischen Kämpfe. Für den 8.Mai 1995 schlagen wir daher vor, nicht nur ein Bündnis von sich ausdrücklich als antideutsch verstehenden Initiativen zu bilden, um den herrschenden Bestrebungen zur Umschreibung der deutschen Geschichte entgegenzutreten. Wir halten es vielmehr für wichtig, bereits in der Vorbereitung der Demonstration den Brückenschlag zu anderen emanzipatorischen Bewegungen zu schaffen. Nicht der Rückzug der Linken aus den real stattfindenden sozialen Auseinandersetzungen steht auf der Tagesordnung sondern die gezielte Intervention mit kritischen – heute vor allem antinationalen – Inhalten.

Die Bedeutung des 8.Mai für die herrschende Politik sehen wir nicht nur im Versuch, den Nationalsozialismus in eine relativierte Geschichtsschreibung einzugliedern und zu einem gesäuberten Bewußtsein über die deutsche Nation zu gelangen. Solche Versuche, ein nationales Bewußtsein zu restaurieren kennzeichnen die Regierungspolitik schon seit langem. Die neue Qualität des 8.Mai sehen wir dagegen in der bedingungslosen Abqualifizierung von allem Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, der sich als kommunistisch oder auch nur antikapitalistisch verstanden hat. Die Relativierung des Holocausts geht einher mit der Relativierung des Faschismus durch Zusammenfassung mit dem Realsozialismus und der kommunistischen Bewegung unter dem Begriff des Totalitären. Im Zuge dieser Umschreibung der Geschichte gelingt es schließlich den kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus als totalitären Widerstand einzuordnen. Der Beitrag der Roten Armee im Kampf gegen das faschistische Deutschland erscheint als Fortsetzung einer vorher bereits bestehenden Diktatur.

Die Linke steht nun vor einem zwiespältigen Problem. Die notwendige Beschäftigung mit den Herrschaftsformen des Stalinismus und des Realsozialismus – und allgemeiner: die Aufarbeitung der Fehler einer an der Diktatur des Proletariats orientierten emanzipatorischen Politik – gerät in dasselbe Fahrwasser wie die antikommunistische Korrektur der Geschichte, wie sie von der herrschenden Politik betrieben wird. Daß es bei einer Korrektur der Geschichte nicht bleiben wird, zeigen die Bestrebungen, mit dem Instrument des Antistalinismus ein neurechtes Bündnis zu schaffen, das bis in ehemals linke Kreise hineinreicht. Der Rückzug der Linken aus den bestehenden sozialen Auseinandersetzungen in der BRD, wie er aus einem exklusiv verstandenen Antinationalismus folgen würde, dürfte daher nicht unwesentlich die Neue Rechte in ihrem strategischen Ziel unterstützen, zu einer Hegemonie innerhalb der Gesellschaft zu gelangen.

Aus diesen Gründen mag es uns nicht wie den Antinationalisten gelingen, uns alabasterfarben und strahlend aus dem Sündenpfuhl der deutschen Linken zu erheben. ***Mea culpa.***



Handfeste Randale

Links-Rechts-Kontroverse auf dem Weihnachtsmarkt

Während eines „antifaschistischen Weihnachtsmarktbummels" an der Marzahner Promenade lieferten sich Jugendliche aus der autonomen und der rechten Szene am Sonnabend handfeste Auseinandersetzungen.

Gegen 16.30 Uhr versammelten sich rund 60 Autonome auf dem S-Bahnhof Marzahn, sagte ein Polizeisprecher. 20 Minuten später – die Stärke der Gruppe war inzwischen auf das Doppelte angewachsen – zogen die Jugendlichen in Richtung Weihnachtsmarkt an der Marzahner Promenade. Die Demonstranten schwenkten Plakate, unter anderem mit der Aufschrift „Jugend gegen Rassismus in Europa", und verteilten Flugblätter.

Als dann rund 70 rechte Jugendliche auftauchten, kam es zu Verfolgungsjagden und Schlägereien. Gegen 17.25 Uhr bewaffneten sich 50 Mann mit Steinen aus dem Gleisbett der Straßenbahn. Als die Polizei die Gruppen trennen wollte, wurden Beamte mit Steinen beworfen. Bis 18.30 gingen die Auseinandersetzungen weiter, gegen 19 Uhr hatte die Polizei [illegible] Kontrolle.

Die Beamten nahmen 21 Jugendliche kurzzeitig fest, darunter auch zwölf rechte Jugendliche, die an andere Orte der Stadt gefahren und dann freigelassen wurden. boh

Gegenmacht von oben?

Ein paar Anmerkungen zur Veranstaltung

Der Prozeß gegen Birgit Hogefeld hat begonnen, das Interesse der Öffentlichkeit ist groß, die Unterstützung aus der radikalen Linken kommt nur mühselig in Gang. Wir wollen über die Strategie der Verteidigung informieren, über den Verlauf des-Verfahrens und wir wollen zeigen, wie die Bundesregierung den Prozeß im Vorfeld beeinflußt hat. Aber der Prozeß gegen Birgit Hogefeld ist ein politischer - deswegen interessieren uns auch weiterreichende Fragen: Welche Bedeutung hat die politische Justiz, wie sie sich in den Verfahren wegen der Schüsse an der Startbahn, im Kaindl-Prozeß oder den aktuellen 129a-Ermittlungen zeigt, derzeit für die Linke? Es geht aber nicht nur um Kriminalisierung: Birgit Hogefeld hat das Konzept der »Gegenmacht von unten« mitentwickelt, mit dem sich die RAF auf andere Fraktionen in der Linken bezieht, mit dem sie aber gerade dort auch auf scharfe Kritik gestoßen ist. Welche Rolle hat die Militanz der RAF dafür gespielt, daß sie jahrelang im Zentrum linker Diskussionen stand - und dafür, daß sie dort heute nicht mehr ist.

Michael Wilk ist Arzt, er kennt Birgit Hogefeld aus der Zeit bevor sie in die Illegalität ging. Er war im Startbahn-Widerstand aktiv und hat die ersten Libertären Tage im Rhein-Main Gebiet mitorganisiert. **Berthold Fresenius** ist Anwalt von Birgit Hogefeld. **Oliver Tolmein** ist Chefredakteur der jungen Welt. Er hat mehrere Bücher geschrieben, die sich kritisch mit dem Verhältnis legale Linke und RAF, sowie mit politischen Prozessen und Kriminalisierung auseinandersetzen.

Donnerstag, 15.Dez., 20.30 Uhr,
Volksbühne, Roter Salon,
R.-Luxemburg-Platz,
Eintritt 5 DM



Verlag Libertäre Assoziation

NEUERSCHEINUNGEN

Christiane Perregaux
Frauen der Wüste
Das Buch der Schweizer Autorin handelt von Frauen der Westsahara, die in algerischen Flüchtlingslagern und in von der „Polisario" kontrollierten befreiten Zonen leben. In einer Reihe einfühlsamer Porträts erzählt es vom Befreiungskampf der „Frauen der Wüste" um politische und soziale Emanzipation und unternimmt einen Austausch unter Frauen über die Grenzen der Kontinente hinweg.
160 S. ISBN 3-922611-39-7 18,– DM

Maria Amélia Teles
Brasil Mulher
Eine langjährige Aktivistin der Bewegung hat diese engagierte „Kurze Geschichte des Feminismus in Brasilien" geschrieben. Ihre Überlegungen zu „Perspektiven feministischer Politik in Lateinamerika" verdeutlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit der europäischen Frauenbewegung. (Eine Gemeinschaftsproduktion mit dem FDCL-Verlag Berlin)
144 S. ISBN 3-922611-38-9 18,– DM

Joseba Sarrionaindia
Von Nirgendwo und Überall
Ein ungewöhnliches literarisches Knasttagebuch eines baskischen Gefangenen, dem – in einem Lautsprecher versteckt – die Flucht in die Freiheit gelang. Eine geistreiche, ideensprühende literarisch-philosophische Collage.
„Niemand weiß, wo er ist, aber alle warten voll Ungeduld auf seine Bücher."
176 S. ISBN 3-922611-43-5 ca. 20,– DM

Ya basta!
Der Aufstand der Zapatistas
Der Aufstand des zapatistischen EZLN im südmexikanischen Chiapas, der bereits als „erste Revolution des 21. Jahrhunderts" etikettiert wurde, hat zweifellos viele Raster der altgewordenen Linken zerbrochen.
Wir haben Dokumente, Interviews, Legenden, Analysen und einen Fotoessay zusammengestellt, um die Vielfältigkeit – und Poesie! – des Aufstandes widerzuspiegeln und eine erste Annäherung zu versuchen.
~~240 S.~~ 366 S. ISBN 3-922611-44-3 ~~ca. 24,–~~ 28,– DM

Mauricio Rosencof
Der Bataraz
Vor dem Hintergrund seiner elfjährigen Isolationshaft schrieb der uruguayische Autor einen fieberhaften, atemberaubenden Monolog, in dem die Grenzen zwischen Realität, Traum und Halluzination verwischen.
„Wer seinen Hintergrund nicht kennt, könnte es für das Tagebuch eines Verrückten halten."
160 S. ISBN 3-922611-47-8 ca. 20,– DM

Gert Eisenbürger (Hg.)
Lebenswege.
Menschen zwischen den Kontinenten
Das Buch erzählt in einer faszinierenden Reihe von Porträts die Lebensschicksale von Antifaschisten, die vor dem Nationalsozialismus nach Lateinamerika flüchteten und von LateinamerikanerInnen, die in der BRD bzw. DDR Asyl vor den Militärdiktaturen ihres Kontinents suchten.
Vor dem Hintergrund der faktischen Abschaffung des Asylrechts in diesem Land gewinnt das Buch zusätzliche Brisanz!
240 S. ISBN 3-922611-48-6 ca. 24,– DM

Entstehung und Geschichte der Rätebewegung

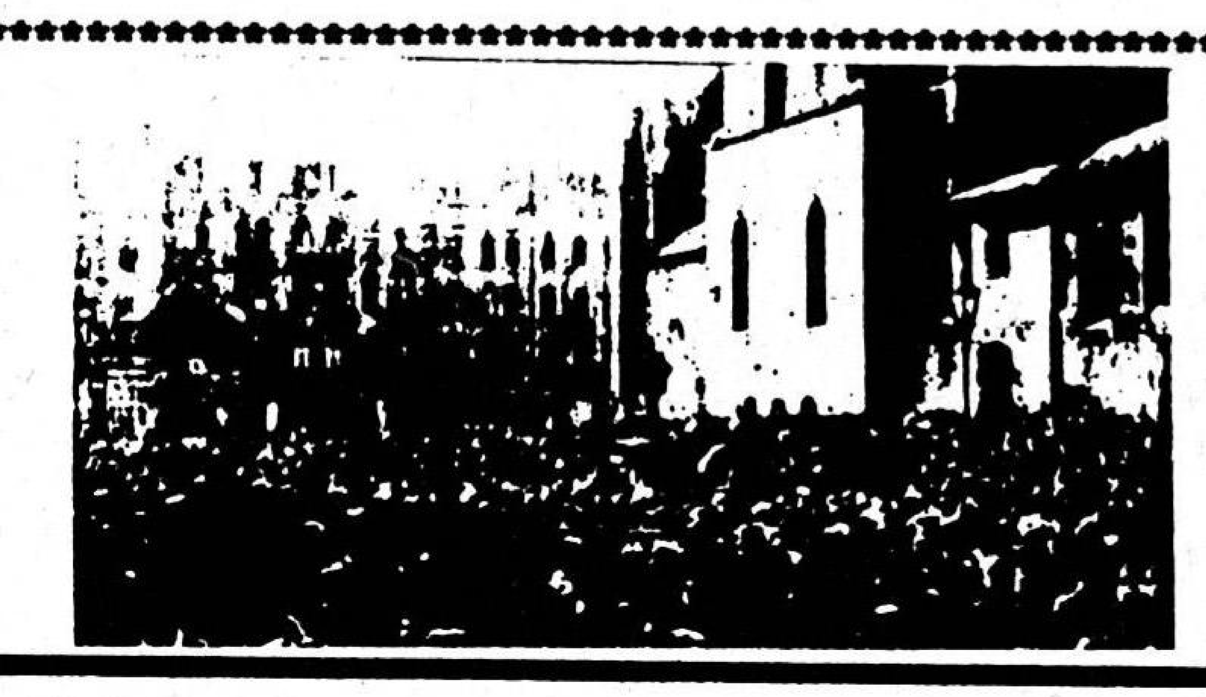
Von der Pariser Kommune bis zum Aufstand in Ungarn 1956. Dazwischen historisch betrachtet die Arbeiter- und Soldatenräte, 1918/19 in Deutschland, die russische Revolution und zugleich der Niedergang der Sowjets (die Räte). Die Rolle der CNT (Confôderacion Nacional del Trabajo) 1936 in Spanien. Inhaltlich soll auch der Räte-Kommunist Otto Rühl, sowie der anarcho-syndikalistische Aufbau erwähnt werden.
Am zweiten Abend wird der Film "Alle Macht den Räten" von 1969 u.a. die Räte-Struktur "aufhellen".

Donnerstag 15.12. um 19.30 Uhr,
Info, Dias, Diskussion, von J. Schiffelholz

Alle Macht den Räten,
16mm Film, 70 min., 1969, sw.
Den Einbau eines Rätesystems in die parlamentarische Demokratie demonstriert Prof. Kogon. Andere Interviews, auch mit Bernd Rabehl ("Schafft viele Vietnams") folgen. ....

Sonntag 18.12. um 18.00 Uhr

****



im El Locco, Kreuzbergstr. 43,
10965 Berlin, tel. 785 99 73

U + S - Bahn Yorkstr., Bus 140 + 119



Man mußte doch was tun

Die Widerstandskämpferin Maria Fenske erzählt aus ihrem Leben.

Videodokumentation
Einmal im Jahr treffen sich ca. 30 Frauen, die im Widerstand gegen den Faschismus aktiv waren und die zum Teil lange Jahre in einem der großen Frauen-KZs Moringen, Lichtenburg oder Ravensbrück inhaftiert waren. - Bei einem dieser Treffen entstand die Idee, ihre Lebensgeschichte zu dokumentieren, so kam es zu diesem ersten Film mit Maria Fenske einer Erzählung über ihre Arbeit bei der Kommunistischen Partei, über ihre Zeit in der Haft und im KZ und von ihrer illegalen politischen Arbeit während des Krieges. Eine Erzählung all der "Kleinigkeiten", mit denen sie beständig versuchte, die Menschen gegen Hitler und gegen den Krieg aufzurühren.

Dienstag 20.12. um 20.00 Uhr
Ort: El Locco
Kreuzbergstr.43, U-S Bahn: Yorckstr.

Session - anarchistische Zeitung

Information und Diskussionstreff
Die neue Session wird im Januar erscheinen. Es wird das veränderte Konzept vorgestellt und die Möglichkeiten für das 1995 diskutiert.

Mittwoch 21.12. um 18.00 Uhr
Ort: El Locco
Kreuzbergstr.43, U-S Bahn: Yorckstr.

"Erich Mühsam medial"

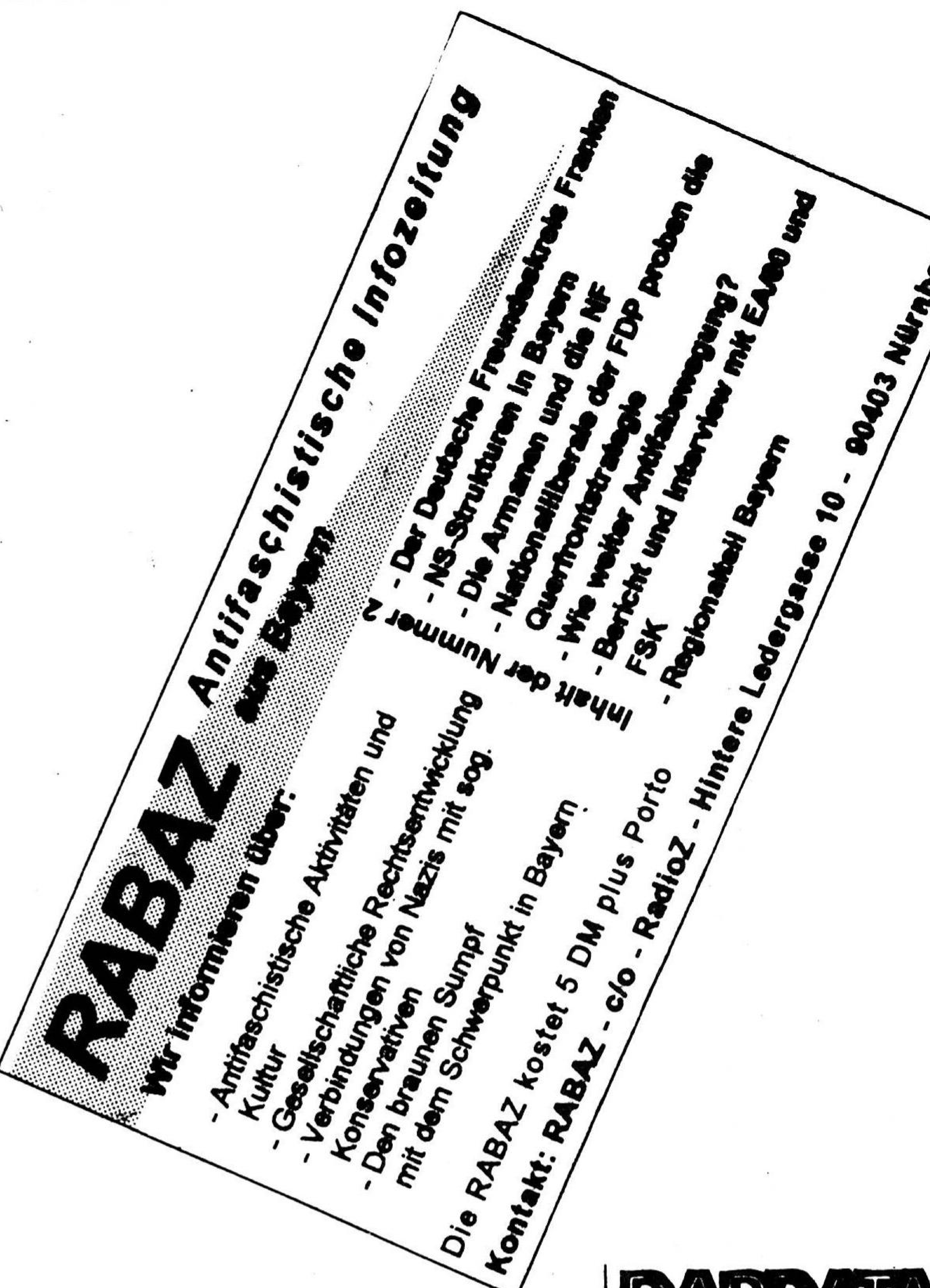
Video/Audio-collage
Die Gedanken und Ideen die Mühsam formulierte haben immer sehr viele Menschen fasziniert. Oft wurden sie jedoch auch mißbraucht. Von Stalinisten bis zu bürgerlichen Liberalen wurde Mühsam heraufbeschworen. Es werden vor allem die Musikbeispiele und ihre Verwendung vorgestellt. Vom schnodrigen Liedermacher bis zum Punk.

Montag 19.12. um 20.00 Uhr
Ort: Umweltbibliothek
Schliemannstr.22, 10437 Berlin
U-Bahn Eberswalder Str./Straßenbahn Nr. 20 (Husemannstr.).



16.12.94 - Köpenicker Str.137
- Ab 21:00 Uhr, Infos zum Kaindl- Verfahren, Büchertisch, Ausstellungen, Tombola
- Ab 22:30 Uhr, Konzert mit NoExit, Subsonic, Adalilar
- anschließend Disko
Ein Tritt schon ab 5,-- Mack

V.i.S.d.P.: A. Narcis, E.- Mühsamstr. 7, Berlin 883



lieblingsfilme im ex 18.12.
»HUNDSTAGE«
EINER VON 3 BANKRÄUBERN MÖCHTE MIT DEM ERBEUTETEM GELD SEINEM LIEBSTEN EINE GESCHLECHTSUMWANDLUNG FINANZIEREN. DIE KUNDINNEN SOLIDARISIEREN SICH.
ES GIBT RACLETT ZUM ESSEN! (spezial aus CH)
immer sonntags nach der hells kitchen

BARBATA

anarchistische Bibliothek und Medienladen im El Locco Café

Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin
(U- und S-Bhf. Yorckstr.)

Öffnungszeiten:
Mi 14-19 h
Fr 17-20 h
Sa 17-19 h

Die Bibliothek umfaßt mehr als 600 Bände zu den Themen Anarchismus, Syndikalismus und anderen Strömungen des antiautoritären Sozialismus: Einführungen, Gesamtdarstellungen, die Texte der anarchistischen KlassikerInnen, Textsammlungen, Polemiken ...
Die Bibliothek wird laufend ergänzt und gehört schon jetzt zu den größten Berliner Anarchismus-Sammlungen.

Anarchistische Bibliothek

19.12.

Mo. 15.30-18.00 Uhr
offenes Treffen der FrauenLesbengruppe gegen Knast
Unser bisheriger Arbeitsansatz sind sog. soziale gefangene Frauen. Wir wollen uns mit unserem Antiknastansatz zu verschiedenen Themen verhalten und wünschen uns Zusammenarbeit mit anderen FrauenLesbengruppen. Wenn ihr neugierig auf uns seid, Infos habt oder von uns haben wollt: KOMMT VORBEI!
im Frauenbüro im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 2. Hofeingang, 4. Etage (rechts)

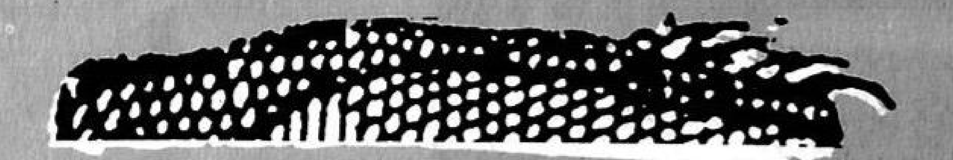
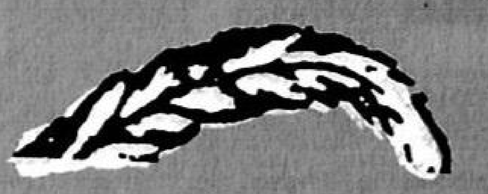
Das Private bleibt politisch! Nach wie vor!

Männer-Radikale-Therapie (MRT) Infoveranstaltung
am 19.12. um 19.00 Uhr im RaBe (Dauer ca. 3 Std.)
Swinemünder Str. 65 13355 Berlin

Das Studienzentrum Weikersheim

Die 'Think-Tank' Fabrik für konservative Vordenker und Ideologen der 'Neuen Rechten'
Referent: *Meinrad Heck, Journalist in Zusammenarbeit mit LUPE e.V.*

Ort: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz, Zeughofstr. 20, Berlin-Kreuzb-
Datum: Montag, d. 19.12.94 *Beginn: 19.00 Uhr*

DRINGEND*DRINGEND*DRINGEND*DRINGEND*DRINGEND*DRINGEND*DRINGEND

INFO*INFO*INFO*INFO*INFO*INFO*INFO*INFO*INFO*INFO*INFO*INFO*INFO



Die Kiezkneipe "ABENDROT", Mariannenstr./Ecke Paul-Lincke-Ufer in 36 hat zum 31.Januar 1995 den Räumungstermin!

D.h., danach soll es das "ABENDROT" nicht mehr geben; stattdessen eine lukrative Yuppie-Bar oder sonst was "Feines"...

Nachdem 1989/90 durch große Öffentlichkeit und Solidarität im Kiez verhindert worden ist, daß ein Spekulanten-Arzt seine Pläne durchsetzen konnte, ist jetzt nach vier Jahren gerichtlich der Räumungstermin festgesetzt worden.

Am 31.Januar soll endgültig Schluß sein.

ABER:

Schafft Öffentlichkeit!

Sammelt Infos und Ideen!

Sprecht mit den Kneipenleuten!

Überlegt Euch solidarische Aktionen!

ES EILT!EILT!EILT!EILT!EILT!EILT!EILT!EILT!EILT!EILT!EILT!EILT!